

8 Dringlichkeitsanträge

8.1 Petition – Kein Ausschluss hörbeeinträchtigter Kinder an der VS Rosenberg

(GR Ulrich, KPÖ)

Gemeinderat **Ulrich**:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. In dem heutigen ersten Dringlichen Antrag des Abends geht es, wie die Frau Bürgermeisterin schon erwähnt hat, um hörbeeinträchtigte Kinder an der Volksschule Rosenberg. Die Volksschule Rosenberg ist eine inklusive Schule, wo hörbeeinträchtigte, gehörlose und hörende Kinder gemeinsam bilingual in Deutsch und in der österreichischen Gebärdensprache unterrichtet werden.

Zusätzliche Native-Signer sind integrativ in der Klasse tätig und fördern die österreichische Gebärdensprache als Erstsprache. Jeder von uns, der das Vergnügen schon einmal gehabt hat, die Schule zu besuchen, kann eigentlich nur ein bisschen ins Schwärmen kommen, weil sie tatsächlich eine Vorbildwirkung hat.

Hat aber letztes Jahr, also vor Kurzem im Dezember, einen Hilfeschrei an die Grazer Stadtpolitik, an die steirische Landespolitik gesendet, weil es eine Weisung an sie gab, dass hörbeeinträchtigte Kinder in Zukunft, also die vor allem an den angrenzenden heilpädagogischen Kindergarten kommen, kein automatisches Weitergehecht in die Volksschule bekommen haben. Die Volksschule hat sich dann mit einem Brief an die Öffentlichkeit gewandt und ich zitiere kurz: „Wir sprechen uns mit Nachdruck gegen dieses Vorgehen aus, da dies dem Gedanken der Inklusion widerspricht. Und Inklusion steht für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch akzeptiert wird und gleichberechtigt und selbstbestimmt an dieser teilhaben kann“. Ich glaube, da sind wir uns ja eh alleinig, das ist so. Dann hat sich ebenfalls der Gehörlosenverband, das Lande Steiermark, zu Wort gemeldet und sie sagen auch: „Ohne die Möglichkeit,

sprengelfremden Kindern den Besuch an der Volksschule Rosenberg zu gewährleisten, besteht für gehörlose und hörbeeinträchtigte Kinder die Gefahr, aufgrund unzureichender Unterstützungsangebote und Fachkenntnisse an den steirischen Schulen isoliert zu werden“. Die Situation, die wir einfach haben, ist, wir hätten natürlich gerne ein gänzlich inklusives Schulsystem. Das heißt ein Schulsystem, wo in allen Bezirken flächendeckend Kinder mit Hörbeeinträchtigung oder Gehörlose adäquat tatsächlich unterrichtet werden. Leider haben wir das nicht. Wir haben halt diesen Leuchtturm mit der Volksschule Rosenberg, und auf den sind ganz, ganz viele Kinder angewiesen. Bis jetzt gab es da eigentlich immer eine nahtlose Transformation. Jetzt soll dem nicht mehr so der Fall sein. Wir haben ja die Situation, dass wir 2006 der Behindertenrechtskonvention beigetreten sind und uns eigentlich verpflichtet haben, auch im Bildungsbereich inklusiver zu werden. Letztes Jahr haben wir einen Ruffel vom UN-Fachausschuss bekommen, dass das nicht passiert ist. Vor allem auch mit dem Argument, dass das segregierende Schulsystem bis jetzt nach wie vor auf der Tagesordnung steht und eben ganz viele Kinder nicht adäquat betreut unterrichtet werden können. Jetzt haben wir diese eine Schule, und gerade von der sollen betroffene Kinder, also nicht schulsprengelfremde Kinder, nicht unterrichtet werden. Deshalb stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs gemäß § 18 der Geschäftsordnung den

ANTRAG:

Der Gemeinderat ersucht auf dem Petitionsweg, Bildungslandesrat Werner Amon, die gesetzlichen und formalen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass gemäß dem Motiventext hörbeeinträchtigte Kinder, auch wenn sie nicht in Graz wohnen, fixe Plätze an der Volksschule Rosenberg bekommen.

Punkt zwei: Die zuständigen Bundesministerien sowie die zuständigen Mitglieder der steiermärkischen Landesregierung werden im Zuge der Inklusionsbemühungen ersucht, nach Wegfall der Sonderschulen den Regelschulen ausreichend Ressourcen

bereitzustellen, damit Schüler:innen mit Behinderung generell der wohnortnahe Schulbesuch ermöglicht wird.

Ich bitte um eine sachliche Debatte. Ich freue mich sehr auf die Argumente und bitte natürlich schon im Vorfeld um breite Unterstützung. Vielen Dank.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Volksschule Graz-Rosenberg unterrichtet hörbeeinträchtigte, gehörlose und hörende Kinder in einem vorbildlich inklusiven Setting. Der Unterricht findet bilingual in Deutsch bzw. österreichischer Gebärdensprache (ÖGS) statt und ermöglicht dadurch schon früh die gemeinsame Kommunikation aller Kinder an der Schule. Native Signer sind zusätzlich integrativ in der Klasse tätig und fördern in der Erstsprache ÖGS, was ebenfalls ein steirisches Unikum darstellt. Die Schule profitiert von einer langjährigen Zusammenarbeit mit dem Förderzentrum für Hör- und Sprachbildung, das sich ebenfalls im Haus befindet, wie auch der heilpädagogische Kindergarten. Der uneingeschränkte Zugang zu Bildung ist vor allem für die ersten beiden Gruppen immens wichtig, da das bestehende Netzwerk von Unterrichtsangeboten für hörbeeinträchtigte und gehörlose Kinder außerhalb von Graz nicht flächendeckend, oftmals gar nicht vorhanden ist.

Die Volksschule hat sich über viele Jahre einen hervorragenden Ruf erarbeitet und gilt als Vorzeigeeinrichtung im spärlich vorhandenen inklusiven Schulsystem.

Im Dezember 2023 erfolgte jedoch ein Hilfeschrei in Form eines offenen Briefes an die Steirische Bildungsdirektion. Für das Schuljahr 2024/2025 sollen nämlich sogenannte sprengelfremde Kinder mit Hörbeeinträchtigung keinen Unterricht mehr an der VS Rosenberg erhalten. Konkret betrifft es drei Kinder, die aktuell den heilpädagogischen Kindergarten im Haus besuchen.

„Wir sprechen uns mit Nachdruck gegen dieses Vorgehen aus, da dies dem Gedanken der Inklusion widerspricht. Inklusion steht für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch akzeptiert wird und gleichberechtigt und selbstbestimmt an dieser teilhaben kann. Die Gesellschaft ist aufgerufen, Strukturen zu schaffen, die es jedem Menschen

ermöglichen, von Anfang an ein wertvoller Teil der Gesellschaft zu sein.

Gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht und im Nationalen Aktionsplan Behinderung (NAP Behinderung) zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention festgelegt.

Diesem Gedanken folgend, drängen wir darauf, den Kindern mit Hörbeeinträchtigung den Besuch unserer Schule weiterhin zu ermöglichen, damit sie hier die bestmögliche Förderung erhalten. Es wäre schade, die Expertise, die sich in unserem Haus etabliert hat, zu verlieren. Alle betroffenen Schüler:innen der Steiermark sollen das Recht haben, diese Expertise und die damit verbundenen Bildungschancen zu erhalten. Eine umfassende und passgenaue Ausbildung dieser Kinder ist wichtig für ein selbstständiges und selbstwirksames Leben und trägt in weiterer Folge massiv zur besseren Integration am Arbeitsmarkt bei.“

Das eine auf hörbeeinträchtigte und gehörlose Kinder spezialisierte Bildungseinrichtung, hörenden Kindern mit Grazer Postleitzahlen den Vorzug gegenüber betroffenen Kindern aus den Umlandgemeinden geben soll, ist nur schwer nachvollziehbar. Ebenso kritisch äußerte sich der steirische Landesverband der Gehörlosenvereine und fordert weiterhin die Möglichkeit, dass hörbeeinträchtigte und gehörlose Personen aus der ganzen Steiermark die VS Rosenberg besuchen können.

„Ohne die Möglichkeit, sprengelfremden Kindern den Besuch in der VS Rosenberg zu gewährleisten, besteht für gehörlose und hörbeeinträchtigte Kinder die Gefahr, aufgrund unzureichender Unterstützungsangebote und Fachkenntnisse in den steirischen Schulen isoliert zu werden.

Wir appellieren daher an ein Umdenken und bitten in dieser dringlichen Angelegenheit, um Unterstützung. In Graz steht bereits das erforderliche Unterstützungsangebot zur Verfügung, das hörbeeinträchtigten Schülerinnen und Schülern einen uneingeschränkten Zugang zu Bildungsinhalten ermöglicht.“

Der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung hat in seiner Kritik (Herbst 2023) an den kaum vorhandenen Inklusionsfortschritten in Österreich vor

allem das segregierende Bildungssystem als besonders handlungsbedürftig bezeichnet. Gerade unter diesem Aspekt wäre eine weitere Segregation nach Wohnorten ein besonderer Schlag ins Gesicht für alle Betroffenen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

1) Der Gemeinderat ersucht auf dem Petitionswege Bildungslandesrat Werner Amon die gesetzlichen und formalen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass gemäß dem Motiventext hörbeeinträchtigte Kinder, auch wenn sie nicht in Graz wohnen, fixe Plätze in der Volksschule Rosenberg bekommen.

2) Die zuständigen Bundesministerien sowie die zuständigen Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung werden im Zuge der Inklusionsbemühungen ersucht, nach Wegfall der Sonderschulen den Regelschulen ausreichend Ressourcen bereitzustellen, damit Schüler:innen mit Behinderung generell der wohnortnahe Schulbesuch ermöglicht wird.

Gemeinderat **Brandstätter**: (Abänderungsantrag)

Werte Stadtregierung, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Antragsteller.

Selbstverständlich handelt es sich nicht nur um ein dringliches Thema, auch um ein wichtiges Thema, das schon, weil es wichtig ist, selbstverständlich, von unserem Bildungsstadtrat auch bearbeitet wird, der mit den Personen im Austausch und im Kontakt ist, um diese Situation natürlich zu einer Lösung zu bringen, die im besten Sinne für alle Beteiligten ist. Klar ist aber auch, dass ein Stadtrat in ein behördliches Verfahren, wie es im gegenständlichen Fall ist, nicht einfach willkürlich eingreifen

kann. Er darf es überhaupt nicht. Es ist auch so, dass wir nicht in einem Fall, wo eine Situation ist, die jetzt vielleicht unzufriedenstellend ist, den behördlichen Verfahren vorgreifen können oder einfach sagen können, da machen wir halt ein Gesetz, das auf diese Fälle jetzt eingeht. Aus meiner Sicht widerspricht das sogar Artikel 7 BVG, dem Gleichheitssatz, der auch einfordert, dass man eben allgemeine Gesetze formuliert. Wenn man das tut, dann muss man Rücksicht darauf nehmen, dass solche behördlichen Verfahren selbstverständlich ordentlich abgearbeitet werden, im besten Sinne derjenigen, die es betrifft, aber dass man sich an das Gesetz halten muss. Und jetzt ist es natürlich so, dass der ursprüngliche Antrag fordert, dass es so etwas wie ein Recht darauf geben soll, diese Plätze einzunehmen und das wird zu etwas führen, was eben genau dem Gedanken der Inklusion, den du, Herr Antragsteller, eigentlich formuliert hast, widersprechen würde. Nämlich, dass erst recht wieder an einem Standort Menschen mit Höherbeeinträchtigung gebündelt werden würden, aber genau das andere muss ja das Ziel sein, dass es eigentlich flächendeckend die Möglichkeit gibt, für jedes Kind am besten in seiner Heimatgemeinde die Möglichkeit zu haben, eine Schule zu besuchen. Das war auch etwas, was wir gemeinsam gestern in einem Abänderungsantrag formuliert haben. Das Thema ist zwar grundsätzlich zu wichtig, aber da wundert man sich dann schon manchmal über die Vorgehensweise, nämlich grundsätzlich muss man der Opposition schon auch das Recht lassen, natürlich gute zusätzliche Ideen einzubringen. Deswegen habe ich diesen Abänderungsantrag formuliert. Heute in der Früh kriegen wir zwei Änderungen von Ihnen überstellt. Schlussendlich eine, die die exakte Formulierung meines Antrages übernimmt. Da frage ich mich schon, was ist dieser neue Stil? Ist dieser neue Stil einfach, Ideen von anderen als seine eigenen zu verkaufen oder ist der neue Stil vielleicht einmal kurz anzurufen und zu fragen, möchtet ihr nicht vielleicht einen Zusatzantrag daraus machen, dann können wir da mit, wir finden die Idee auch gut, anstatt etwas einfach abzuschreiben, der Stefan Weber würde das wahrscheinlich als Plagiat werten.

Aber unabhängig davon, zurück zur Sache. In der Sache, muss vollkommen klar sein, dass wir für die betroffenen Kinder die bestmögliche Lösung haben wollen, aber nicht auf ein behördliches Verfahren eingegriffen werden kann und dass wir selbstverständlich dem zweiten Punkt zustimmen werden, aber nicht einer gesetzlichen Änderung, wie sie in Punkt 1 gefordert wird. Ich werde trotzdem, weil ich ihn ja auch geschrieben habe, meinen

ABÄNDERUNGSANTRAG,

wie er ihnen vorliegt, einbringen, der folgendermaßen lautet: Die zuständigen Bundesministerien sowie die zuständigen Mitglieder der steiermärkischen Landesregierung, Bereiche Soziales und Bildung werden im Zuge der Inklusionsbemühungen ersucht, nach Wegfall der Sonderschulen den Regelschulen ausreichend Ressourcen bereitzustellen, damit Schülerinnen und Schülern mit Behinderung generell der wortnahe Schulbesuch ermöglicht wird, wie es auch im Sinne einer echten Inklusion notwendig wäre.

Vielen Dank.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Da es bereits rechtliche Rahmenbedingungen zu sprengelfremden Schulbesuchen gibt und die Grazer Bildungsabteilung bereits mit den im Motivenbericht beschriebenen Fällen befasst ist (behördliche Verfahren), bringe ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag

ein:

Die zuständigen Bundesministerien sowie die zuständigen Mitglieder der steiermärkischen Landesregierung (Bereiche Soziales und Bildung) werden im Zuge der Inklusionsbemühungen ersucht, nach Wegfall der Sonderschulen den Regelschulen

ausreichend Ressourcen bereitzustellen, damit Schülerinnen und Schülern mit Behinderung generell der wohnortnahe Schulbesuch ermöglicht wird.

Gemeinderat **Ulrich**:

Lieber Martin! Die Dringlichkeit darf kurz warten, wir warten, bis der Martin sein Dringliches Anliegen, der Bürgermeisterin vorgetragen hat.

Ich sage inzwischen einmal etwas anderes, bevor ich mich an den Martin wende, und zwar: behördliche Verfahren abwarten, hat es geheißen. Natürlich, das stimmt schon, wir wollen uns ja auch nicht einmischen, aber wir wollen, uns geht es schon darum, dass wir heute Strukturen schaffen, dass wir das gleiche Problem nicht nächstes Jahr wieder haben, weil heuer jetzt geht es nur noch um zwei Kinder, nächstes Jahr könnten es vier oder fünf sein und deshalb sehen wir schon, dass strukturelle Änderungen notwendig sind, weil das nicht jedes Jahr die selbe Bittstellerei, oder dass wir nicht jedes Jahr in das gleiche Thema wieder reinkommen.

So, der zweite Vorwurf war natürlich an den Sonderschulen. Ich habe es versucht in meinem Hauptargument ein bisschen darauf einzugehen, ja, 2006 haben wir die Behindertenrechtskonvention unterschrieben, wir haben 2023, das heißt 17 Jahre hätten wir Zeit gehabt, von den Sonderschulen wegzukommen und ein inklusives Schulsystem einzurichten, wurde nicht passiert. Jetzt haben wir halt diese eine Schule, die sich spezialisiert hat. Natürlich wäre es mir auch lieber, lieber Martin, wenn in allen Schulen die ÖGS unterrichtet werden würde und wir hatten letztes Jahr auch den Antrag im Nationalrat von den NEOS einstimmig von allen Nationalratsparteien angenommen, die ÖGS soll mit Herbst 2023 offiziell Unterrichtssprache in der Republik Österreich werden. Was ist passiert? Sie sind natürlich draufgekommen, dass sie kein Personal haben, weil sie halt inklusionstechnisch auch im Ausbildungsbereich für Lehrer:innen und Lehrkräfte nichts angeboten haben. Jetzt ist halt diese eine Schule über, ja, es ist blöd, dass das eine Sonderschule ist, da hast du recht, mir wäre es

anders auch lieber. Vom Ablauf her ist es die Einzige, die das anbietet, wir hoffen natürlich beides. Und eins noch, lieber Martin, ich soll auch vom Hanno ausrichten, er entschuldigt sich dafür. Das war tatsächlich stilistisch, war es eigentlich von uns her, wir haben das als entgegenkommen gesehen, dass wir das sofort einweben. Das war deine Idee, das war ein toller Abänderungsantrag. Wir haben ihn eingewogen. Da ist es wirklich nicht darum gegangen, dir die Show zu stehlen. Ich bedanke mich auch bei dir dafür, das war wirklich gut, dass du ihn einbracht hast, aber eben die zweite Entschuldigung, die du heute bekommst, das tut uns leid. Also aber noch einmal, wir haben 17 Jahre, seitdem wir das unterschrieben haben, haben wir ein inklusives Schulsystem nicht hinbekommen und jetzt dann diesen zwei Kindern sind es inzwischen dann zu sagen, na ja, im Inklusionstechnischen Sinne ist es halt so, dass ihr jetzt in eine Schule gehen müsst, wo ihr halt nicht adäquat betreut werdet und dafür Entwicklungsverzögerungen in Kauf nehmt, viel Spaß, das ist die Inklusion. Nein, ist es nicht. Also bauen wir ein inklusives Schulsystem auf, da habt ihr mich natürlich als Inklusionskämpfer an eurer Seite. Ich freue mich über inhaltliche Debatten, danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit, wer ist dafür? Gegenprobe? Die Dringlichkeit ist einstimmig angenommen. Wir kommen zum Inhalt selbst. Wer wünscht hier noch das Wort, bitte Herr Gemeinderat Ammerer.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Gemeinderat **Ammerer**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Bürgermeisterin, lieber Philipp. Vielen Dank für diesen enorm wichtigen Antrag, ich kann nur ins selbe Horn stoßen.

Natürlich wäre es wünschenswert, wenn wir ein flächendeckendes, inklusives Angebot in unserem Schulsystem hätten, aber das ist leider nicht der Fall. Und ich möchte eines ganz bestimmt sagen: jedes Kind hat das Recht auf die bestmögliche Bildung mit der bestmöglichen Betreuung und dazu gehört eben auch der Unterricht in Gebärdensprache, wenn dieser gebraucht wird. Es hat nichts mit Inklusion zu tun, wenn man diesen verwehrt. Das ist eine Schlechterstellung dieser Kinder und die möchten wir verhindern. Natürlich können wir in kein Verfahren eingreifen. Es richtet sich der Antrag ja nur eigentlich an den Gesetzgeber, hier eine Lösung zu finden. Es ist leider ein Beispiel dafür, wo Inklusion nicht mitbedacht wurde, weil die sprengelnahe Schulwahl ist an sich ja ein sinnvolles Konzept, aber es ist ausschließlich an Kindern mit keinen zusätzlichen Lernbedürfnissen ausgelegt, in einem System, wo wir nicht an jeder Schule inklusive Bildung haben. Es wurde, so wie es aussieht, ein bisschen darauf vergessen, dass es Kinder gibt, die in eine sprengelferne Schule müssen, um die bestmögliche Bildung zu bekommen. Appellieren wir gemeinsam an den Landesgesetzgeber, hier nachzuschärfen, und zeigen wir wieder diese parteiübergreifende Einhelligkeit, die wir in Graz immer wieder unter Beweis stellen und die ich heute ja schon einmal erwähnt habe, weil das ist etwas, was wir echt super können und ich glaube, das schaffen wir auch hier.

Stadtrat **Hohensinner**, MBA:

Also ich glaube, da stimmen wir dieses Mal, also bei der Kinderbildung und Betreuung haben wir, glaube ich, unterschiedliche Ansätze, was die Finanzierung betrifft, aber in dem Fall stimmen wir überein. Ich finde, es ist schade, dass wir jetzt zu so einer Diskussion gekommen sind, ich meine, es ist sachlich, Gott sei Dank, aber man hätte es, und das hat der Martin auch gemeint, anders aufsetzen können. Man hätte auch uns anrufen können, dann hätten wir uns, glaube ich, auf einen guten Text geeinigt, weil wir da einfach auch Expertise der letzten Jahre mitbringen.

Ich bin mit dem Fall befasst, das erste Mal bin ich persönlich informiert worden bei der gehörlosen Weihnachtsfeier und da habe ich auch zugesagt, dass ich mich persönlich annehmen werde. Mein Büro hat mit dem Herrn Direktor damals gesprochen, ich habe dann auch mit Betroffenen geredet und wir haben zugesagt, dass wir aktiv dieses behördliche Verfahren unterstützen. Wir dürfen nicht eingreifen, das ist einfach so, man kann auch ein bisschen unterstützen. Das haben wir zugesagt und ich habe heute mit dem Herrn Direktor geredet. Also diese Fälle werden hoffentlich auch positiv erledigt, weil alles andere ist auch blöd. Die Kinder sind schon am Standort in den Kindergarten gegangen. Alles andere wäre aus meiner Sicht nicht zielführend und ich habe das in einem persönlichen Gespräch auch gesagt, dass ich mich einsetzen werde im Rahmen meiner Möglichkeiten, dass die Kinder dort auch in die Schule gehen können. Auch der Inspektor von der Bildungsdirektion hat es unterstützt. Von dem her hätten wir den ursprünglichen Antrag, also bei einem Antrag, der heute am Vormittag gekommen ist, hätten wir voll mitgehen können und der ist dann wieder umgeändert worden. Ich sage nur, dass es problematisch ist, der Punkt 1, der geht wirklich wieder in die verkehrte Richtung. Wenn wir vom Bundesgesetzgeber einfordern, dass jetzt jede Behinderungsart eine eigene Schule bekommt in Graz oder fixe Plätze reserviert bekommt, dann müssen wir das wirklich stringent durchziehen. Dann gibt es für hörbeeinträchtigte Kinder eigene Schule, wieder für sehbeeinträchtigte, für körperbeeinträchtigte Kinder und das wollen wir nicht. Deswegen glaube ich, ist das behördliche Verfahren eine gute Variante und da gibt es die Möglichkeit auch des schulfremden, sprengelfremden Schulbesuchs und das wäre da zielführend gewesen. Was die große Diskussion der Inklusion betrifft, da bin ich schon sehr lange damit befasst, und wir haben bitte acht Sonderschulen quasi begleitet. Wir haben die Sonderschulen reduziert, wir haben derzeit in Graz drei Sonderschulen. Also es geht in die richtige Richtung, aber wir müssen drei Sachen einfordern in der Inklusionsbemühung.

Zum einen brauchen wir auch den notwendigen Raum, das denken wir auch immer mit, wenn wir Schulen umbauen oder neu bauen. Es braucht die Mitnahme aller Betroffenen, Pädagog:innen, Eltern, Kinder. Also die müssen wirklich auf dem Weg der Inklusion mitgenommen werden und die lassen sich am besten mitnehmen, wenn man die Ressourcen bereitstellt in den Regelschulen. Da stimmen wir auch überein, das ist so nicht passiert. Ich kann mich an eine Bildungsministerin erinnern von der SPÖ, die wollte in der Steiermark eine Pilotregion machen und hat das Ziel gesetzt, in eineinhalb Jahren müssen alle Sonderschulen abgeschafft sein. Nur ist mit den Personen an den Schulen nicht geredet worden, mit den Eltern nicht geredet worden, die Ressourcen sind nicht, die in die Regelschulen kommen und so kann man dann mit einer Sache, die gut gemeint ist, genau das Gegenteil bewirken, weil wenn man die Rahmenbedingungen an den Regelschulen nicht hat, dann kommt es zu Suspendierungen etc. und genau das wollen wir nicht. Also, von dem her, Punkt zwei können wir auf jeden Fall zustimmen. Punkt 1 ist aus unserer Sicht rechtlich nicht wirklich sinnvoll und dient auch nicht der Inklusion. Aber ihr habt mein Wort, was in Graz jetzt diese Verfahren betrifft. Die Unterstützung dieser drei Kinder – eigentlich sind es nur zwei Kinder, eine Familie hat sich, glaube ich, nach Graz gemeldet – diese Unterstützung ist voll und ganz da. Bitte, das nächste Mal reden wir darüber, dann brauchen wir da nicht diskutieren.

Gemeinderat **Ulrich:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für die breite Zustimmung die sich abzeichnet. Lieber Kurt, du hast recht. Am Vormittag sagst du, es ist von uns was gekommen, dem du sofort zustimmen hättest können. Da gab es aber dann Bedenken von Dr. Schmalenberg. Also das ist dann auch, weil das ABI halt für die Gesetzesausführung zuständig ist. Ich würde trotzdem natürlich bitten, den Petitionsweg an den Herrn Landesrat Amon auch zuzustimmen. Es ist nämlich so, wir

wollen da tatsächlich kein Risiko eingehen, weil eins möchte ich schon sagen: Wenn das nämlich nicht klappt und nur der Abänderer reinkommt, wie man das den Kindern nämlich dann beibringen soll, das ist mir nämlich wirklich ein Rätsel. Lesen und schreiben werden sie dann nicht können, hören können sie sowieso nicht. Das Einzige, was ihnen nachher noch nutzt, sind wahrscheinlich rudimentäre mathematische Kenntnisse, mit denen sie sich ihre Zukunft ausrechnen können. Und die ist halt ohne Volksschule Rosenberg nicht allzu rosig. Und deshalb bitte ich tatsächlich um die Zustimmung in beiden Punkten. Vielen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung zuerst über den Abänderungsantrag von Herrn Gemeinderat Brandstätter. Wer ist dafür? Gegenprobe? Ist da jetzt eine Unklarheit, sonst können wir noch einmal abstimmen, wenn Sie möchten. Wir stimmen noch einmal über den Abänderungsantrag von Herrn Gemeinderat Brandstätter ab. Wer ist dafür? Der ist in der Minderheit geblieben. Wir kommen zum Antrag selbst und ich möchte da die Bitte aufgreifen, das getrennt abzustimmen. Wer stimmt dem Punkt 1 zu? Das ist die Mehrheit. Also noch einmal die Gegenprobe, bitte. Ist mehrheitlich angenommen gegen ÖVP. Und wer stimmt dem Punkt 2 zu? Dieser Punkt ist einstimmig. Vielen Dank.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich (gegen ÖVP) abgelehnt.

Punkt 1 des Dringlichen Antrages wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP).

Punkt 2 des Dringlichen Antrages wurde einstimmig angenommen.

8.2 Wohnsammelgaragen

(ClobF Gmeinbauer, ÖVP)

Clubobfrau **Gmeinbauer**:

Danke schön, sehr geschätzte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte noch wer zusehen, auch noch herzlich willkommen.

Es geht um Wohnsammelgaragen, ein aktuelles Verkehrsthema in Graz, wie uns bekannt ist und wie wir es auch jeden Tag in Graz selbst mitbekommen, egal mit welchen Verkehrsmitteln. Auch wenn man zu Fuß unterwegs ist, spürt man es fast in jedem Bezirk. Unser Straßensystem ist anhand dessen, was an derzeitigen Umbauarbeiten für den öffentlichen Verkehr oder auch für die zukünftige Strategie des Ausbaus der Radverkehrswege und auch das, wie man heute schon gehört hat, werden wir zukünftig auch mehr zu Fuß gehen dürfen, immer zulasten anderer Verkehrsteilnehmer:innen, nämlich dem Parkraum. Und Parkraum ist natürlich nicht nur für das Auto, sondern Parkraum brauchen auch Fahrräder, Lastenfahrräder bzw. andere zweirädrige Gerätschaften. Somit bin ich eigentlich schon mitten in meinem Thema, nämlich zu sensibilisieren, dass die Planer in dieser Stadt zukünftig, und da rede ich nicht nur von der Innenstadt, obwohl wir dort derzeit am meisten darunter leiden, dass es zu wenig Parkraum gibt, dass man auch Wohnsammelgaragen bitte mit plant, um den Verlust an derzeitigen Parkraum. Wie Sie wissen, haben wir das letzte Jahr gegen Ende des Jahres einmal aufgezählt und sind derzeit bei rund 600 fehlenden Parkplätzen. Dass sich die Autos nicht in Luft auflösen, auch wenn es verlockende Angebote immer mehr geben wird in dieser Stadt, ist auch klar, und von daher werden sich die Autos, die der eine oder andere eben nutzen muss, um zur Arbeit zu kommen, um mit seinen Kindern diverse Wege zu erledigen, auch da, wenn man auch einmal einen Ausflug außerhalb der Stadt in Angriff nimmt, ist auch klar und von daher regen wir eben an, die entsprechenden Stellen im Haus zu prüfen, wie es dahingehend

möglich ist. Ich lade dahingehend in meinem Antragstext ein, dass die zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner aufgefordert wird, in dem Motivenbericht entsprechendes Konzept für Wohnsammelgaragen zu erarbeiten und dazu einen Unterausschuss einzurichten, in dem alle Beteiligungen, die vonnöten sind, damit man einen gemeinsamen Konsens im Vorfeld erarbeiten kann und dann hier nicht großartig diskutieren muss. Dazu sind alle Fraktionen einzuladen, das GPS, die Verkehrs- und Stadtplanungsabteilung, das Straßenamt und natürlich, weil es auch wichtig ist, wie kann man sowas finanzieren und auch wirtschaftlich gut führen, das bedeutet, dass man diese Wohnsammelgaragen auch natürlich zu einem Preis anbietet, dass sich der Nutzer dann auch leisten kann und somit wäre das eine schöne Kreislaufwirtschaft, die der Stadt auch wirtschaftlich zugutekommt. Dankeschön für die Diskussion, die es hoffentlich geben wird.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Die aktuelle Verkehrspolitik in Graz priorisiert den Ausbau des Radverkehrs. Da die Grazer Straßen nicht beliebig vermehrt oder vergrößert werden können, geht die Errichtung von Radinfrastruktur zu Lasten anderer Verkehrsteilnehmer:innen, zumeist von Parkplätzen und Straßenraum im öffentlichen Bereich. Dies führt vielerorts zu Problemen bei der Befriedigung berechtigter Interessen aller Verkehrsteilnehmer:innen.

Denn trotz unterschiedlicher Sichtweisen auf diese Thematik bleibt Fakt, dass viele Menschen nicht nur über ein Auto verfügen und dieses auch nutzen (müssen), sondern dafür auch einen Abstellplatz benötigen, den sie im öffentlichen Raum gerade im Zentrum immer weniger vorfinden.

Dem Verlust der Wohnqualität und der Sicherheit des Wirtschaftsstandortes durch den bewussten Stellplatzrückbau kann aber durch Sicherstellung ausreichender Stellplätze in Garagen entgegengewirkt werden. Denn Fakt ist auch, dass Garagen wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der beschriebenen Situation in der Stadt sind.

Sogenannte „Wohnsammelgaragen“ können dabei Teil dieser Problemlösung sein, da sie günstigen Parkraum für Anrainer:innen bereitstellen und gleichzeitig für eine Reduzierung von Fahrzeugemissionen durch die Verkürzung der Parkplatzsuche sorgen. Diese Garagen sollen überwiegend für Dauerparker:innen konzipiert sein und zu akzeptablen Konditionen zur Verfügung stehen. Einpendler:innen hingegen sollen durch ausreichende Park & Ride - Anlagen angesprochen werden, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen – das Konzept der „Wohnsammelgaragen“ ist explizit nicht für diese Gruppe der Verkehrsteilnehmer:innen gedacht.

Eine erste Chance auf eine Garage für Anrainer:innen und Beschäftigte wurde im Uni-Viertel bereits vergeben, es wird sich zeigen, wie das Model des Anwohner:innen-parkens angenommen werden wird.

Die Errichtung solcher Garagen scheint in Anbetracht der derzeitigen Situation und Diskussion vor allem in dicht bebauten Gebieten absolut notwendig. Für die Errichtung und den Betrieb solcher „Wohnsammelgaragen“ benötigt es die Beteiligung der Stadt Graz, die einerseits die Machbarkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen und andererseits Modelle für Errichtung, Betrieb und Finanzierung vorzulegen hätte.

Um also die Lebensqualität der Wohnbevölkerung zu steigern, indem der Parkplatzsuchverkehr wesentlich reduziert, die Oberfläche von parkenden PKWs entlastet und für die Bevölkerung erschwingliche Garagenplätze bereitgestellt werden, stelle ich folgenden

Dringlichen Antrag:

Verkehrsreferentin Judith Schwentner wird aufgefordert, ein dem Motivenbericht entsprechendes Konzept „Wohnsammelgaragen“ zu erarbeiten. Zu diesem Zwecke wird ein Unterausschuss eingerichtet, der unter Beteiligung aller Gemeinderatsfraktionen,

der GPS, der Abteilungen für Verkehr- und Stadtplanung, das Straßenamt und die Finanzdirektion das Projekt „Wohnsammelgaragen“ forciert.

Klubobmann **Dreisiebner**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren am Livestream, liebe Antragstellerin.

Ich darf an dieser Stelle zum zehnjährigen Jubiläum als Clubopfer auch noch herzlich gratulieren. Social-Media hat es mir zumindest zugänglich gemacht. Ich meine, wir kennen uns schon so lange, aber die Jahreszahl hätte ich nicht im Kopf gehabt.

Zu deinem Antrag, ja, das ist ein wichtiges Thema, dass man öffentlich darüber diskutiert, wie es denn mit den Situationen in Graz, in den anderen Bezirken, vor allem im innerstadtnahen Bereich, mit Parkplatz und Parkplatzdruck ausschaut. Dazu gibt es von der GPS ja auch sehr regelmäßig erhobene Zahlen. Diese Zahlen beweisen und belegen uns, dass dieser Druck in den meisten Überwachungsrevieren eigentlich durchschnittlich gering, jedenfalls nicht überdurchschnittlich stark ist. Dort, wo er stärker ist, ich sehe jetzt auch zum Beispiel im Bereich Universitätsviertel, wollen wir mit Anwohner:innen-Zonen arbeiten und nicht mit diesen Anwohner-Sammelgaragen oder Wohngaragen arbeiten, denn wie du richtig sagst, das Ganze ist natürlich eine Frage, wie kann man das wirtschaftlich gut darstellen? Wir haben an dem Modell oder an dem Beispiel, Modell war es am Ende ja keines, an dem Beispiel Center of Physics als Anwohner-Sammelgarage ja gesehen, dass die entsprechenden Herstellungskosten und Betriebskosten entweder so hoch sind, dass wahrscheinlich wenige Anwohner:innen auf diese Parkplätze zugreifen würden und andererseits es natürlich auch die Gefahr mit sich bringen würde, dass wir nicht nur dem Bau stemmen müssten, sondern auch im Betrieb Abgänge stemmen müssten.

Das heißt, im Straßenbereich am „Laterndl“, wie es so schön heißt, vorhandene Zonen nach und nach, Innenstadt West zum Beispiel sei genannt, mit Anwohnerzonen

auszustatten. Das ist der Weg, den wir gehen wollen. Dazu möchte ich aber noch eines weiteres sagen. Wir haben einen sinkenden PKW-Bestand, sagen alle Statistiken über die letzten Jahre, das heißt, der Parkdruck steigt nicht. Wir bieten Alternativen an, wie zum Beispiel das Tim, das Car-Sharing, das auch sehr intensiv genutzt wird, und Eigen-Pkws, etwa Zweite-Pkws, in vielen Familien mittlerweile spart, das heißt, diese Autos kommen nicht mehr zur Neubeschaffung. Drittens sei noch vielleicht erwähnt, dass es doch in den letzten 30, 40 Jahren eigentlich üblich ist, dass wirtschaftliche Bauten, das heißt Arbeitsstätten oder eben auch Wohnbauten, über eigene Arrangierungsmöglichkeiten und Abstellmöglichkeiten verfügen. Das heißt, im Großen und Ganzen wird da über einen Parkdruck geredet, der so nachgewiesenermaßen auch mit den Zahlen, die die GPS liefert, die wir auch selber beobachten können, so nicht gegeben ist und deswegen ist ein Antrag dringlich, weil wir das öffentlich diskutieren sollten, aber inhaltlich schwer zuzustimmen. Das kann ich gleich einmal ankündigen. Danke.

Clubobfrau **Gmeinbauer:**

Danke, lieber Herr Klubobmann, für die Glückwünsche und auch liebe Kolleginnen und Kollegen zu meinem zehnjährigen Jubiläum, zu dem ich mir bedauerlicherweise nichts wünschen darf, so wie ich es jetzt gehört habe, dass es eine Erleichterung fürs Parken gibt, aber lieber Karl, ich möchte schon aufgreifen, was du jetzt an Argumentationen gebracht hast.

Dein Angebot, dass zukünftig mehr Anwohner-Parkraum zur Verfügung stehen wird, löst nicht das Parken generell, weil auch wenn du jetzt gesagt hast, dass die erhobenen Zahlen kein Parkraumproblem ergeben vom GPS, muss man dennoch schon der Realität ins Auge schauen. Das kann man eigentlich jeden Tag bei uns in Graz und da rede ich nicht nur von der Innenstadt. Ich rede zum Beispiel von Straßgang und weiß, dass es Straßenzüge dort gibt, wo sehr wohl der Parkraum sehr, sehr knapp ist, auch

wenn du jetzt ansprichst, dass unsere Bauordnung ja auch mit Parkraum, den der Bauwerber oder die Entwickler mitgestalten müssen, eine Auflage ist. Da hast du auch recht, aber wir wissen auch, dass es nicht mehr so ist wie vor 30, 40 Jahren, wo vielleicht nur jeder zweite Haushalt einen PKW hatte, sondern wir sind seit vielen Jahren schon dabei, wo die Haushalte halt zwei Autos haben.

Und wie ich schon gesagt habe, die Autos lösen sich nicht in Luft auf, auch wenn du sagst, da gibt es eine Abnahme dahingehend, weil ja die tollen Angebote rund herum wie Tim und die Öffis und alles, was wir zukünftig dahingehend noch anbieten werden, rasant den Zuspruch bekommen. Dann muss ich da sagen, da lebst du schon auch in einer Blase und ich möchte es auch noch ein bisschen verschärft sagen, ihr tut immer dann so mit diesen Beispielen wie Tim, Öffi und Co. dann ablenken von der derzeitigen Situation. Die derzeitige Situation ist es halt einmal, dass wir sehr wohl ein Parkraumproblem haben und durch diese Anwohnerparkplätze, die ja auch Platz benötigen, die zahllosen Autofahrer, die halt ihre Runden drehen, dass sie dann dort und da das Auto abstellen können, bedauerlicherweise keine Unterstützung sind zu unseren angestrebten guten Umweltplänen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit, wer ist für den Dringlichkeitsantrag? Gegenprobe? Die Dringlichkeit ist somit angenommen. Wir kommen zum Inhalt selbst, wer wünscht hier das Wort? Herr Gemeinderat Kozina-Voit. Oder? Ihr wart zeitgleich. Bitte, Herr Gemeinderat Kozina-Voit.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Gemeinderat Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Ja, liebe alle, liebe Daniela Gmeimbauer, danke einmal, kein Problem, danke für diesen Antrag. Ich finde es sehr schön, dass das Instrument der Sammelgaragen aufgegriffen wird, weil das ist grundsätzlich eine gute Idee. Man hat innerhalb der Siedlung dann eine autobefreite Oberfläche. Im Haus vielleicht nur das Fahrrad und der Weg zum Auto ist dann vielleicht kürzer oder nicht mehr kürzer als der Weg zum ÖV. Also das ändert tatsächlich auch das Mobilitätsverhalten der Leute, wenn am Rand der Siedlung eine Sammelgarage ist. Das sieht man zum Beispiel in der Wienerbergersiedlung in St. Peter, da ist das schon vor Jahrzehnten sehr erfolgreich umgesetzt worden. Kann man sich sehr gut anschauen. Da hat man wirklich eine hohe Lebensqualität, es besitzen dort wenige ein Auto, es nutzen dort weniger ein Auto und dementsprechend hat man dort auch wenig Kfz-Verkehr. Deshalb ist es auch sehr wichtig, das beim Neubau von Siedlungen zum Beispiel mitzunehmen, über die Mobilitätsverträge zu schauen, dass dann solche Sammelgaragen errichtet werden. Das kann dann auch unterirdisch natürlich passieren, weil an der Oberfläche wissen wir, der Platz ist sehr wertvoll. Natürlich dann auch mit einem geringen Stellplatzschlüssel, dass nicht so viel Autoverkehr dabei besteht. Aber was den Bestand betrifft, da möchte ich schon einen kleinen Reality-Check auch machen, weil heute zweimal so die Pippi-Langstrumpf zitiert worden ist und man kann sich ja die Zahlen anschauen. Wir haben jetzt die letzten 50 Jahre recht konsequent Parkgaragen in Graz entwickelt. Mit jedem Gebäude, das dazugekommen ist, auch in den inneren Bezirken. Wenn man jetzt nur im Internet einmal schaut, wenn man Parkplätze, Garagenplätze sucht, findet man in jedem Stadtteil in Graz garantiert einen Garagenplatz, wo man sein Auto durchgehend hinstellen kann. Die Parkplätze an der Oberfläche sind inzwischen relativ gleichgeblieben. Es sind hier und da natürlich welche weggefallen in den letzten Jahren, aber grundsätzlich haben wir da ja auch eine Statistik. Diese zeigt die Auslastung und eine Auslastung in der blauen Zone liegt bei zwei Dritteln. Wir haben eine Auslastung in der grünen Zone, die liegt bei der Hälfte. Das heißt, das sind

insgesamt jetzt 10.000 Parkplätze, die nicht ausgelastet sind, die frei sind. 10.000 von 25.000 jetzt, die da in der blauen und grünen Zone sind. Man kann alles nachlesen in den Statistiken. Das heißt, allgemein haben wir kein Parkplatzproblem in der Stadt und das möchte ich an der Stelle wirklich auch einmal festhalten.

Was natürlich auch stimmt, es gibt einige Zonen, da ist der Parkdruck höher. Das haben wir jetzt gesehen beim Univiertel, wo eben auf wenigen Parkplätzen sehr viele oder eine sehr große Nachfrage ist. Dort haben wir diese Lösung mit den Anrainerparken gefunden und das ist ein Modell, das, wenn es sich jetzt dort bewährt, so wie das aussieht, natürlich auch auf andere Stadtgebiete übertragen werden kann. Eine kostengünstige Möglichkeit auch, wo man nicht neu bauen muss. Aber es geht ja eigentlich auch darum, dass man den Menschen ermöglicht, sich anders fortzubewegen. Dieser Raum, der jetzt frei wird durch die Parkplätze, die frei werden, wird anders genutzt. Es werden Radwege errichtet, man schafft Platz zum Zu-Fuß-Gehen für die ÖV-Haltestellen, für die Begrünung, Sitzgelegenheiten etc.

Und, die Zahl ist in den Weihnachtsferien auch ein bisschen untergegangen. Ich weiß nicht, wer das gesehen hat, aber die Menschen nehmen dieses Angebot an. Die PKW-Dichte in Graz ist auf 399 PKW pro 1000 Einwohner, Einwohnerinnen gesunken. 2021 waren es noch 485. Und weil du gesagt hast, es ist nicht wie vor 30, 40 Jahren, doch es ist wieder so. Wir haben jetzt heute einen Stand, was die PKW-Dichte betrifft, wie er Anfang der 90er Jahre war. Dazwischen ist es raufgegangen und jetzt geht es wieder runter. Das heißt, es besitzen immer weniger Menschen das Auto, sie brauchen deswegen immer weniger Parkplätze. Und das ist natürlich eine Spirale nach oben. Es wird dann mehr Platz frei für Fuß- und Radverkehr, für öffentlichen Verkehr. Die Menschen steigen um, die Menschen brauchen noch weniger Autos. Es wird noch mehr Platz frei. Sie brauchen noch weniger Parkplätze, also da kommen wir eigentlich in eine gute Richtung. Das zeigt, dass die Verkehrspolitik der letzten Jahre funktioniert und wir werden diesen Weg deswegen auch weitergehen. Keine zusätzlichen Wohnsammelgaragen im Bestand machen, maximal Anrainerparken in einigen Vierteln

und Mobilitätsverträgen, natürlich beim Neubau von Siedlungen. Ein eigener Unterausschuss ist deswegen aus unserer Sicht nicht nötig und wir werden dem Inhalt deswegen auch nicht zustimmen.

Gemeinderat DI **Topf**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Dieses Thema Wohnsammelgaragen haben wir ja schon länger. Es ist ja nicht unbekannt, dass am 25. März 2021 der damalige Gemeinderat Eber, vielleicht kann man sich noch erinnern, einen Antrag zu Sammelgaragen gestellt hat, wo wir uns committen wollten, dass wir jetzt nicht sofort umsetzen, sondern dass wir, und das ist ja auch sozusagen im Antrag ganz klar festgehalten, dass wir uns in einem Ausschuss, in welcher Form auch immer, zusammensetzen, in welchen Bereichen und unter welchen Voraussetzungen Wohnsammelgaragen sinnvoll wären. Also die Clubobfrau hat ja nicht gefordert, es muss sofort umgesetzt werden, Sammelgaragen, sondern man sollte sich überlegen, in welchen Bereichen, insbesondere, weil sich ja auch die räumlichen Verhältnisse in den Straßen verändert hat. Der Vergleich mit 30 Jahre zurück passt nicht ganz, weil damals waren ja auch die Straßenverhältnisse, die Situationen, die vorhanden waren, was in den öffentlichen Raum im Straßenbereich betroffen hat, ja ganz andere Voraussetzungen. Also ich würde schon suchen, diesem Antrag zuzustimmen, es geht ja nicht darum, dass hier konkret sofort an einer Stelle X oder Y eine Wohnsammelgarage sozusagen gefordert wird und umgesetzt werden muss, sondern es geht in dem Antrag ganz klar um eine Diskussion um die Einrichtung eines Ausschusses, darüber nachzudenken, in welchen Bereichen, insbesondere im Hinblick auf die Stadtentwicklung, die wir ja tagtäglich sozusagen auch im Planungsausschuss zu diskutieren haben, Sammelgaragen in Zukunft notwendig wären. Das ist der Hintergrund und das ist ja klar im Antragstext auch formuliert worden, dass man das mitbedenkt.

Natürlich wird jetzt bei neuen Bebauungsplänen auch insbesondere im Außenbereich an die Garagierung gedacht. Wir haben da überall die Tiefgaragen schon mitgedacht, aber wir haben ja Bereiche, ich denke jetzt da nur, wenn man jetzt an die Mandellstraße denkt. Wenn wir zukünftig eine Achse dort machen wollen, eine Radachse, das ist ja stark in Diskussion, ist ja auch im Radwegenetz vorgesehen, dann muss man dort irgendwo darüber nachdenken, nämlich jetzt schon vorausschauend nachdenken, ob dort ein Bedarf einer Wohnsammelgarage ist. Genau das war ja auf der Antrag im März 2021. Prüfen wir in einem Unterausschuss oder in welchen Gremien auch immer, wo ein Bedarf in Zukunft sein wird im Hinblick auf die Stadtentwicklung, die wir haben, aber insbesondere auch in dem Bereich, wo wir bestehende Strukturen haben und wo wir den öffentlichen Raum, nämlich an der Oberfläche, neu nutzen wollen. Ich habe das Beispiel Mandellstraße genommen, wo man, also die TU und die Universitäten über eine Radachse verbinden wollen, dann müssen wir vermutlich darüber nachdenken, wie wir den Raum, den wir dort gewinnen wollen, an der Oberfläche in Wohnsammelgaragen, ob das eine Hochgarage ist oder eine Tiefgarage, ein Sammelgarage ist, darüber müssen wir nachdenken und das ist der Antragstext, dass wir das in einem Ausschuss entsprechend behandeln und prüfen, wo es im Hinblick auf die zukünftige Stadtentwicklung oder im Bestand notwendig sein wird. Ich bitte um Annahme dieses Antrags.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Möchte die Antragstellerin noch einmal zum Schlusswort? Dann kommen wir zur Abstimmung selbst. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe? Das heißt, der Antrag ist nicht angenommen.

Der Dringliche Antrag wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Lohr) abgelehnt.

8.3 Personenbezogene Grazer Straßennamen, Anbringung von Zusatz- bzw. Hinweistafeln statt Umbenennungen

(GR Piffli-Percevic, ÖVP)

Gemeinderat Dr. **Piffli-Percevic**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat, liebe alle.

Wir haben einen dringlichen Antrag eingebracht, aus dessen Betreff Sie schon unsere Haltung entnehmen können. Der Betreff lautet Personenbezogene Grazer Straßennamen, Anbringung von Zusatz- bzw. Hinweistafeln statt Umbenennungen. Das ist die bekannte Haltung von uns. Ich darf sie kurz noch einmal begründen und dann zu einem konkreten, operativen Antrag kommen.

Wir sind der Auffassung, dass dieses Thema ein allgemeines gesellschaftspolitisches Thema ist. Wie wir einerseits mit unserer Geschichte umgehen, aber auch, wie wir aus der Geschichte lernen wollen. Wir wollen aus der Geschichte lernen, dass wir uns schon allein demokratiepolitisch mit Tendenzen befassen, die wir früher kennen müssen, was den Schutz und den Erhalt der Demokratie betrifft.

Wir zeigen jetzt nicht mit dem Finger über den großen Teich, wo wir eigentlich etwas Unvorstellbares erleben. Nach Jahren von Aufforderungen zum Sturm auf das nationale Parlament mit Todesopfern noch immer nicht die gesetzlichen Mühlen dort so mahlen, dass zumindest die Untersuchung dieser Umstände noch wirklich in Gang gekommen sind. Wenn wir in die Geschichte schauen, sehen wir auch, dass umgekehrt fast die größten politischen Umstürze, der größte im letzten Jahrhundert, auf sogenannten demokratiekonformen Weg zustande kommt.

Wir sehen, dass das eine sehr difficiles Gemengenlage ist, mit der wir uns nicht gesichert zurücklehnen können. Wir bekennen uns ja zur Demokratie, es kann nichts passieren. Wenn wir in etwa so umgehen, dann nicht, aber es gibt Tendenzen, die uns Sorgen machen. Gesellschaftspolitische Bedeutung. Es geht darum, differenziert diese

auch Persönlichkeitsstrukturen zu betrachten, insbesondere um die Diskrepanz zwischen dem gesprochenen Wort und dem Handeln auch sich näher damit zu befassen. Das ist jetzt sozusagen ein Misstrauen gegenüber der Politik. Es wird immer wieder geäußert, die berühmten Sonntagsreden stehen dafür, wir dürfen nicht Sonntagsreden sozusagen dieses Sprichwort befeuern, wir müssen uns mit all den Phänomenen, auch mit der Struktur, mit dem Verhalten von Personen auseinandersetzen.

Die Umbenennung hat generell zur Folge, dass wir diese Themen, was die Geschichte betrifft, einfach aus dem Bild, dem Straßen- und Stadtbild entfernen, was bei gewissen Personen, das ist ja auch gleich nach dem Krieg geschehen, ja überhaupt keine Frage war. Bei einigen ist es richtig, hat uns die Expert:innen-Kommission gezeigt, dass hier Diskussionsbedarf ist. Dem wollen wir uns auch stellen und wir haben dazu auch sehr aufwendig einstimmige Beschlüsse gefasst und es liegt uns ein erster Expertenbericht vor. Es liegt uns, wie ich jetzt einem WhatsApp entnehme, noch nicht die abschließende Variante dieses Berichtes vor. Der gesamte Bericht der Kommission ist zwar fertig, es fehlen noch sechs Texte, das betrifft offensichtlich auch die Zusatztafeln, aber wir hören auch, dass die Experten, das ist ja überhaupt kein Vorwurf, bei einem tausendseitigen Bericht aufgrund von Kommunikationen, Einwendungen auch noch, und wahrscheinlich wird das fortlaufend sein, dass es noch Erkenntnisse gibt. Faktum ist, und das wurde uns auch im Beratungsgremium berichtet, der finale Expertenbericht, der überarbeitete, liegt noch nicht vor. Es hat verschiedene Stimmen gegeben, er läge vor und wird uns nicht vorgelegt, ich höre jetzt, ich möchte da jetzt auch niemanden einen Vorwurf machen.

Ein möglicher Vorwurf liegt aber darin, dass wir ohne, dass die finalen Texte für die Straßenhinweistafeln und ohne, dass der Endbericht in einer gerade bearbeiteten finalen Variante uns vorliegt, mutig von einer Sitzung zu anderen schreiten und uns eigentlich schon mit den Alternativen beschäftigen, bevor wir uns mit den Namen auf der tauglichen, demnächst verfügbaren Grundlage auch befassen.

Ich finde, das ist keine korrekte Vorgehensweise. Das, ob der Text jetzt schon vorliegt und uns noch nicht gegeben wurde oder noch nicht vorliegt, ist völlig irrelevant für den Antragstext. Der lautet, kommen wir zum Schluss: „Erstens, die von den Experten umfassend erstellten Texte für diese Zusatzstaffeln sollen dem Gemeinderat vorgelegt werden, damit wir das auch auf dem Letztstand beurteilen können.“

Dasselbe gilt für den Gesamtbericht, der noch nicht final vorliegt. Hier schwarz auf weiß und auch im Ausschuss zu vernehmen. Und drittens wollen wir auch unabhängig davon nur bekräftigen, das ist der dritte Punkt, dass die Maßnahmen, die wir beschlossen haben, Aufklärung in Schulen zur Verfügung stellen vom Material und insbesondere die Veröffentlichung des Volltextes auch, des finalen Volltextes in einer niederschwellig abrufbaren Version am Geoportal, dass das weiterhin verfolgt wird. Das sind unsere drei Punkte. Danke.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Das Thema der Straßenumbenennung beschäftigt immer wieder die Grazer Stadtpolitik, vor allem aber auch die betroffene Bevölkerung. Aufgrund der aktuellen Umbenennungen und Vorhaben solcher plädieren wir zum wiederholten Mal für die sinnvolle Maßnahme der Kontextualisierung.

Die grundsätzliche Haltung der ÖVP zum Thema der Straßenumbenennungen ist, dass nicht die belasteten Namen getilgt, sondern die solcherart genannten Personen kontextualisiert und ihre negativen Taten bzw. Geisteshaltungen dargestellt werden.

Die Gründe dafür sind folgende:

- I. Durch die Kontextualisierung wird ein kritisches gesellschaftliches Bewusstsein erzeugt, das demokratiepolitisch enorm wichtig ist. Es ist auch ein gewisser Bildungs-auftrag, Sensibilität für Radikalisierung, Diskriminierung und andere demokratie-politisch gefährliche Tendenzen zu wecken und zu schulen.*
- II. Historische Kontexte, aktuelle Beurteilungskriterien und die Widersprüchlichkeiten von Persönlichkeiten und Handlungen müssen möglichst gut eingeordnet*

werden können. Dies erfordert die Kompetenz einer differenzierten Betrachtung – nicht um Täter:innen oder Taten zu rechtfertigen, sondern um die Dynamik von gesellschaftlichen Prozessen zu verstehen und rechtzeitig gegen negative Tendenzen auftreten zu können.

- III. Es ist zu vermitteln, dass negative Handlungen und Geisteshaltungen nicht immer eindeutig und ausschließlich festzustellen sind, sondern häufig eine Gemengelage vorliegt, die eine eindeutige Beurteilung von Persönlichkeiten manchmal schwierig macht. Diese Komplexität zu verstehen, ist gerade angesichts der aktuellen Vorkommnisse (Israel/Gaza, Corona, etc.) von höchster Bedeutung für ein konstruktives Handeln.*

Die ÖVP hält deshalb das Ausblenden und Vergessen von Personen, die sich schuldig gemacht haben oder instrumentalisiert wurden, für nicht zielführend, sondern orientiert sich an der Expertenkommission Straßennamen (EKS), in der jahrelang Expert:innen beraten und Informationen aufbereitet haben, aus denen Texte für Zusatztafeln erstellt wurden. Mit einem Gemeinderatsbeschluss wurde die Anbringung von Zusatztafeln beschlossen und seitdem schrittweise umgesetzt. Nun liegen mittlerweile sämtliche Texte für die Tafeln vor. Die Kenntnis dieser Texte stellt die Basis für weitere Entscheidungen dar. Aus diesem Grund drängen wir darauf, diese Texte dem Gemeinderat vor weiteren Maßnahmen umfassend zugänglich zu machen.

Für die Bürger:innen, die in den betroffenen Straßen wohnen, sind die Umbenennungen auch mit erheblichem Aufwand verbunden, der für Privatpersonen und Firmen nur sehr unzureichend finanziell seitens der Stadt gedeckt wird.

Die Hilfestellungen bei den nötigen Amtswegen sind ebenfalls unzureichend geregelt. Immer wieder beklagen AnrainerInnen, nicht ausreichend von der Politik informiert und eingebunden worden zu sein.

Wir sind im Sinne der Bürger:innen und auch im Hinblick auf die großen Herausforderungen, die die Menschen gerade in finanzieller Hinsicht beschäftigen (Teuerungen, Inflation etc.) dafür, die Priorisierung der Umbenennungen zu überdenken, Projekte voranzutreiben, die den Grazer:innen aktuell helfen, und auf Prestigeprojekte zu verzichten.

Aus diesen Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1.) Die von den Expert:innen des ESKN nun umfassend erstellten Texte für die Zusatz- bzw. Hinweistafeln bei Grazer personenbezogenen Straßennamen sind dem Gemeinderat vorzulegen.

2.) Der von den Expert:innen des ESKN in der Zwischenzeit aufbereitete bzw. überarbeitete Text ihres Endberichtes ist ebenfalls dem Gemeinderat zur Information vorzulegen.

3.) Bis auf weiteres wird das Konzept der Kontextualisierung favorisiert und umgesetzt, wobei die Begleitmaßnahmen - wie die niederschwellige Verfügbarkeit der zuletzt von den Expert:innen des ESKN aufbereiteten bzw. überarbeiteten Texte ihres Endberichtes über das Geoportal der Stadt Graz - ein wesentliches Element darstellen.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, lieber Antragsteller. Erstmal danke für den Dringlichen Antrag. Einiges, was du jetzt im Motiventext gesagt hast über die Bedeutung der Demokratie und die Bedeutung, dass

man sich einfach mit der eigenen Geschichte und dem Handeln von vergangenen Akteuren wiederholt auseinandersetzt, das teile ich alles völlig. Das ist wichtig. Ich sehe es aber in keinsten Weise im Widerspruch zu der Vorgangsweise, die wir jetzt in Angriff genommen haben, nämlich zu der schrittweisen Umbenennung der schwer belasteten Straßennamen. Ich erkläre kurz, warum. Zum einen habe ich jetzt auch bei den Bürger:inneninformationen zu den Straßen, wo bisher die Umbenennung gestartet wurde, bemerke, dass gerade durch diesen Prozess der Umbenennung so wahnsinnig viel Auseinandersetzung mit beiden Personen passiert, also sowohl mit der Person, nach der die Straße jetzt benannt ist, als auch mit der Person, nach der sie benannt werden soll. Viel mehr, als es eine Zusatztafel jemals bewirken könnte, und das fand ich sehr positiv, dass es diesen Diskurs gibt. Dann wollte ich auch noch anführen, du bist ja schon sehr lange Gemeinderat und erinnerst dich vielleicht auch an so einen Standpunkt aus der vorigen Periode von eurer Partei, dass eigentlich eure Partei jetzt nicht immer grundsätzlich gegen Umbenennungen war. Zum Beispiel im Fall der Max-Mell-Allee hat eigentlich der damalige ÖVP-Bezirksversteher sich auch sehr für die Umbenennung eingesetzt, ist damals auch einstimmig im Bezirksrat so beschlossen worden und ihr habt dann auch selbst im Beratungsgremium für die Umbenennung gestimmt, also ich führe das nur aus, um zu zeigen, dass das eigentlich eine Vorgangsweise ist, die man ganz parteiübergreifend anstreben kann.

In der letzten Periode war es übrigens auch so, ich habe jetzt das wortwörtliche Zitat nicht mehr gefunden, aber ganz interessant, der damalige Bürgermeister Nagl hat als quasi zum ersten Mal diese Kurzfassung des Berichts präsentiert wurde, gesagt, er kann verstehen, dass Menschen, die in diesen schwer belasteten Straßen leben und das Wissen, sich auch irgendwie unwohl fühlen mit dem Namen, also er hat quasi angedeutet, dass es da wahrscheinlich schon ein Unbehagen gibt, mit dem er umgehen soll, er hat damals sehr viel offen gelassen. Ihr wart damals in einer Koalition mit der FPÖ und in den damaligen Debatten war sehr offensichtlich, dass die FPÖ da das massiv betrieben hat, dass nicht unbenannt wird aus Gründen, die damals sehr

deutlich waren. Deswegen finde ich es irgendwie überraschend, dass ihr euch jetzt so vehement gegen die Umbenennungen stellt, auch mit Argumenten, die ich jetzt einfach in der Form nicht sehe. Du hast gesagt, der endgültige Bericht liegt nicht vor, aber es liegt eine Kurzfassung des endgültigen Berichts vor. Es wird sich jetzt in der Langfassung nichts an der Bewertung der Straßen ändern. Also das, was schwer belastet ist, das, was belastet ist und das, was gar nicht belastet ist, wird auch in der Langversion gleich sein. Ich verstehe jetzt nicht, warum quasi eine ausführliche Biografie, die jetzt vorliegt oder nicht vorliegt, was an der Vorgangsweise, die wir gewählt haben, ändern sollte. Aber ich nehme es natürlich zur Kenntnis, das ist ein umstrittenes Thema für manche. Ich glaube, viele freuen sich auch sehr darüber, gerade im Fall der Kernstockgasse. Wir wissen, es gibt viele Menschen in Graz, die das über Jahre wollten und angestrebt haben. Wir haben uns dazu entschieden, das jetzt endlich umzusetzen. Ich sehe da auch nicht die Notwendigkeit für weitere Verzögerungen, weil es eh ein jahrelanger Prozess sein wird. Es ist jahrelang davor nichts passiert und in dem Sinne ist es ja gut, das, was wir mal in Angriff nehmen. Du schreibst im Motiventext Prestigeprojekt und das sehe ich jetzt irgendwie gar nicht als Prestigeprojekt, weil es ist weder besonders teuer, noch ist es quasi bei allem beliebt und etwas, mit dem man leicht Punkte sammelt. Aber wir halten das für richtig, erfahren auch viel Unterstützung in dem und würden uns einfach freuen, wenn sich bei euch auch manche auf eure ursprüngliche Position, die eigentlich gar nicht so ablehnend war, zurückbesinnen.

Gemeinderat Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Kollege Piffli-Percevic, vielen Dank für den Antrag. Inhaltlich ein sehr guter Antrag, aber leider Gottes, und das betone ich ganz bewusst mit "leider Gottes", von der Sinnhaftigkeit her ein Antrag, der vergleichbar ist mit Wasser in die Mur zu tragen. Leider, weil wir auch gemeinsam

diese linke Stadt-Koalition kennen, weil wir die Mehrheiten in diesem Gremium kennen und weil an politischer Ideologie manchmal kein Weg vorbeiführt und weil, leider Gottes, das betone ich auch in diesem Zusammenhang, gegen politische Überzeugung und politische Irrationalität, wie sie hier von der linken Stadtkoalition entgegengebracht wird, kein vernünftiges politisches Kraut gewachsen ist, das ist sehr, sehr bedauerlich. Von unserer Seite gibt es natürlich volle Zustimmung, sowohl in der Dringlichkeit, wir wissen, in welcher Intensität hier die Umbenennungen vorangetrieben werden möchten und du schreibst in deinem Antrag noch von Prestigeprojekten, ich nenne es ganz offen, beinharte Ideologienprojekte und mit dem Steuergeld, das dieser Stadtkoalition auch zur Verfügung steht, ist dieser Stadtkoalition auch teilweise nicht zu teuer und nicht zu irrational unsere Unterstützung habt ihr, leider Gottes, befürchte ich, werden wir keine Mehrheit erlangen.

Gemeinderat Dr. **Piffl-Percevic:**

Danke. Ich habe ausdrücklich betont, der Motivenbericht beschreibt unsere grundsätzliche Herangehensweise. Die ist, wollte ich wiederholen, dass noch einmal die Gelegenheit nützt, das klarzustellen. Wir sind uns einig, Manuela, dass wir genau hineinhören sollen in die Gesellschaft, welche demokratiepolitischen Defizite oder Momente entstehen, die gefährlich werden können. Und genau das, entschuldige, liegt jetzt vor in eurem Handeln. Ich habe hier schwarz auf weiß, dass noch nicht alle von den Experten erstellten Texte, ich kann jetzt nicht sagen, ob sich das nur auf die Zusatztafeln bezieht oder auf die Langfassung, aber ich, vorlegen, ich glaube zu wissen, dass die Experten an der Langfassung noch an der Überarbeitung arbeiten. Allein der Umstand, und das haben wir schon angesprochen in der Ausschusssitzung, dass das euch, entschuldige, wurscht ist. Wir sollen zu einem Zeitpunkt entscheiden, wo wir mit viel Geld Expertenarbeit beauftragt haben, wo deren Endprodukt noch gar nicht vorliegt. Das ist jetzt keine Spitzfindigkeiten, das sind oft – ich kann es nicht beurteilen.

Ich werde dann auch einfordern, dass wir dargestellt bekommen, was jetzt noch geändert wurde, weil wir können nicht noch einmal alle 1000 Seiten, nur das ist euch gar kein Anliegen und das ist ein demokratiepolitisches Defizit der Sonderklasse. Leider muss ich feststellen, wenn die Abstimmung jetzt so ausgeht, dass die wieder von den Grünen angeleitet, hier offensichtlich Intransparenz und ein diffuses Demokratieverhältnis offensichtlich wieder einmal sichtbar werden sollen.

Wir lehnen das ab. Wir respektieren als Demokraten eine Mehrheitsentscheidung, aber wenn Entscheidungsgrundlagen noch gar nicht alle am Tisch liegen, dann fordern wir sie ein und das betrifft diesen Antrag. Danke.

Gemeinderätin **Wutte, MA:**

Also das ist jetzt nur eine Wortmeldung zur tatsächlichen Berichtigung, auch für Menschen, die vielleicht im Stream zuschauen, weil das hört sich ja total irritierend an, wenn du da von einem demokratiepolitischen Defizit sprichst.

Ich habe jetzt noch einmal das PDF-Dokument, was auch online steht, geöffnet. Es heißt "Endbericht der Expert:innenkommission für Straßennamen Graz" und es ist die Kurzfassung. Worauf wir immer gewartet haben, ist die Langfassung, aber es steht nirgends wo, dass es ein vorläufiger Bericht wäre oder dass hier noch irgendein Ergebnis fehlen würde. Es ist einfach nur die ausführlichere Version noch ausständig. Es ist ein Endbericht, das ist eine tatsächliche Berichtigung und 2017 wurde dieser Endbericht, der auch Endbericht heißt präsentiert.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr) abgelehnt.

8.4 Karenzregelung für Gemeinderät:innen

(GR Wutte, Grüne)

Gemeinderätin **Wutte, MA:**

Da bin ich schon wieder, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir kommen zu einem ganz anderen Thema, was viel weniger umstritten ist und wo wir hoffentlich heute einen sehr breiten Konsens herstellen können werden. Es geht einfach darum, es ist eh in der Zeitung auch schon gestanden, wir haben gerade eine ungewöhnliche Situation im Gemeinderat, wir haben gerade drei schwangere Kolleginnen inklusive mir und es gibt auch einige Männer, die gerade unlängst zu Hause Nachwuchs bekommen haben. Das ist total erfreulich, es zeigt, dass ganz viele unterschiedliche Personen im Gemeinderat sind mit unterschiedlichen Lebenssituationen und es ist natürlich auch wichtig, dass die Bedürfnisse von Familien und Menschen mit Kindern hier im Gemeinderat gut repräsentiert sind.

Was wir aber bei dem Thema wirklich auch mal diskutieren sollten, ist, dass es nach wie vor keine wirkliche Karenzregelung für Gemeinderätinnen in dem Sinn gibt, dass sie eine Pause machen können und dann auch das Recht haben, ihr Mandat wieder zurückzubekommen, so wie es bei einer anderen Arbeit der Fall wäre.

Das ist auf Landesebene schon in einigen Landtagen geregelt worden, auch im steiermärkischen Landtag gibt es seit einigen Jahren die entsprechende Regelung. Ich lese es vor, wie es dort in der Geschäftsordnung steht, dort heißt es: „Abgeordnete können aus persönlichen Gründen, insbesondere zur Betreuung der minderjährigen Kinder und der Pflege und Betreuung nahe Angehöriger (auch ein wichtiger Punkt), auf die Ausübung ihres Mandates befristet für die Dauer von drei Monaten bis zu einem Jahr verzichten. Mit Ende des befristeten Mandatsverzichts geht das Mandat wieder auf das befristet ausgeschiedenen Mandatsinhaber/ den befristet ausgeschiedenen Mandatsinhaber über. Es bedarf keiner gesonderten Berufung, Abberufung und neuerlichen Angelobung“.

Auch in anderen Landtagen gibt es vergleichbare Regelungen, während bei uns ihm zugegebenermaßen teilweise etwas alten Statut nur von einem Ersatzmann die Rede ist, der beauftragt werden kann, wenn man durch Krankheit oder längeren Urlaub quasi verhindert wäre. Jetzt wissen wir, Schwangerschaft ist keine Krankheit, Pflege ist kein Urlaub und vor allem ist es auch so, dass im Fall von Graz quasi der Gemeinderat das bewilligen müsste. Da hat mich die Anna Hopper auch noch einmal darauf aufmerksam gemacht und das hat natürlich auch ein bisschen eine schiefe Optik, wenn man quasi den Gemeinderat um Erlaubnis fragen muss, ob man jetzt befristets Mandat vielleicht zurücklegen könnte. Bei mir ist es persönlich so, ich war schon einmal schwanger als Gemeinderätin, das war 2017, 2018. Da war ich erst sehr kurz im Gemeinderat und habe mich dann irgendwie so umgehört, wie tut man da eigentlich und so. Ich habe immer den Eindruck gehabt, es gibt einfach keine wirkliche Lösung dafür. Eigentlich ist es nicht vorgesehen, quasi, dass man als Gemeinderätin schwanger wird und alle drucksen so ein bisschen herum. Nachher ist eine andere Kollegin schwanger geworden, als ich mein Kind schon hatte. Die hat mich dann irgendwann so zwischen Tür und Angel gefragt, wie habt ihr das gelöst und wie hast du da getan und so. Also das zeigt irgendwie, dass die Situation für alle unbefriedigend war. Damals, muss ich ehrlich sagen, habe ich das irgendwie so akzeptiert und gedacht, okay, ist halt so, habe dann irgendwie probiert, mein Kind vor der Sommerpause zu kriegen. Das hat zufällig auch geklappt. Praktisch bin ich im Herbst wieder zurückgekommen und das war ja irgendwie auch frauenpolitisch toll, das so mit Baby immer herzukommen. Aber rückblickend muss ich ja sagen, ich habe es total anstrengend gefunden und wenn ich die Wahl hätte, hätte ich es glaube ich anders gemacht, weil das ist einfach total belastend. Damals waren wir auch eine kleinere Fraktion mit fünf Gemeinderätinnen. Wenn man ein Baby stillen möchte, aber gleichzeitig das Gefühl hat, wir sind nur fünf Personen, es gibt so viele Termine, ich möchte jetzt nicht, dass die anderen alles übernehmen müssen. Also das war für mich persönlich die Situation und natürlich nehmen alle Rücksicht, aber man ist einfach irgendwie in einer unklaren Situation und

ich glaube, dass das in Wirklichkeit die Frage ist, die sich ganz viele stellen. Soll jetzt das Mandat zurücklegen, aber nicht wirklich wissen, ob ich tatsächlich zurückgehen kann. Am Ende bin ich darauf angewiesen, dass die Person aus meiner Partei, die das Mandat übernimmt, das dann halt auch freiwillig wieder zurücklegt. Ich habe jetzt keinen wirklichen Anspruch auf die Rückkehr oder soll ich eben weitermachen, obwohl es vielleicht für mich in meiner persönlichen Situation gerade gar nicht passt und extrem belastend und anstrengend ist. Über dieses Thema habe ich öfter schon mit Leuten geredet und ich habe auch gemerkt, dass Menschen, die jetzt die politischen Abläufe nicht so kennen, regelmäßig total schockiert sind und dass das auch gerade für Menschen eben in meinem Alter um die 30, Mitte 30 auch abschreckend sein kann, überhaupt ein politisches Mandat zu übernehmen, weil sie eben wissen, sie verpflichten sich für fünf Jahre und vielleicht wird Familienplanung da irgendwann ein Thema und sie wissen eigentlich nicht, wie sie damit umgehen sollen.

Deshalb freue ich mich sehr, dass wir auch mit der Unterstützung der Kolleginnen in der ÖVP heute einmal einen ersten Schritt in diese Richtung gehen werden, nämlich einfach analog zum Landtag auch im Statut der Stadt Graz eine derartige Regelung umsetzen wollen. Ich habe auch gleich gedacht ans Thema Bezirksvorsteherinnen, weil mir auch einmal ein Kollege von der KPÖ angesprochen hat, der auch gesagt hat, er wäre so wahnsinnig gern eigentlich in Karenz gegangen, aber es gibt die Möglichkeit halt gar nicht als Bezirksvorsteher. Deshalb stelle ich folgenden

DRINGLICHEN ANTRAG:

Der steiermärkische Landtag wird auf dem Petitionsweg ersucht, in der Statut der Stadt Graz einen befristeten Mandatsverzicht mit Rückkehrrecht für Gemeinderätinnen und Bezirksvorsteherinnen eben vergleichbar mit der Regelung des steirischen Landtags im Sinne des Motiventexts zu übernehmen und freue mich über breite Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Erst unlängst wurde bekannt, dass momentan drei Gemeinderätinnen unterschiedlicher Fraktionen des Grazer Gemeinderats schwanger sind. Außerdem gibt es einige frisch gebackene Väter. Grundsätzlich zeugen diese vielen Fälle von „Eltern Glück“ von einer altersgemischten Zusammensetzung des Gemeinderats, was nicht zuletzt insofern begrüßenswert ist, als die Gemeinderät:innen auch idealerweise die Themen und Anliegen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen aufgreifen sollen.

Diese vielen Fällen führen uns aber auch vor Augen, dass es nach wie vor keine geregelte Karenzmöglichkeit für politische Mandatar:innen in Graz gibt.

Etliche Landtage haben eine spezielle Karenzregelung schon vor Jahren umgesetzt. So liest man in der Geschäftsordnung des steirischen Landtags „Abgeordnete können aus persönlichen Gründen, insbesondere zur Betreuung der minderjährigen Kinder und der Pflege und Betreuung naher Angehöriger, auf die Ausübung ihres Mandates befristet für die Dauer von drei Monaten bis zu einem Jahr verzichten [...] Mit Ende des befristeten Mandatsverzichts geht das Mandat wieder auf die befristet ausgeschiedene Mandatsinhaberin/den befristet ausgeschiedenen Mandatsinhaber über. Es bedarf keiner gesonderten Berufung, Abberufung und neuerlichen Angelobung.“

Auch im Salzburger und Kärntner Landtag gibt es vergleichbare Regelungen, die in den meisten Fällen mit parteiübergreifender Einigkeit beschlossen wurden.

Weder das Statut der Stadt Graz noch die Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats enthalten eine derartige Bestimmung. Im Statut wird nur unter §20 (6) festgehalten:

„Ist ein Gemeinderatsmitglied durch Krankheit verhindert an den Sitzungen des Gemeinderates teilzunehmen oder für länger als 6 Wochen beurlaubt, so ist auf Antrag der Wahlpartei, der das Mitglied angehört, vorübergehend ein Ersatzmann einzuberufen und in der nächsten Gemeinderatssitzung anzugeloben.“

Schwangerschaft ist keine Krankheit und die Pflege eines nahen Angehörigen kein Urlaub. Viele Lebensumstände, in denen sich Abgeordnete befinden können, werden durch die derzeit geltende Regelung somit nicht berücksichtigt.

Seit ich 2017 mein Mandat als Gemeinderätin antrat, war ich zweimal schwanger und mit etlichen Frauen aller Fraktionen diesbzüglich in Kontakt. Immer wieder habe ich erlebt, dass man sich etwas verschämt darüber austauscht „wie man das am besten regelt“. Ich und viele andere hatten immer das diffuse Gefühl, in einer Situation zu sein, die nicht „vorgesehen“ ist:

Soll frau das Mandat zurücklegen ohne garantiertes Rückkehrrecht, angewiesen auf den „good will“ der nachrückenden Person? Oder soll sie das Mandat behalten, obwohl es in ihrer individuellen Lebenssituation vielleicht sehr schwierig ist, die Betreuung eines Neugeborenen und die aktive Ausübung eines politischen Mandats unter einen Hut zu bringen? Das sind die Fragen, vor denen schwangere Frauen und auch frisch gebackene Väter derzeit zwangsläufig stehen. Aber auch die Pflege naher Angehöriger kann während der fünfjährigen Gemeinderatsperiode unerwartet viele persönliche und zeitliche Ressourcen in Anspruch nehmen und die aktive Ausübung des Mandats vorübergehend verunmöglichen.

Nicht zuletzt habe ich immer wieder erlebt, dass die derzeitige Regelung, in der eine Karenz einfach nicht vorgesehen ist, für Menschen mit Kinderwunsch, die sich für politische Arbeit interessieren würden, abschreckend wirken kann.

Natürlich könnte auch eine finanzielle Absicherung von Gemeinderät:innen während der Karenz (Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld) Gegenstand weiterer Diskussionen sein. Dafür müsste allerdings wahrscheinlich die gesamte Versicherungssituation der Gemeinderät:innen reformiert werden.

Deswegen sollte in einem ersten Schritt die grundsätzliche Möglichkeit der Karenzierung (= befristeter Mandatsverzicht) mit garantierter Rückkehr verankert werden. Analog zu der Regelung für Gemeinderät:innen könnte eine Regelung für Bezirksvorsteher:innen, die in etwa ein ähnliches Arbeitspensum erfüllen, angedacht werden.

Ich stelle deswegen namens der Grünen – ALG Graz folgenden

Dringlichen Antrag:

Der Steiermärkische Landtag wird auf dem Petitionsweg ersucht, in das Statut der Stadt Graz einen befristeten Mandatsverzicht mit Rückkehrrecht für Gemeinderät:innen und Bezirksvorsteher:innen (vergleichbar mit der Regelung in der Geschäftsordnung des steirischen Landtags) im Sinne des Motiventextes aufzunehmen.

Gemeinderätin Hopper:

Geschätzte Stadtregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Manuela natürlich und alle, die vielleicht noch zuschauen. Grundsätzlich ist es ja nicht immer ideal, wenn die, die gerade direkt unmittelbar von einer Sache betroffen sind, dann dazu reden. Wir schauen jetzt einmal darüber hinweg und gehen davon aus, dass wir hoffentlich zukünftigen Generationen, Kolleginnen und Kollegen, damit ein bisschen was vereinfachen. Ich möchte mich bedanken für den Antrag, ich möchte mich auch bedanken für das Gespräch, ich glaube aber auch, dass man sich wirklich auch erst genau damit beschäftigt, wenn man tatsächlich auch betroffen ist, wenn man davon ausgeht, es wird schon irgendetwas geben. Wir haben auch festgestellt, es gibt die von der Manuela erwähnte Urlaubsregelung, es gibt auch die Möglichkeit natürlich krank zu sein. Möchte Manuela da aber zustimmen, dass weder das eine noch das andere zutrifft, wenn man gerade ein Kind erwartet. Und aber auch, und das ist eine Situation, die mir ganz, ganz wichtig ist und die sich auch in der Geschäftsordnung des steiermärkischen Landtages findet, die aber auch zutrifft, wenn man jetzt akut einen Pflegefall in der Familie beispielsweise hat und aus diesem Grund vielleicht den Gemeinderatssitzungen oder sich dazu entscheiden muss, den Gemeinderatssitzungen für eine gewisse Zeit lang fern bleiben zu müssen, dass man da auch die Möglichkeit hat, hier nicht in irgendeinem schwindeligen Krankheitsabwesenheit beruflich oder privat verhinderten Zustand zu sein, sondern dass man da auch ganz klar die

Möglichkeit hat, selbstbestimmt als Mandatarin festzuhalten, dass man einfach hier jetzt kurz eine Pause braucht. Ich glaube, grundsätzlich haben wir alle den Anspruch, dass wir, dass politische Gremien möglichst breit auch abbilden sollen, wie unsere Gesellschaft aktuell aussieht, und das ist aus unserer Sicht auch nur dann möglich, wenn Politik auch attraktiv ist für Menschen, die Familie planen, die vielleicht bereits einen Pflegefall daheim haben, wo sie wissen, ok, vielleicht gibt es da wieder eine Situation, wo es im Ernstfall vielleicht eine Pause benötigt, also einfach die Möglichkeit gibt, hier auch wirklich den Wünschen der Mandatäre auch zu entsprechen.

Und gleichzeitig glaube ich aber auch, dass wir alle in dem Gremium irgendwo die Erwartung haben an uns selber, aber auch an irgendwie die Kolleginnen und Kollegen, dass man seinen eigenen Pflichten auch nachkommt und eben genau diese Diskrepanz zwischen einer Situation, die die Manuel auch gerade beschrieben hat, wo man eigentlich ja tun mag, aber gleichzeitig weiß, ok, aber dann fehlt dort ein Mann, dann fehlt dort eine Frau, dass es diese Situation auszubügeln gilt, weil es ist natürlich sehr, sehr fragwürdig, wenn man sagen muss, ok, ich muss krankheitsbedingt fern bleiben, auch wenn die Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat wissen, dass das aufgrund eines Kindes ist oder vielleicht liegt man gerade im Kreissaal, was weiß ich, es gibt ja Zufälle, dass die Kolleginnen und Kollegen glaube ich sehr verständnisvoll sind, weil man befindet sich dann einfach in einer sehr schrägen Lage. Und ich glaube, ein Aspekt ist mir auch sehr, sehr wichtig, nämlich der Demokratiepolitische. Wir haben jetzt in ein paar Diskussionen und Debatten davor schon diesen Begriff auch bemüht, aber was ich schon noch erwähnen möchte, ist, dass wenn wir krankheitsbedingt einer Sitzung fernbleiben würden oder auch aus persönlichen Verhinderungsgründen der Sitzung fernbleiben würden, dass sich automatisch in den Abstimmungsverhältnissen hier im Gremium etwas verschiebt, dass die Bevölkerung in ihrem Wahlergebnis so nicht vorgesehen hat.

Und aus diesem Grund war es auch uns wichtig, hier eine klare Regelung zu finden, einen Ersatzmann oder eine Ersatzfrau der entsprechenden Liste nachzunominieren, die diesen Pflichten dann in dieser Zeit auch nachkommt.

Von unserer Seite möchte ich nur abschließend ganz kurz sagen, dass wir uns selbstverständlich dann auch, das ist ja immerhin eine Petition an den steiermärkischen Landtag, auch mit unseren Kolleginnen und Kollegen dort in Verbindung setzen werden. Ich würde alle Kollegen da im Gemeinderat bitten, es uns gleich zu tun, dass man da vielleicht auch wirklich möglichst rasch diese Änderung des Statutes bewirken können und so zukünftigen Kolleginnen und Kollegen das Leben etwas einfacher machen und sie nicht in irgendwelche prekären, komischen Situationen bringen. Ich freue mich auf die Zustimmung, danke noch einmal für den Antrag.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Vielen Dank, erst einmal Anna, für die unterstützenden Worte. Ich freue mich sehr, dass wir diese Petition heute gemeinsam anschicken und ich freue mich auch besonders, dass du gesagt hast, wirklich dich auf Landesebene dafür einzusetzen, weil wir wissen, Petitionen ans Land heißt nicht automatisch, dass das dann genauso kommt, aber ich glaube, wenn wir alle an dem dran bleiben und weil es ja auch die gleiche Regelung auf Landesebene schon gibt, stehen die Chancen tatsächlich gut, dass es dann für zukünftige Generationen von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten da eine Klarheit gibt. Auch in Absprache mit der Frau Bürgermeisterin möchte ich das jetzt auch nutzen, um mich zu verabschieden, weil ich tatsächlich auch, wenn es die Regelung noch nicht gibt, parteiintern vereinbart habe, eine längere Pause einzulegen, eben weil ich das schon einmal erlebt habe mit Baby und für mich jetzt einfach klar war, ich persönlich möchte jetzt diesen Stress mit dem politischen Mandat und ganz kleinem Kind zu Hause nicht haben. Deswegen jetzt einfach auch von mir eine

allgemeine Verabschiedung und ich hoffe, dass das für alle in Ordnung wäre, wenn es jetzt ein bisschen von dem Thema wegführt. Als Erstes möchte ich mich ganz herzlich bei euch allen für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren bedanken, ich bin jetzt seit fast sieben Jahren im Gemeinderat gewesen und ich habe in dieser Zeit so ganz viel über die Stadt lernen können. Das war für mich total bereichernd und spannend. Ich möchte auch noch ein Thema ansprechen, was der Kollege Piffl-Percevic eigentlich in seinem Dringlichen Antrag davor angesprochen hat, nämlich das allgemeine demokratiepolitische Thema. Wir sind alle Kommunalpolitikerinnen, schon klar, sind jetzt nicht irgendwie auf Bundesebene aktiv, aber ich glaube trotzdem, dass das für uns alle angesichts der heutigen Entwicklungen sehr relevant ist, weil wir einfach in vielen Ländern ein Erstarren von rechtsextremen Kräften erleben. Wir haben in Österreich auch gerade eine Partei, die in Umfragen führt, deren Spitzenkandidat die Medienfreiheit massiv angreift, der Orban als Vorbild sieht und einen Staat im Sinne Orbans als Vorbild zieht. Er verwendet auch wiederholt und bewusst Begrifflichkeiten aus dem Nationalsozialismus und das offensichtlich gezielt macht. Ich denke angesichts dessen, muss uns allen bewusst sein, dass die Demokratie, in der wir leben und in der wir die letzten Jahrzehnte gelebt haben, überhaupt keine Selbstverständlichkeit ist und von allen Bürgerinnen verteidigt werden muss, aber insbesondere von den politischen Mandatarinnen bewahrt und verteidigt werden muss. Wir sehen, dass Menschen heutzutage keine gemeinsamen Informationsquellen mehr haben, wie es vielleicht früher die ZIP 1 war oder irgendetwas anderes beispielsweise, sondern die Menschen informieren sich über ihre ganz eigenen Kanäle, über Social-Media, bekommen dort stark gefilterte Informationen, die ihrem eigenen Weltbild sozusagen entsprechen und es verstärken. Das führt zu ganz massiven Spaltungstendenzen in der Gesellschaft. Fake News sind im Umlauf, die dann einfach unwidersprochen sozusagen über Social-Media weiter verstärkt werden. Und wir bei den politischen Parteien merken diese Tendenz und sind ihr ein Stück weit ausgeliefert. Das bedeutet auch, Parteien kommunizieren zunehmend zielgruppenspezifisch über eigene Kanäle, bewegen sich in

ihren eigenen Erzählungen und das sehe ich eigentlich als große Gefahr, wenn Parteien sozusagen es nicht mehr schaffen, einen gemeinsamen, rationalen Diskurs in der Gesellschaft zu führen. Das ist so mein Abschließendes, was ich einfach uns allen mitgeben möchte, wenn wir die Demokratie und den demokratischen Diskurs in der Gesellschaft als Ganzes stärken wollen, müssen wir es schaffen, uns wirklich ernsthaft mit den Argumenten der Gegenseite auseinanderzusetzen und uns alle immer wieder daran erinnern, warum wir alle in die Politik gegangen sind und auch glauben, dass auch andere Parteien, andere Mandatarinnen aus diesen Gründen in die Politik gegangen sind, nämlich um die Stadt zu verbessern, um die Gesellschaft zu verbessern und es mag andere Positionen geben, aber das muss das Bild sein, was wir wechselseitig voneinander haben. Und dann glaube ich, ist das auch ein Bild, was wir nach außen vermitteln können, nämlich dass die Politik kein ständiges Hick-Hack ist, kein Gegeneinander, sondern dass wir gemeinsam um wirklich gute Lösungen für die Stadt und für die Gesellschaft ringen. Wenn wir dieser Haltung als Kommunalpolitikerinnen leben, glaube ich, dass die Menschen auch draußen weniger empfänglich sind für diese ganz einfachen Botschaften oder scheinbar einfachen Botschaften, die manche rechtsextreme Parteien uns verkaufen wollen. Das ist einfach so etwas, was mir persönlich ganz, ganz wichtig ist und wo ich mich selbst immer wieder daran erinnern möchte und woran ich uns alle erinnern möchte, dass wir uns um diesen ehrlichen, sachlichen, lösungsorientierten und authentischen Weg in der Politik bemühen und so auch einfach ein gutes Bild der Politik nach außen tragen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Liebe Manuela, ich komme noch später darauf zurück, jetzt müssen wir einmal erst abstimmen über die Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit dieses Antrages? Gegenprobe? Die Dringlichkeit ist einstimmig angenommen. Ich habe eine Wortmeldung und zwar die Gemeinderätin Anna Robosch.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Gemeinderätin **Robosch**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Antragstellerin, liebe Manu.

Nach diesen Worten ist es eigentlich ein bisschen schwer, jetzt diese Wortmeldung zu machen, weil ich möchte ja nicht nur für den Antrag danken, sondern auch für diese grandiosen Appelle uns alle. Ich glaube, das können wir uns alle hinter die Ohren schreiben und überall hin, wo wir uns öfter mal hinschauen.

Nichtsdestotrotz habe ich mir vorgenommen, auch etwas Inhaltliches zu diesem Antrag zu sagen, weil ich es sehr oft, wenn solche Themen aufkommen, als sehr symptomatisch empfinde, dass da draußen dann immer die Personen stehen, die es halt betrifft, oder die sich halt auch in diesem System benachteiligt sind und diese Benachteiligungen selbst auch oft aufheben müssen. Und ich stehe da jetzt nicht als direkt Betroffene, weil ich ein Kind erwarte, aber ich stehe hier sehr wohl als direkt Betroffene, weil man sehr oft in unserem System, egal ob jetzt im Gemeinderat oder in unseren demokratischen Gremien generell, sehr oft sieht, dass sie in Zeiten etabliert worden sind, wo nicht vorgesehen waren, dass da auch irgendwann Frauen sitzen und dass da auch irgendwann einmal Frauen sitzen, die auch eine Familienplanung haben. Dass da auch dann Frauen sitzen, die unterschiedliche Lebensrealitäten vorfinden und dass da auch dann Familien, also Mitglieder von Familien sitzen, die unterschiedliche Lebensplanungen haben als vielleicht noch vor 100 Jahren.

Und da sehe ich sehr oft, wie gesagt, in dieser Diskussion und auch in dem, dass wir dann diese Anträge stellen müssen, um diese Veränderungen herbeizuführen, sehr symptomatisch, dass es dann wie immer Frauen sind, die diese Veränderungen herbeiführen. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass diese Veränderungen generell, die wir mit diesem Antrag machen, aber auch sehr oft in anderen frauenpolitischen

Veränderungen fordern, eigentlich auch Forderungen sind und Veränderungen sind, die allen helfen. Wir haben heute schon davon gesprochen, dass wir auch Männer haben, die Kinder bekommen haben in dieser Gemeinderatsperiode und auch denen die Möglichkeit zu bieten, einen großen Teil auch der Zeit mit diesen Kindern zu verbringen, vor allem auch in der ersten Zeit, die sicher eine sehr besondere ist. Das zu ermöglichen, ist, glaube ich, nicht nur sehr dringlich, sondern auch heute angebracht. Und ich möchte auch noch ganz kurz erzählen, dass wir auch in unserer Partei, in anderen Gemeinden ist das ja auch schon möglich, dadurch, dass der Landtag das generell möglich gemacht hat, und ich habe auch generell sehr viele Kolleginnen aus anderen Gemeinden, die diese Auszeit oder dieses Rückkehrrecht quasi nach einem Jahr schon genutzt haben, aus den unterschiedlichsten Gründen und auf das möchte ich auch noch ganz kurz eingehen. Die einen, wie gesagt, durch die Familienplanung, die anderen durch Pflegebedarf zu Hause und manchmal auch einfach durch persönliche Lebenssituationen dies ergeben haben, dass man mal sagt, man braucht jetzt eine einjährige oder dreimonatige Auszeit. Man möchte aber trotzdem diese Veränderungen und diesen Mandatsanspruch später wieder wahrnehmen. Und meine Freundinnen, es waren ausschließlich Frauen, die mir davon berichtet haben, haben sehr oft gesagt, man kann dann nach diesem Jahr viel entspannter wieder in dieses Mandat zurückkommen und viel mehr auch in diesem Mandat für die Politik und für diese positiven Veränderungen von allen leisten, dadurch, dass man diesen Anspruch hatte. Aber trotzdem eben auch die wichtige Regelung, dass die demokratischen Verhältnisse, die ja bei Wahlen entstehen, trotzdem nicht außer Kraft gesetzt werden, weil eine Person dann fehlt. Deswegen noch einmal danke für diesen Antrag, wir unterstützen ihn natürlich und auch danke für deine Verbündinnenschaft in den letzten Jahren. Man sieht es da am Antrag, aber man hat es bei ganz vielen anderen Anträgen gesagt, dass du eine Verbündete für die Sache warst, und danke dafür.

Gemeinderätin **Herlicska**:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Stadtregierung, Zuhörende und ganz besonders dir, liebe Manu, danke für diesen Antrag. Er hat mich auch wieder dazu gebracht, mal darüber nachzudenken, wie das bei mir eigentlich war, und dann ist mir, ich möchte das einfach mit euch teilen, weil das ist, ich glaube, auf die Idee kommt sonst keiner als eine Frau, die aus Überzeugung Kommunalpolitik macht.

Meine Tochter ist am 2. Jänner 2012 geboren, die letzte Gemeinderatssitzung vor ihrer Geburt habe ich zwischen Weihnachten und Neujahr 2011 mit Vorwehen durchgestanden und ich glaube, das zeigt ganz deutlich, warum es so wichtig ist, dass man diese Möglichkeit schafft, hier sich zurücknehmen zu dürfen, weil ich weiß es ganz genau aus persönlicher Überzeugung, wir tun das nicht. Wenn es diesen Rahmen nicht gibt und auch wenn man uns den vielleicht einräumt, wir nehmen uns da zu wenig heraus. Ich glaube, dass wir diesen Rechtsanspruch, uns ganz persönlich, um uns selbst kümmern zu können. Sei es wegen einer Schwangerschaft oder sei es aus anderen Gründen, warum man eine Auszeit braucht. Es ist einfach extrem wichtig für Menschen, die in der Kommunalpolitik sind oder anderswo politisch tätig sind. Darum möchte ich mich bedanken und wünsche den Kolleginnen, die demnächst die Kinder erwarten, das Allerbeste. Wir freuen uns, wenn ihr dann mal vorbeischaut, auch mit dem Nachwuchs. Dankeschön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, möchte ich einfach, weil es mir wichtig ist, also fast nahtlos anschließen an die Miriam, weil ich wirklich auch sehr, sehr dankbar und froh bin, dass der Antrag eingebracht ist. Auch wenn es fast, so wie die Anna gesagt hat, so ist, dass man halt, wenn man selber betroffen ist, dann aufmerksam wird und man fängt tatsächlich, so wie die Miriam gesagt hat, zum Nachdenken an. Also wie du geredet hast und auch wie die Kollegin Anna Hopper

geredet hat. Wenn man dann selber nachdenkt, wie das bei einem selber war, also das war damals fast denk-unmöglich. Und ich habe auch gerade zum Stadtrat Günter Riegler gesagt, weil wenn man so zurückblickt, nach vor 30 Jahren oder 20 Jahren, es wäre so ein Antrag auch nicht einmal vielleicht einstimmig, aber zumindest mit großer Mehrheit angenommen worden. Das ist einfach nicht gesehen worden und das ist eigentlich ein großer Schatz, den ich durchaus auch sehe, wenn wir heute in den ein oder anderen Fragen vielleicht anders entschieden haben. Wir haben aber heute auch in vielen Fragen ziemlich gemeinsam und einheitlich agiert und das ist wichtig und das ist das Schöne an der Kommunalpolitik. Ich möchte dir persönlich, nicht nur für diese heute total wichtige und engagierte Rede danken, sondern auch im Namen von uns allen, vor allem im Namen der Koalition, für die unheimlich wertvolle und engagierte Arbeit, die du gemacht hast. Und wenn ich nicht, du hast es mir ja Gott sei Dank verraten, dass das heute die letzte Sitzung ist. Das zeigt aber auch, wie wir Frauen auch relativ schnell und flexibel sind, weil siehe da, das hätte ich sonst nicht so schnell geschafft. Alles, alles Liebe dir, und ich hoffe, wir sehen uns außerhalb des Hauses und dann wieder im Gemeinderat. Alles Liebe. Ich habe gerade zur Kollegin Anna Hopper gesagt, weil du es mir auch so kurzfristig gesagt hast, ob du noch ein bisschen bleibst Anna? Nein, ja, passt. Schön, wir kommen zur Abstimmung zum Antrag selbst. Ich darf bitten, wer dafür ist, ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe? Vielen Dank für den einstimmig angenommenen Antrag und alles Liebe.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (18:27)

8.5 Belebung Erdgeschoßzonen Reininghaus

(GR DIⁿ Würz-Stalder, Grüne)

Gemeinderätin DIⁿ **Würz-Stalder:**

Wäre ein schöner Abschluss jetzt für die Gemeinderätin gewesen. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen im Livestream und auf der Galerie. Ich möchte einen dringlichen Antrag einbringen zum Thema Reininghaus. Diesmal zu den Erdgeschoßzonen. Wir wissen, die funktionierende Nutzung von solchen Sockel- und Erdgeschoßzonen sind ganz wesentlich und essenziell für ein nachhaltiges und klimaschonendes Leben in städtischen Wohnquartieren. Die fußläufige Erreichbarkeit spielt dabei eine große Rolle, die Erreichbarkeit von Geschäften, Dienstleister:innen des täglichen Bedarfs, aber auch darüber hinaus produzierende Kleingewerbe, zum Beispiel Handwerksbetriebe, die bieten auch Arbeitsmöglichkeiten. Das alles stärkt die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld und erhöhen die Lebenszufriedenheit. Die Bespielung solcher Zonen ist aber gerade bei Neubauvierteln einer der großen Herausforderungen. Selbst in bestehenden und gewachsenen Strukturen wissen wir, stehen zum Beispiel Handelsgewerbe unter erhöhtem Druck, zum Beispiel schon seit längerem durch den wachsenden Internethandel, aber auch aktuell durch die Inflationssituation und auch die mangelnde Kauf- oder die schwindende Kaufkraft. Schon in der letzten Gemeinderatssitzung wurde die Frage gestellt, was Sie, Herr Riegler, lieber Günter, unternommen haben oder was unternommen wird, um dem Leerstand der Sockelzonen in Reininghaus zu begegnen. Dabei wurde geantwortet mit gewünschten Investitionen in die Tennenmälzerei und es wurde zugesichert, dass Gespräche mit den Autor:innen einer Studie über die Bedingungen, Mitbedingungen vor Ort und den Problemen damit Kontakt aufgenommen wird.

Bei der Tennenmälzerei muss dazu gesagt werden, dass es sich hierbei um eine öffentliche Einrichtung handelt und die eigentlich eine Aufgabe hat, den Raum für

Kultur- und Bildungsangebote bereitzustellen und genauso für die Stadtteilarbeit und Aktivitäten seitens der Bevölkerung. Die Mischnutzung, oder die beabsichtigte Mischnutzung mit Gewerbeflächen in den Sockelzonen und den Geschossen darüber, die sollten zur Vermietung angeboten werden und sind dementsprechend private Initiativen. Die Notwendigkeit von unterstützenden Maßnahmen wurden auch bereits erkannt und am 15. Oktober 2020 wurde im Grazer Gemeinderat die Richtlinie zur Förderung der Sockelzonen Reininghaus und Smart City beschlossen.

Es ist eine sehr ambitionierte Wirtschaftsförderung, die zur optimalen und qualitätvollen Entwicklung des neuen Wohn- und Arbeitsstadtteils Reininghaus, einen vitalen Branchenmix, der sich an den Leitbegriffen klimafreundlich, nachhaltig und innovativ orientiert. Dieser Beschluss wurde von der Grünen Fraktionen damals mitgetragen, allerdings brachte die damalige grüne Gemeinderätin Andrea Pavlovec-Meixner einen Abänderungsantrag zum Beschlussstück ein. In diesem wurde dargelegt, dass das Stadtteilmanagement, dessen Kernaufgabe in der Moderation von sozialen und gesellschaftlichen Interessen liegt, wohl nicht in der Lage sein wird, einen Prozess wie die Belebung der Sockel- und Erdgeschosszonen zu begleiten, zu steuern.

Im Änderungsantrag wurde daher vorgeschlagen, das Management aller Ladenlokale zu bündeln, und zwar über ein Centermanagement, vergleichbar mit dem eines Einkaufszentrums. Der Vorteil eines solchen Modells liegt in der gesamtheitlichen Erfassung dieser Gewerbeflächen in einem Gebiet und die im Sinne eines verträglichen Branchenmix gemeinsam vermarktet und auch verwertet werden können.

Die Vermieter:innen profitieren durch eine gesicherte Vermietung an die Betreibergesellschaft und potenzielle Mieter:innen wiederum können sich besser kleinere Flächen, die sie benötigen, gemeinsam mit anderen Mieter:innen leisten. Vermittelt und koordiniert würden diese Prozesse durch eine Gesellschaft, eine Betreibergesellschaft, die eben diesen Branchenmix, diese Verhandlungsprozesse, zwischen einerseits dem Vermieter und auch den zukünftigen Mieter:innen sozusagen organisiert.

Dabei könnte es auch oder kann auch, können innovative Potenziale wie zum Beispiel Sharing-Economy oder Sharing-Prozesse integriert werden, als auch zum Beispiel originelle und ungewöhnliche Nutzungen. Es gibt ein paar Beispiele, ich nenne nur die Grätzlhôtels in Wien. Das Modell einer Betreiber-gesellschaft wurde in großen Stadtentwicklungsgebieten angewandt, zum Beispiel Wien, Seestadt Aspern oder Sonnenviertel, aber auch in kleineren Städten wurde das durchaus erfolgreich angewandt, für eine nachhaltige Etablierung solcher Strukturen.

Die Diskussion wird deshalb nicht nur für Neugebiete, sondern auch für die Nutzung von Bestandsflächen, die Nachnutzung, Revitalisierung von Bausubstanz, aber auch die Belebung und Stärkung in Innenstadtbereichen, sprich Ortskernen, diskutiert.

Deshalb stelle ich im Namen der Grünen ALG folgenden

DRINGLICHEN ANTRAG:

Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler wird beauftragt, gemeinsam mit der zuständigen Fachabteilung ein Konzept für ein Betreibermodell zur Förderung und Belebung der Erdbeschusszone in den Reininghaus im Sinne des Motiventextes zu erstellen.

Ich hoffe auf eine vielfältige Diskussion und freue mich auf breite Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Die „funktionierende“ Nutzung von Sockel- oder Erdgeschoßzonen einer städtischen Bebauung sind der Schlüssel für ein nachhaltiges und klimaschonendes Leben in städtischen Wohnquartieren. Die fußläufige Erreichbarkeit von Geschäften und Dienstleister:innen des täglichen Bedarfs schaffen eine gute Versorgungsqualität. Produzierendes Kleingewerbe wie Handwerksbetriebe bieten darüber hinaus vielfältige

Arbeitsmöglichkeiten und stärken damit die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld und erhöhen die Lebensqualität.

Allerdings ist die Bespielung und wirtschaftliche Entwicklung solcher Zonen gerade in neu errichteten Stadtvierteln eine der größten Herausforderungen. Selbst in bestehenden, gewachsenen Strukturen in guten Lagen kämpfen Handelseinrichtungen mit Entwicklungen wie dem rasch wachsenden Internethandel oder auch mit der hohen Inflation und der daraus resultierenden sinkenden Kaufkraft.

Schon in der letzten Gemeinderatssitzung wurde die Frage gestellt, was unternommen wird, um dem Leerstand der Sockelzonen in Reininghaus zu entgegen. Stadtrat Riegler beantwortete diese mit dem Hinweis auf gewünschten Investitionen in die Tennenmälzerei und sicherte Gespräche mit den Autor:innen einer Studie zu den Problemen der Sockelzonennutzung zu. Bei der Tennenmälzerei handelt es sich um eine öffentliche Einrichtung, die als solche die Aufgabe hat, Raum für Kultur- und Bildungsangebote sowie für die Stadtteilarbeit und Aktivitäten seitens der Bevölkerung anzubieten.

Dem gegenüber stehen jedoch im Sinne einer Mischnutzung Gewerbeflächen in Sockelzonen und auch in Geschoßen darüber, die zur Vermietung angeboten werden. Der Notwendigkeit von unterstützenden Maßnahmen für die wirtschaftliche Entwicklung solcher Flächen wurde mit der „Richtlinie zur Förderung der Sockelzonen Reininghaus und Smart City“ Rechnung getragen, die am 15. Oktober 2020 im Grazer Gemeinderat beschlossen wurde. Diese ambitionierte Wirtschaftsförderung fordert „zur optimalen, qualitätsvollen Entwicklung des neuen Wohn- und Arbeitsstadtteils Reininghaus einen vitalen Branchenmix, der sich an den Leitbegriffen klimafreundlich, nachhaltig und innovativ orientiert“.

Dieser Beschluss wurde von der Grünen Fraktion mitgetragen, allerdings brachte die damalige Grüne Gemeinderätin Andrea Pavlovec-Meixner einen Abänderungsantrag zum Beschlussstück ein. In diesem wird dargelegt, dass das Stadtteilmanagement, dessen Kernaufgaben in der Moderation von sozialen und gesellschaftlichen Interessen

liegt, wohl nicht in der Lage sein wird, einen Prozess wie die Belebung der Sockel- und Erdgeschoßzonen zu begleiten und zu steuern.

Im Abänderungsantrag wurde daher vorgeschlagen, das Management aller Ladenlokale zu bündeln und zwar über ein „Centermanagement“ vergleichbar mit dem eines Einkaufszentrums. Der Vorteil eines solchen Modells liegt in der gesamtheitlichen Erfassung von Gewerbeflächen in einem Gebiet, die im Sinne eines verträglichen Branchenmix gemeinsam vermarktet und auch verwertet werden können. Die Vermieter:innen profitieren durch die gesicherte Vermietung an die Betreibergesellschaft. Für potenzielle Mieter:innen wiederum besteht der Vorteil, dass Räume und Verkaufsflächen, die für den eigenen Bedarf zu groß und damit auch zu teuer sind, mit anderen Interessent:innen geteilt werden können. Vermittelt und koordiniert würden diese Prozesse durch die Betreibergesellschaft. Innovatives Potential dieses Modells liegt weiters in der Sharing Economy oder auch in ungewöhnlichen Nutzungen und deren Kombinationen (z.B. Grätzelhotels). Das Modell einer Betreibergesellschaft wurde in großen Stadtentwicklungsprojekten erfolgreich angewendet, wie unter anderen in der Seestadt Aspern und im Sonnwendviertel in Wien. Aber auch in kleineren Städten wie beispielsweise in Hohenems konnten mit diesem Konzept wirtschaftliche Strukturen nachhaltig etabliert werden. Die Diskussion wird für Neubaugebiete ebenso geführt wie zur Reaktivierung und Sanierung bestehender Bausubstanz oder zur Belebung und Stärkung bestehenden Leerstands in innerstädtischen Lagen (Ortskerne). Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag

Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler wird beauftragt, gemeinsam mit der zuständigen Fachabteilung ein Konzept für ein Betreibermodell zur Förderung und Belebung der Erdgeschoßzonen in Reininghaus in Sinne des Motiventextes zu erstellen.

Gemeinderätin **Reininghaus:**

Lieber Alexandra, vielen, vielen Dank für diesen dringlichen Antrag.

Ich kämpfe ja schon seit Jahren dafür, dass man die Leerstände in der Annenstraße irgendwie reduziert, ja, wieder meine Annenstraßen. Deswegen freue ich mich über diesen dringlichen Antrag, denn wir alle wissen, dass Gewerbeflächen in Sockelzonen ein wesentlicher Bestandteil in einer Stadt sind, um eine Stadt lebendig und lebenswert zu erhalten. Ohne Geschäfte gibt es keine Innenstädte, die von Menschen bevorzugt werden. Ja, darum noch einmal danke und ich denke auch, dass die Diskussion, die jetzt entstehen wird, eben auch Verwendung finden kann, um Lösungen zu finden, das Leerstandsproblem in der gesamten City zu lösen. Denn die Leerstände in Graz gibt es ja überall, wie wir bekanntlich wissen. Deswegen wollte ich hier nur ganz kurz noch erwähnen, dass wir diesem Dringlichen Antrag natürlich zustimmen werden. Dankeschön.

Stadtrat Dr. **Riegler:**

Also, ich möchte Ihnen schon bei der Dringlichkeitsdiskussion wärmstens nahelegen, von diesem Dringlichen Antrag und den Inhalten deutlich Abstand zu halten.

Mich hat es ehrlich gesagt gewundert, ich war wirklich extrem überrascht, dass ich, als dieser Dringliche Antrag gekommen ist. Ich habe mir eigentlich vorgestellt, es müsste eigentlich im Volkshaus, müsste also Alarmstufe dunkelrot herrschen. Also der Marxismus-Check kann da eigentlich, muss da völlig versagt haben, denn wir müssen uns jetzt kurz einmal überlegen, was hier eigentlich gefordert wird.

Wir reden über 150.000 Quadratmeter Sockelzone von 17 privaten, zum Teil gemeinnützigen, zum Teil fondsbasierten, rentabilitätsorientierten Bauträgern. Diese 150.000 Quadratmeter sind nun zum Teil fertig, zum Teil noch nicht einmal gebaut und sind zum Teil vermietet und zum Teil nicht. Und das, was die Grüne und die

kommunistische und die sozialistische, sozialdemokratische Koalition jetzt fordert, ist nichts Geringeres, als dass die öffentliche Hand, also der Steuerzahler, also die Billa-Verkäuferin mit ihren Steuern und Abgaben, dass die jetzt mit Steuergeldern die privaten Mieten bezuschussen. Wollt ihr das wirklich? Ist das wirklich euer Ernst? Also, ja, also, Sie nicken, Frau Robosch, das ist sehr interessant. Sie werden jetzt vielleicht sagen, na ja, das muss ja nicht sein, dass das jetzt die öffentliche Hand betreibt, nur warum in aller Welt sollte jemand sich als Mutter Teresa hinstellen und sage: „Ja, ist ja kein Problem“, also die ÖSW oder die ENW verlangt irgendwelche 8000 oder 9000 Euro pro Quadratmeter für den Verkauf oder irgendwelche 20 Euro in der Vermietung und am Markt unterbringbar sind aber nur 10 Euro, also zahlen wir die 10 Euro Delta aus dem Steuertopf. Deswegen müsste eigentlich in zweierlei Hinsicht die Alarmstufe rot losgehen, insbesondere beim Kollegen Eber. Jetzt habt ihr uns in den letzten Wochen und Monaten wiederholt in Budgetdebatten und in anderen Debatten erklärt, es ist kein Geld da, wir müssen sparen und wir müssen kommunales Plus und wir müssen überlegen, wo wir vielleicht dort noch 50.000, dort 100.000 Euro einsparen können und jetzt kommt ihr allen Ernstes mit dem Vorschlag daher und sagt: „Juhu, wir bezuschussen jetzt das Delta, das vielleicht unter Umständen am Markt, der Marktpreis der Miete zu teuer ist, aus Steuergeldern. Gratuliere, ich wünsche euch viel Vergnügen. Ich werde euch das gerne vorrechnen bis zum nächsten Mal, weil ich nehme an, ihr werdet es wahrscheinlich wieder besseren Wissens es doch, mehrheitlich, dann diesen Dringlichen Antrag beschließen, sogar mit Segen übrigens der NEOS. Das finde ich am allerlustigsten. Ihr fordert dann heute im späteren Dringlichen Antrag eine Finanzausbildung für die Menschen. Ihr solltet euch aber zunächst einmal vielleicht selber einmal in so eine Finanzausbildung setzen und euch kurz überlegen, ob das tatsächlich gescheit ist für eine liberale, bürgerliche NEOS-Partei, dass ihr jetzt quasi privaten Bauträgern eigentlich einen Mitzuschuss zahlen wollt, und zwar dauerhaft. Und im Übrigen darf ich euch gleich noch etwas sagen. Wenn ihr ganz kurz darüber nachdenkt, dann wird euch wahrscheinlich einfallen, dass

es noch ein paar Zonen gibt, die dann ebenso in den Genuss dieser Maßnahme kommen sollten und könnten. Denken wir zum Beispiel an die Annenstraße. Denken wir zum Beispiel an das Spitzhaus in der Herrengasse. Also, ich sehe schon, wie in Milano bei Generali-Versicherung schon die Korken knallen, weil das ist ja frei, das ist super. Wir haben jetzt einen Zahler gefunden, nämlich die Grazer kommunistische Stadtregierung, die wird uns jetzt dann in Zukunft einen Zuschuss geben, pro Monat, damit wir irgendjemandem dann die Flächen gratis überlassen können.

Also, ich muss euch wirklich fragen, ob ihr das ernst meint, ob ihr das wirklich wollt. Ich gehe davon aus, hätte man in der letzten Gemeinderatsperiode seitens der Bürgermeisterfraktion diesen Vorschlag in den Gemeinderat eingebracht, hättet ihr vermutlich gesagt, na ist eh klar, die tun ja ständig nur mit der Immobilienwirtschaft zusammen. Also, ich möchte euch das wirklich zu überlegen geben, aber da ich davon ausgehe, dass da keine Belehrbarkeit vorhanden sein wird und ihr das durchziehen werdet, werde ich dann im nächsten Monat dann, in etwa in diesem Sinne, euch ein Konzept liefern, wo ich euch vorrechnen werde, was das inklusive, übrigens auch Smart City in der Waagner-Biro-Straße kosten wird. Danke.

Gemeinderätin DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Ja, ich möchte schon gerne darauf antworten. Ich möchte einmal nur eines richtigstellen: Es wurden hier von 150.000 m² gesprochen, tatsächlich geht es um 15.000 m². Das ist auch recht viel, muss man dazusagen, und von denen stehen zwei Drittel leer. Jetzt muss man dazusagen: Bei einem Neubaugebiet, das sich durch Leerstand in den Sockelzonen ausweitet, leidet die Attraktivität. Das ist eigentlich sehr bedauerlich für die Entwicklung eines solchen Viertels. Dazu muss man sagen, es gibt ja ein Wirtschaftsförderungsmodell. Das haben Sie selber ja eingebracht und das gilt sogar noch bis 2025. Also frage ich mich schon, was da jetzt das große Problem sein sollte, sich weitere Gedanken darüber zu machen. Es geht ja hauptsächlich um die

Frage, ob es eine Organisation gibt, die mehr oder weniger eine bessere Voraussetzung dafür schafft, dass man diese Flächen vermieten kann.

Und ich habe darauf hingewiesen: Die Flächen sind relativ großräumig, auch die **Mietlose** sozusagen. Die Minimalgröße von 120 m² überfordert auch zum Beispiel Kleingewerbe, aber es gäbe eben eventuell die Möglichkeit, solche zu bündeln und damit doch mehr oder weniger denen zu helfen, dort auch bestehen zu können. Also vor allem sprechen doch auch erfolgreiche Umsetzungen dafür, dass man das sehr wohl machen kann. Mich wundert es eigentlich, weil ich habe sogar vernommen, dass selbst in Ihrer Abteilung schon solche Überlegungen angestellt wurden und durchaus auch schon durchdacht worden sind. Also, ja, ich hoffe eigentlich schon, dass Sie mit ihrer Abteilung da im Austausch sind und vielleicht auch darauf vertrauen, dass denen vielleicht etwas Gutes einfällt.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr) angenommen.

Stadtrat Dr. **Riegler:**

Ja, Frau Würz-Stalder, ich versuche nur zu erklären, es macht schon einen Unterschied, ob ich einen Mietzuschuss, einen einzelnen Mieter gebe, die sich möglicherweise eine Miete nicht leisten können oder ob ich tatsächlich, so habe ich Ihren Vorschlag verstanden, tatsächlich eine Betreibergesellschaft errichte und diese Betreibergesellschaft tritt als Hauptmieter sozusagen gegenüber den Bauträgern auf, mietet das und dann habe ich allerdings eine dauerhafte Mietzahlung zulasten der öffentlichen Hand und zugunsten halt derer, an die man das dann untervermietet und wenn es da ein Delta gibt, dann übernimmt halt die öffentliche Hand den Verlust. Das halte ich ehrlich gesagt für problematisch. Kann man machen, natürlich, also möglicherweise wird es auch dort und da gemacht, möglicherweise mag es auch Gründe geben in Einzelfällen, dass das sinnvoll ist, aber wenn jetzt eine kleine Stadt

wie Hohenems möglicherweise eine spezielle Problemlage hat. Nur wir reden hier natürlich von riesigen Sockelzonen und Herr Dr. Hakenberger, die 15.000, das ist jetzt jene Fläche, die momentan gerade vakant sind, aber insgesamt hat der Reininghaus ca. 150.000 m² Sockelzone im Vollausbau. Das entspricht ungefähr, habe ich mir sagen lassen, der Baudirektor ist jetzt gerade nicht mehr da, aber es sind Daten, die vor ein paar Jahren noch gestimmt haben, dass es ungefähr gleich groß ist wie die gesamte Grazer Innenstadt. Also, man hat sozusagen mit der Reininghaus-Sockelzone noch einmal die gesamte Grazer Innenstadt. Und natürlich ist es klar unter einem Gleichheitsgrundsatz und einem Gleichheitsprinzip, dass man natürlich, wenn man jetzt sagt, ich mache ein Betreiberkonzept für Reininghaus. Mit derselben Logik könnte man sagen, ok, wir machen jetzt auch ein Betreiberkonzept für die Annenstraße. Frau Reininghaus würde sich freuen, und wir übernehmen also überall dort, wo der unerfreuliche Zustand eines Leerstandes ist, übernimmt die öffentliche Hand dann sozusagen die Anmietung. Das halte ich zumindest für überraschend und bemerkenswert und eigentlich auch für finanziell schwer leistbar.

Noch ein letzter Punkt, noch inhaltlich dazu gesagt, der Grund, warum manche übrigens nicht mit ihrer Miete runtergehen können, liegt in der Gemeinnützigkeit, weil bestimmte gemeinnützige Bauträger in ihrer Kalkulation eben die Flächen kalkulieren mussten zu bestimmten Konditionen und die dürfen jetzt gar nicht nachträglich runtergehen. Es wäre wahrscheinlich auch für viele nicht unbedingt gescheit, weil wenn ich da jetzt ein Millioneninvestment eines Gebäudes mit Sockelzone investiere, dann sollte man natürlich, wenn man einen langen Atem hat, halt ein bisschen darauf warten, dass man tatsächlich dann zu den Mietkonditionen, die man sich erwartet, Mieter kriegt und nicht nach und nach runtergehen. Und dann möglicherweise städteplanerisch auch nicht gerade von Vorteil, dann möglicherweise vielleicht schlechte Vermietungen hat mit Billigläden, die wir ja auch nicht haben wollen. Also insgesamt gibt es glaube ich sehr viele gute Gründe, warum man da jetzt eher darauf bleiben soll bei dem eingeschlagenen Weg, dass man Mietförderungen hat. Wir

haben ein Mietförderangebot für Reininghaus und für Sockelzonen, aber dass man nicht jetzt insgesamt gleich als Mieter selber in die Mietverträge eintritt.

Gemeinderätin DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Ich möchte doch noch einmal, es dürfte doch ein Missverständnis dabei vorliegen.

Es ist ja dieser Vergleich gezogen worden mit Einkaufszentren. Da würde ja auch nicht die Gemeinde sozusagen als Betreibergesellschaft auftreten, um ein Einkaufszentrum zu füllen. Das ist eine eigenständige, private Gesellschaft, die sozusagen nicht von der Stadt erstellt wird. Jetzt habe ich es so verstanden, die Stadt sollte das betreiben. Nein, so ist es nicht gedacht. Es gibt private Betreibergesellschaften, die sich genau für diese Ebene interessieren, weil sie sozusagen das, natürlich brauchen die auch in gewisser Weise eine Unterstützung, ja, aber es gibt ja eben auch eine Wirtschaftsförderung, die sehr wohl vorhanden ist. Das ist ja wohl ein Verhandlungsprozess würde ich meinen. Dennoch, Schlusswort, es geht hier um 10.000 m² derzeit in Reininghaus die leer stehen und das ist ein fatales Zeichen für diesen Stadtteil. Der Stadtteil entwickelt sich grundsätzlich gut, aber das ist ein gewisser Makel. Es wäre schön, wenn man da schafft, es in irgendeiner Weise zu attraktivieren und diese Sockelzonen zu befüllen. Danke.

Der Antrag wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr) angenommen.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (18:48)

8.6 Einführung eines Fairnesskodex für Kultureinrichtungen und Schaffung anonymer Anlaufstellen gegen Übergriffe

(GR Robosch, SPÖ)

Gemeinderätin **Robosch**:

Geschätzte Damen und Herren, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher, geschätzte Vorsitzende, geschätzte Stadtregerung. Die MeToo-Bewegung hat ganz sicher nicht nur im Kunst- und Kulturbereich, aber generell in unserer Gesellschaft sichtbar gemacht, was wir wahrscheinlich eh schon oft gewusst haben. Es passieren nämlich vor allem auch im Arbeitskontext und in sehr vielen Bereichen, wo es Hierarchien gibt, auch sehr oft geschlechtsspezifische, oft frauenbetreffende, sexualisierte Übergriffe und es passiert auch sehr oft im Arbeitskontext ein Machtmissbrauch von Hierarchien. Und wir wissen seit MeToo natürlich auch, dass auch in den renommiertesten Kultureinrichtungen das auch vorkommen kann. Mich hat aber nicht die MeToo-Bewegung zu diesem Antrag gebracht, sondern es war das legislative Theaterprojekt Interact, wo im September auch alle Vertreter:innen aller Parteien, der Stadtrat Riegler und auch der Kulturamtsleiter anwesend waren. Verschiedene Szenen über tatsächlich passierende Vorfälle im Kulturbereich und der Kulturschaffenden auch gespielt worden sind und dann das Publikum und unter anderem auch uns Politiker:innen gefragt worden sind, mit welchen Vorschlägen man auf diese Szenen, die dort passieren, auch reagieren könnten. Das war eine breite Bandbreite, da geht es übrigens auch sehr stark um Fair Pay, um was macht man in Krankheitsfällen, in diesen prekären Situationen, aber es ging auch um sexualisierte Übergriffe in Institutionen und dann wurden Vorschläge ausgearbeitet. Alle Anwesenden haben sich damals zu diesen Vorschlägen auch comitted und gesagt, man versuche, dieses politische Vorhaben voranzutreiben. Demnach stehen wir heute hier und bringen diesen Vorschlag nach einem Fairness-Kodex, der für alle Kultureinrichtungen und Kulturproduktionsstätten einzuführen ist, ein. Wir glauben damit auch, dass man diese Grundlage für einen respektvollen

Umgang im Kulturbereich auch als Grundlage schaffen kann. Ich glaube nämlich wirklich, dass es nicht darauf ankommt, ob der einzelne Fall groß in den Medien steht, ob der einzelne Fall groß und mit MeToo-Technisch auch auf Social- Media breitgetreten ist. Ich glaube, es geht wirklich darum, Schutzkonzepte generell vorhanden zu haben und eine Antwort intern zu haben, wenn diese Vorfälle passieren. Weil wenn dem nicht der Fall ist, erleben wir genau das, was wir so oft auch in der Vergangenheit erlebt haben, dass alle über die Vorfälle und Einstellungen von manchem Bescheid wissen, dass alle sich unter der Hand auch quasi sagen, ja, das ist eh schlimm und das hätten wir schon gern geändert, aber im Endeffekt sind die Konsequenzen sehr oft eigentlich nur für die Betroffenen, vor allem finanziell und arbeitstechnisch prekär und in sehr wenigen Fällen ist es für die eigentlichen Täterinnen und Täter. Um dem zuvorzukommen wollen wir eben mit einem Fairness-Kodex, den alle Kultureinrichtungen unterschreiben sollen, die alle Kultureinrichtungen und ihre obersten Instanzen verantworten und unterstützen sollen und die auch in zukünftigen Verhandlungen und Förderungen bedacht werden sollen. Zusätzlich dazu schlagen wir auch anonyme Anlaufstellen für Opfer von Übergriffen in Kultureinrichtungen vor, diese zu etablieren. Bevor jetzt eine Budgetdebatte entbricht, möchte ich gleich darauf hinweisen, dass hier erstens auf die Expertise von Interact, zweitens auf die Expertise von der IG Kultur und drittens auch auf die Expertise der Bundesmeldestelle Vera zurückgegriffen werden kann in den Prüfungen für die Stadt Graz und ihre Kultureinrichtungen. Ich glaube, dass man auch in diesem Bereich sehr oft das Rad nicht neu erfinden muss, sondern dass man da schon Initiativen hat, die da schon Vorleistungen und Vorerfahrungen haben und ob man nicht einfach nur als Stadt Graz prüfen könnte, inwieweit wir auch oder die Kultureinrichtungen und ihre Betroffenen auf diese Meldestellen dann zugreifen können. Demnach bezieht sich auch mein Punkt 2 in diesem Antrag. Ich glaube, uns als nicht nur Stadt Graz, sondern uns als politisch aktive Menschen sollte antreiben, dass wir diesen respektvollen

Umgang nicht nur unter uns leben, sondern auch als Ziel setzen, das auch in all unseren Bereichen, wo wir Verantwortung tragen, als Norm zu etablieren.

Unser politischer Alltag und Auftrag zielt darauf ab, die Maßnahmen, die wir heute hier besprechen, auch in die Praxis umzusetzen und für alle im Kulturbereich tätigen Menschen einen sicheren Ort zu schaffen, in dem diskriminierungsfrei und auch frei von Übergriffen ihre Kulturproduktionen stattfinden kann. Demnach stelle ich den

DRINGLICHEN ANTRAG,

dass der zuständige Stadtrat für Kultur und Wissenschaft, Günter Riegler, gemeinsam mit dem Kulturamt möge:

Punkt 1: die Einführung eines Fairness-Codex für den Kulturbereich und dessen Umsetzung im Zusammenhang mit den Förderungen/Subventionen,
sowie

Punkt 2: die Möglichkeit einer allfälligen Nutzung bereits bestehender bzw. geplanter anonymen Anlaufstellen überprüfen.

Dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft soll bis Juni ein Bericht erstattet werden.
Danke schön.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die #Metoo-Bewegung hat auch in der Kunst und Kultur in den letzten Jahren weltweit Aufmerksamkeit auf den weitverbreiteten Umgang mit sexuellen Übergriffen und Belästigungen gelenkt, insbesondere in kulturellen Institutionen. In Anbetracht dieser ernsthaften Angelegenheit und der dringenden Notwendigkeit, ein sicheres und gerechtes Umfeld für alle Beteiligten zu gewährleisten, schlagen wir die Einführung eines

Fairnesskodex für Kultureinrichtungen und künstlerischen Produktionsstätten/-Prozessen vor.

Die #Metoo-Bewegung hat verdeutlicht, dass auch in den renommiertesten Kultureinrichtungen und Veranstaltungsorten Übergriffe und Belästigungen stattfinden können. Es ist daher unerlässlich, klare Leitlinien und Verhaltensnormen zu etablieren, die sicherstellen, dass jede Form von Machtmissbrauch und Diskriminierung konsequent bekämpft wird. Ein Fairnesskodex für Kultureinrichtungen würde nicht nur eine ethische Grundlage schaffen, sondern auch dazu beitragen, das Vertrauen der Betroffenen in diese Institutionen wiederherzustellen. Dieser Fairnesskodex muss von den obersten Instanzen aller Kultureinrichtungen mitgetragen und verantwortet werden und von Personalvertretung, Betriebsrat und anderen Ansprechpersonen unterstützt werden.

Zusätzlich schlagen wir vor, anonyme Anlaufstellen für Opfer von Übergriffen in Kultureinrichtungen zu etablieren. Die Schaffung solcher Anlaufstellen ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass Betroffene ohne Furcht vor möglichen Konsequenzen ihre Erfahrungen melden können. Dieser Schutzmechanismus ist nicht nur im Interesse der Opfer, sondern auch im Interesse der Einrichtungen selbst, um einen offenen Dialog zu fördern und aktiv gegen jegliche Form von Missbrauch vorzugehen.

Entstanden sind diese Vorschläge und Projekte im legislativen Theaterprojekt "Mehr.Wert" von der Initiative InterACT gemeinsam mit Vertreter:innen aller Parteien, dem Kulturamtsleiter und Kulturschaffenden. Im Zuge dieses Austausches hat man sich einhellig zu diesem Wunsch bekannt. In den kommenden Prüfungen und Vorbereitungen kann man auch auf den Erfahrungen und die Expertise von InterACT aufbauen. Dahingehend besteht auch Kontakt zur Bundes-Meldestelle Vera, welche in dieser Thematik auch bereits tätig ist.

Unser politischer Antrag zielt darauf ab, diese Maßnahmen in die Praxis umzusetzen, um die Kultureinrichtungen zu einem sichereren Ort für alle zu machen und gleichzeitig einen positiven Wandel in der Gesellschaft zu fördern. Wir sind überzeugt, dass die Umsetzung eines Fairnesskodex und die Schaffung anonymer Anlaufstellen einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung einer Kultur der Gerechtigkeit und Sicherheit in unseren Kultureinrichtungen leisten werden.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Fraktion den

dringlichen Antrag:

Der zuständige Stadtrat für Kultur und Wissenschaft Günther Riegler gemeinsam mit dem Kulturamt möge

- 1. die Einführung eines Fairnesskodex für den Kulturbereich und dessen Umsetzung in Zusammenhang mit den Förderungen/Subventionen sowie*
- 2. die Möglichkeit einer allfälligen Nutzung bereits bestehender bzw. geplanter anonymer Anlaufstellen bei Übergriffen*

prüfen. Dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft soll bis Juni ein Bericht erstattet werden.

Stadtrat Dr. **Riegler:**

Ich freue mich immer, jede Gemeinderatssitzung gibt es immer viele Aufträge, die man erledigen kann, also, jetzt haben wir gerade einen Auftrag übernommen und jetzt kommt schon der nächste. Ich darf für unsere Fraktion mitteilen, dass wir grundsätzlich die Dringlichkeit durchaus als gegeben sehen und wir auch dem Antrag selbst zustimmen werden.

Möchte ich allerdings als Kulturreferent auch dazu hinzufügen, wir waren ja gemeinsam bei dieser Interact legislativen Theaterveranstaltung, dass das ja durchaus eine gute Sache ist, dass es da große Einstimmigkeit gegeben hat, dass man da etwas machen soll. Da möchte ich darauf hinweisen, dass zum Beispiel die Bühnen Graz als größter Arbeitgeber mit 600 Mitarbeiter:innen bereits seit einiger Zeit eine Meldestelle im Sinne von Hashtag MeToo hat. Im Graz-Museum und auch im Kunsthaus, haben wir hier Vorbereitungen laufen, dass man eben auch eine entsprechende an den Fairness-Kodex des Bundes anknüpfende Meldestelle haben soll.

Ich soll noch ausrichten vom Kulturamt, dass ja stets unter knappsten Ressourcen und unter Budgetknappheit leidet mit mir gemeinsam, dass allerdings das Kulturamt sich außer Stande sehen würde, selbst jetzt gewissermaßen eine Art Meldestelle zu werden oder eine solche darzustellen. Das heißt, man müsste halt, und da schaue ich wieder in Richtung Finanzstadtrat, dass man vielleicht doch dann auch eine zusätzliche finanzielle Bedeckung für so eine Meldestelle brauchen würde, weil von selbst macht sich die Arbeit halt nicht. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich (gegen KFG, FPÖ, Lohr) angenommen.

Gemeinderätin **Pogner**:

Also noch verzeih ich es ja. Geben wir eine Frist, bis zur Mitte des Jahres ungefähr.

Also, ich möchte hier einfach nur das Podium und die Gelegenheit nutzen, um darüber zu informieren, dass es für alle Betroffenen solcher Handlungen öffentliche Meldestellen gibt. Allen voran das Gewaltschutzzentrum in Graz oder weitere online abrufbar auf der Stadt Graz-Seite, weil ich glaube, du wirst mir recht geben, wenn ich sage, Ziel von solchen Sachen soll ja auch sein, dass diese Handlungen nicht nur

gemeldet werden, sondern schlussendlich auch zur Anzeige gebracht werden und Täter und Täterinnen in der Folge zur Rechenschaft gezogen werden können.

Gemeinderätin DIⁱⁿ **Aygan-Romaner**:

Liebe alle! Ich war ja auch bei dieser Interact-Veranstaltung nicht nur einmal, sondern zweimal. Wieder einmal hat sich gezeigt, dass es einfach so viele Arbeitsfelder gibt, wo dann erst dann klar wird, was es da an Handlungsfeldern gibt oder an Bruchzonen, Bruchstellen gibt, die man eigentlich nicht im Fokus hat, wenn man es nicht erzählt bekommt, wenn es nicht öffentlich wird, wenn nicht die Betroffenen darauf hinweisen. Die Arbeit von Interact, also diese Veranstaltung, war ja im September, glaube ich. Davor war die Premiere im Frühjahr und sie arbeiten natürlich mit sehr vielen Themen, die in der Kunst- und Kulturszene einfach brennen.

Aber ich möchte gerne so auf den Fairness-Kodex kurz eingehen, weil der Fairness-Kodex ist ja etwas, das seit einigen Jahren im Bund schon entwickelt wurde. Unter der Regiere der Grünen-Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer. Er wurde in einem Partizipationsprozess, der nach den Entwicklungen von Corona, in der Corona-Zeit, wo sich wirklich herausgestellt hat, wie prekär einfach im Kulturbetrieb gearbeitet wird und unter welchen Umständen die Menschen dort tätig sein müssen, oder nicht tätig sein können und teils Übergriffen ausgesetzt sind. Einfach ein Partizipationsprozess der Betroffenen, der Verwaltungen, auch der politischen Verantwortlichen ein Jahr lang einfach ein Fairness-Kodex erstellt. Herr Stadtrat hat sich schon darauf hingewiesen, dass es auf Bundesebene so etwas gibt, das kann man sich auch herunterladen. In diesem Fairness-Kodex wird wirklich auch auf vier Bereiche hingewiesen: Respekt - Wertschätzung, Nachhaltigkeit, Transparenz und Vielfalt. Es ist auch zusätzlich ein Leitfaden herausgegeben worden, wie man das auch etabliert im Kunst- und Kulturbetrieb. Wie Herr Stadtrat schon gesagt hat, es wird in den großen Häusern, gibt es schon ein Bekenntnis dazu, dass man sich diesen Kodex verpflichtet bzw. auch

danach arbeitet. Ich würde da eben zwei Schienen sehen, einerseits eben, dass sich die Betriebe und auch die Kulturbetriebe sich dazu verpflichten oder bekennen, diesen Fairness-Kodex durchzuführen. Die andere Schiene ist, dass man das bei den Förderungen verankert. Dass eben in den Förderungen auch als Schiene ist, man muss sich als Fördernehmer auch diesen Fairness-Kodex, wenn man Leute anstellt, wenn man Kulturakteur:innen anstellt, auch diesen Fairness-Kodex auch verpflichten bzw. diesem Leitfaden entlangzuarbeiten. Das ist etwas, was ganz, ganz wichtig ist, weil sonst verschwindet das aus der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, oder wird nicht so wahrgenommen, wie es eigentlich wahrgenommen werden sollte.

So, was wollte ich jetzt noch sagen? Zur Vertrauensstelle: Es gibt eben schon auf Bundesebene die Vera Vertrauensstelle gegen Belästigung und Gewalt in Kunst, Kultur und Sport. Ich glaube, das ist schon etwas Eigenes, weil es da wirklich auch die zwei Sparten Kunst und Kultur, Belästigungen und Gewalt in Kunst und Kultur und dann eben als zweite Schiene Belästigungen und Übergriffe in Sport gibt. Dass die unter einem Überbegriff zusammengefasst sind, ist ja kein Zufall, sondern da gibt es eben Analogien und Parallelen. Mit dem Gewaltschutzzentrum kann man das natürlich, man muss solche Sachen auch zur Anzeige bringen, aber die Erstberatung überhaupt, sich einmal dieses Problems bewusst zu werden, ist ganz, ganz wichtig, dass man Anlaufstellen hat, Beratungsstellen hat und es ist ja eine Bundeseinrichtung. Also, ich könnte mir auch vorstellen, dass es da Zweigstellen in Graz geben könnte, in Kooperation mit diesen Vereinen. Aber auf jeden Fall ist das sehr wichtig und ich setze mich auch sehr ein für faire Bedingungen in der Kultur, unter anderem mit meiner Arbeit für Fair Pay in der Kultur. Da kennt mich hier der Stadtrat schon. Ohje, die Redezeit. Ich schaue in die Richtung, deswegen sehe ich es nicht, ja, danke sehr. Aber ich komme schon zum Schluss, anderen Dank ich sehr für diesen Dringlichen Antrag. Es ist sehr wichtig, dass wir als Stadt Graz und als Gemeinderät:innen auf faire Bedingungen in allen Arbeitsfeldern schauen müssen. Vielen Dank.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, liebe Antragstellerin, liebe Zuseher. Wir haben bei der Dringlichkeit nicht mitgestimmt, wir werden auch beim Inhalt nicht mitgestimmt. Möchte ich ein bisschen aufgreifen, was der Stadtrat Rieger gesagt hat. Vielleicht ein bisschen deutlicher sagen. Mir kommt es auch so vor, als wäre das ein bisschen eine Selbstbeschäftigung für den Herrn, oder eine aufgetragene Beschäftigung für den Herrn Stadtrat. Ein bisschen eine Selbstbeschäftigung in diesem ganzen Kultur- und Kunstbereich. Mir geht nicht ganz ein, warum man jetzt mit, um teures Geld sozusagen etwas ausarbeitet, was es ja auf Bundesebene schon gibt. Noch dazu darf ich an dieser Stelle auch sagen, also mich hat dieser Fairness-Kodex nicht sehr überzeugt. Ich habe mir den sehr aufmerksam durchgelesen, sieben Seiten lang, wenn man sich anschaut, was der Masterplan Gehen an Seitenanzahl hat, ist das wirklich sehr dürftig ausgefallen, dieser Fairness-Kodex. Und dann stehen da wirklich so diese nichtssagenden Phrasen drin. Liebe Anna, also ich unterstelle dir jetzt wirklich nicht, weil das glaube ich nicht, dass du jetzt mit einem Blabla auf sieben Seiten zufrieden bist. Das, was du in diesem Fairness-Kodex forderst und das es schon auf Bundesebene gibt, löst diese Probleme nicht. Ich weiß nicht, was dieser Fairness-Kodex im Bereich der besseren Bezahlung für Kunstschaffende ändert. Ich weiß nicht, was dieser Fairness-Kodex bei irgendwelchen Übergriffen, die du beschreibst, ändern soll. Das sind sieben Seiten, wo jemand beschäftigt worden ist und jemand auch bezahlt worden ist, das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen. Ähnliches wird es jetzt in Graz geben. Ich glaube, man sollte vielleicht eher daran arbeiten, das Vertrauen in die Institutionen zu stärken. Wenn es jetzt wirklich Übergriffe gibt, die, wie die Kollegin Pogner vorhin gesagt hat, zu Anzeige zu bringen sind, dann sind die zu Anzeige zu bringen und nicht intern in irgendeinem Gremium auf Grundlage von irgendeinem siebenseitigen Papierl abzuhandeln. Ja, das Vertrauen in

die Institutionen, das mag verloren gegangen sein. Also, ich werde in Zukunft auch nichts mehr bei der Staatsanwaltschaft Klagenfurt anzeigen. Die haben mich in der Vergangenheit des Öfteren enttäuscht. Aber es gibt sicher noch andere Institutionen, die gut, treffsicher und schnell arbeiten. Und das muss unser Ziel sein: Unterstützung für die sicher ernstgemeinten Anliegen, die du beschreibst, aber nicht auf diesem Weg und nicht im Wege dieser Beschäftigung für den Stadtrat Riegel. Der hat anderes zu tun.

Gemeinderätin **Robosch**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Alexis. Wundern tut es mich eh nicht, aber ich finde es lustig, dass du sprichst von Vertrauen in die Institutionen, wenn man genau da hergehen muss und sagen muss, genau diese Institutionen sind leider bisher mit diesem Thema nicht oder nicht alle davon, sagen wir so, tun wir sie nicht über einen Kamm scheren, aber viele sind nicht adäquat mit diesem Thema umgegangen. Deswegen gibt es ja auch einen Vertrauensverlust in diese Institutionen und demnach ist es leider eigentlich, könnte man auch sagen, traurig, dass wir uns überhaupt herstellen müssen und sagen müssen, hey, wir hätten gerne ein Papierl, wo Fairness und respektvoller Umgang miteinander festgeschrieben wird und wo dann Menschen dazu verpflichtet und Einrichtungen dazu verpflichtet werden, aber scheinbar leben wir in einer Welt, wo das notwendig ist. Aber, die Kollegin hat auch davon gesprochen, es gibt diese zwei Schienen. Es gibt das Papier, zu dem man sich bekennt, aber es wird wahrscheinlich nicht ohne auch die Motivation durch die Förderungen und durch die Subventionen gehen. Deswegen sehen wir schon, es darf nicht bei dem Papier bleiben, sondern die Prüfung soll natürlich auch in der Umsetzung im Zusammenhang mit der Förderung und mit den Subventionen stattfinden. Weil da sehr oft auch die Sprache war von Stadtrat beschäftigen oder nicht, ich möchte noch einmal erwähnen, dass der

Stadtrat dort war, mit mir und anderen Kolleg:innen, selbst einen Abstimmungskarterl in der Hand hatte und sich zu diesem Thema auch selbst committet hat.

Also das ist keine Aufgabe, die ich jetzt übertrage, sondern das ist auch etwas, wo sich der Stadtrat Günter Riegler selbst dazu bekannt hat.

Demnach bedanke ich mich natürlich auch für dieses Commitment, aber meine Rolle ist hier einfach nur zu schauen, dass das in einem zeitnahen Rahmen passiert, dadurch, dass wir ja auch in diesem Bereich sowohl was den Bund anbelangt, aber auch was die Initiativen, die ich aufgezählt habe, in Graz mit Interact und der IG Kultur betrifft, sehr viel Arbeit schon geleistet worden sind. Da kann ich auch das Kulturamt beruhigen, es war nie die Sprache davon, dass ein Kulturamt selbst diese Meldestelle werden soll, aber ich glaube, dass es in der Prüfung, wie dieses Vorhaben vorangetrieben werden kann, das Kulturamt sehr wohl eine sehr, sehr wichtige Vermittlungsstelle ist und Prüfungsstelle im Bezug auch auf die Förderungen. Demnach kann ich nur dafür Danke sagen, dass es breite Zustimmung findet, weil es auch ein wichtiges Ding ist und im Bezug auf die anderen fünf Bereiche, die damals auch betroffen waren und wo man sich auch committed hat, in Bezug auf Fair Pay und andere Dinge hoffe ich natürlich auch, dass es weitere Initiativen geben wird, aber damit ist schon einmal ein wichtiger Schritt gegangen worden.

Der Dringliche Antrag wurde mehrstimmig (gegen KFG, FPÖ, Lohr) angenommen.

8.7 Rahmenbedingungen für Airbnb-Vermietung/ Petitionen an Landes- und Bundesebene

(GR Lenartitsch, SPÖ)

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Danke, Herr Stadtrat, werte Stadtregierung, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Zuschauer:innen. Das Thema, um das es bei meinem Dringlichen Antrag geht, ist etwas Leidliches, so quasi die Vermietung von Airbnb, was an und für sich ja nichts Schlechtes ist, nur gibt es da ein bisschen mehr, es gibt hier einige, die sich nicht an alle Vorgaben halten und vielleicht sich auch rechtmäßig melden und sagen: „Ich habe etwas vermietet und muss irgendwelche Steuern abgeben“.

Die Plattformen wie Airbnb und Booking.com sind einfach ein Thema, die viele Städte und Gemeinden betreffen. Es ist einfach so, dass es in der Vermietung dort ein paar Regelungen braucht, damit, man es vielleicht auf der kommunalen Ebene machen, man macht es auch vielleicht auf staatlicher Ebene, aber ganz sicher ist das eine Plattform, die weltweit agiert, also man müsste das schon auch auf die EU-Ebene bringen. Uns, bei uns in der Stadt ist es so, dass die Daniela Schlüsselberger, die eigentlich diese Anfrage gestellt hat, dann auch eine Antwort bekommen hat von der Stadt, und dort ist herausgekommen, dass über 890 Wohnungen bereits entsprechend gemeldet sind als Airbnb, aber nur 550 ungefähr auch steuerlich gemeldet sind. Sprich, da gibt es einen Graubereich, die halt einfach sagen: „Wenn es keiner weiß, ja, brauch ich ja nichts zahlen“ und dem sollte man eigentlich ein bisschen entgegenreten.

Es gibt da verschiedene Varianten dafür. Wien hat es zum Beispiel so gelöst, dass es in ihrer Bauordnung künftig so sein wird, dass Vermietungen nur maximal 90 Tage im Jahr sein dürfen, ist jemand darüber hinaus, muss er das melden. Wenn er das aber macht, gibt es einfach bestimmte Kriterien, nämlich dass es keine Wohnbauförderung für dieses Objekt geben hat dürfen, bzw. auch nicht mehr als die Hälfte der Wohnungen in diesem Gebäude dementsprechend vermietet werden bzw. als Airbnb da sind. Vielleicht kann man auch noch vorausschicken, es wurde berechnet, dass die Steuereinnahmen, wo ja die anderen Hotellerie- und Nächtigungsbetriebe fleißig auch mitzahlen, ungefähr 400.000 € im Jahr liegen bleiben. Es ist zwar nicht eine große Summe, aber dennoch ist es ein Teil dazu, wo man sagt, es ist ein Stück schon richtig,

dass alle, die etwas vermieten und nicht nur so quasi im Rahmen bleiben, sondern darüber hinaus hier ihre steuerlichen Abgaben tätigen.

Ebenfalls hat sich Italien schon Gedanken darüber gemacht, weil es auch dort überhand nimmt. Die gehen auch ein bisschen schärfer da ins Gericht und sagen, bei uns musst du mindestens zwei Nächte buchen, also du kannst da nichts mehr mit einer Nacht, dass du dort bleiben kannst, sondern mindestens zwei und die sagen sogar, du musst das anmelden, du brauchst eine Registrierungsnummer und die muss in jeder Wohnung so quasi dort aufscheinen und somit hat das einfach einen viel ehrlicheren Touch und glaube ich, damit fühlt sich auch derjenige, der über Airbnb bucht, auch etwas sicherer. Die sind natürlich auch drastischer mit den Strafen. Italien kennt man, wenn man dort schnell fährt, fährt damit das Auto auch, mittlerweile für uns auch, allerdings sind die Geschwindigkeiten andere. Dort gibt es Strafen bis zu € 5.000,00. Zwei Beispiele, die Hierzulande Schule machen sollten, nicht um Airbnb zu verhindern, sondern um sicherzustellen, dass dringend notwendiger Wohnraum nicht entzogen wird und andererseits Hotellerie- und Beherbergungsbetriebe nicht benachteiligt werden, und dass für alle Plattform Nutzer:innen, egal ob für Vermieter:innen wie auch die Mieter:innen, die gleichen fairen, korrekten Rahmenbedingungen gelten. Dafür, beziehungsweise aus diesem Grund, möchte ich den

DRINGLICHEN ANTRAG:

im Namen des Sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stellen.

Punkt eins: Das Land Steiermark, konkret Landesregierung und Landtag, werden auf Petitionswege ersucht im Hinblick auf Kurzzeitvermietungen gemäß Motivenbericht eine Novellierung der Bauordnung nach Vorbild Wien in Angriff zu nehmen.

Punkt 2: Bundesregierung und Nationalrat werden auf Petitionsweg ersucht, gemäß Motivenbericht für Kurzzeitvermietungen nach italienischem Vorbild geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um einerseits zu verhindern, dass

Wohnraum längerfristig für dauerhaftes Bewohnen entzogen und andererseits zur Gewährleistung, dass Steuer- und Abgabenrecht vollzogen werden können.

Ich hoffe auf eine angenehme Diskussion und im Anschluss eine breite Zustimmung.

Danke.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Plattformen wie Airbnb und Booking.com sind Themen, die viele Städte und Gemeinden bewegen: Klar ist, dass für diese Art der Vermietung dringend deutliche Regulierungen erforderlich sind, und das natürlich primär auf EU-Ebene erfolgen muss. Tatsache ist aber auch, dass auch auf nationaler Ebene durchaus Maßnahmen gesetzt werden können und sollten. Denn Airbnb hat sich längst zu einer Geschäftsidee entwickelt: Viele dieser Vermietungen laufen rein auf kommerzieller Ebene ab, in vielen Städten werden oft schon eigentlich für Wohnzwecke errichtete Anlagen von den Projektbetreibern überwiegend über Airbnb angeboten.

Airbnb betrifft selbstverständlich auch Graz. In der Beantwortung der Gemeinderatsanfrage vom Juli 2023 von Frau Klubvorsitzende GRⁱⁿ Dipl.-WI (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, wurde ihr mitgeteilt, dass rund 890 entsprechende „Angebote“ für Graz im Netz zu finden seien. Demgegenüber wurden laut Medienberichten der Stadt Graz für das Jahr 2022 allerdings lediglich 550 Airbnb-Wohnungen von der Bundesfinanzverwaltung gemeldet. Womit bereits die beiden gravierenden Problemstellungen in Zusammenhang mit Airbnb offensichtlich sind: Zum einen stehen viele hundert Wohnungen den Grazer:innen bestenfalls eingeschränkt für Wohnzwecke zur Verfügung, was naturgemäß die Wohnungskosten – Stichwort geringeres Angebot an Wohnraum, hohe Nachfrage - in die Höhe treibt.

Andererseits erwächst der Grazer Hotellerie und den Gewerbebetrieben eine alles andere als faire Konkurrenz dadurch, dass viele dieser Vermietungen über diese Plattformen – eben im Gegensatz zu Hotellerie und Beherbergungsbetrieben - ganz offensichtlich nicht korrekt „steuer- und abgabenschonend“ erfolgen. Allein an Nächtigungsabgaben dürften, so die Schätzungen, der Stadt Graz dadurch jährlich an die 400.000 Euro entgehen. Was natürlich nicht an der Plattform per se, sondern an den Vermieter:innen liegt.

Wien wird auf diese stetig wachsende Problematik jetzt mit einer Novelle der Bauordnung reagieren: Kurzzeitvermietungen von Wohnungen sollen ab April nur noch eingeschränkt möglich sein – maximal 90 Tage im Jahr. Vorausgesetzt, die Vermieterin/der Vermieter behält durchgehend den Hauptwohnsitz in der betroffenen Wohnung bei. Für in Summe jährlich über 90 Tage hinausgehende Kurzzeitvermietungen sind Ausnahmegewilligungen erforderlich. Wobei auch diese an klare Bedingungen geknüpft sein werden: Für die entsprechenden Wohnhäuser dürfen keine Wohnbauförderungsmittel verwendet worden sein und nur maximal die Hälfte der Wohnungen in einem solchen Objekt können eine Ausnahmegewilligung erhalten. Innerhalb der 90-Tage-Grenze soll es dagegen keine Einschränkungen geben, sodass die Vermietung der eigenen Wohnung während einer Urlaubsreise oder der Uni-Ferien sehr wohl möglich bleibt, wie das ja der eigentlichen Grundintention von Airbnb entspricht.

Und auch Italien zieht in Hinblick auf das Modell „Kurzzeitvermietungen via Plattformen“ die Notbremse: Hier ist eine Mindestaufenthaltsdauer von zwei Nächten in Vorbereitung und zusätzlich sollen sich Vermieter:innen von Ferienwohnungen in einer nationalen Datenbank registrieren müssen, wobei die daraus resultierende Identifikationsnummer in jedem Inserat und in der Wohnung ausgewiesen sein muss. Darüber hinaus ist in Italien daran gedacht, dass, wer mehr als vier Wohnungen vermietet, sich als Unternehmer auszuweisen hat, was natürlich zu weitergehenden steuerlichen Folgen

führt. Auf Verstöße gegen diese Regeln will man mit Strafen von bis zu 5000 Euro reagieren.

Zwei Beispiele, die auch hierzulande Schule machen sollten – nicht, um Airbnb zu verhindern, sondern um sicherzustellen, dass dringend notwendiger Wohnraum nicht entzogen wird und andererseits Hotellerie und Beherbergungsbetriebe nicht benachteiligt werden. Und dass es für alle Plattform-Nutzer:innen – egal ob für Vermieter:innen wie auch Mieter:innen – die gleichen fairen, korrekten Rahmenbedingungen gibt.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

- 1. Das Land Steiermark, konkret Landesregierung und Landtag werden auf Petitionswege ersucht, in Hinblick auf Kurzzeitvermietungen gemäß Motivenbericht eine Novellierung der Bauordnung nach Vorbild Wien in Angriff zu nehmen.*
- 2. Bundesregierung und Nationalrat werden auf Petitionswege ersucht, gemäß Motivenbericht für Kurzzeitvermietungen nach italienischem Vorbild geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um einerseits zu verhindern, dass Wohnraum längerfristig für dauerhaftes Bewohnen entzogen und andererseits zu gewährleisten, dass Steuer- und Abgabenrecht vollzogen werden können.*

Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (19:10)

Stadtrat Dr. **Riegler:**

Heute gibt es gleich mehrere Gelegenheiten, um zu studieren, worin sozusagen weltanschaulich die Unterschiede im Zugang zu politischen Prozessen sind. Hier kann man es an diesem Beispiel jetzt wieder schön sehen.

Es gibt in der politischen Arbeit durchaus den klassischen Ablauf: Man schaut in die Welt, sieht einen Missstand und Parteien unterscheiden sich dann oft dadurch, welche Schlussfolgerungen sie daraus ziehen. Herr Lenartitsch, ihre Schlussfolgerung ist dann eben, alle zu bestrafen oder etwas zu verbieten. Das wäre so ähnlich, wie wenn wir sagen, ja, der Missstand besteht darin, dass es zu viele Autounfälle gibt, also lasse ich jetzt die Leute nur jeden zweiten Tag mit dem Auto fahren.

So ähnlich ist es hier. Sie beklagen einen Missstand, nämlich, dass es zu viele Steuerhinterzieher gibt, die halt ihre privaten Kurzzeitvermietungen nicht melden, also lassen wir die Bauordnung kurzzeitig ändern und es darf halt nur jeder zweite seine Wohnung kurzzeitig vermieten.

Das ist nicht unser Zugang, den sehen wir nicht so. Richtig ist, dass es sicherlich in Einzelfällen immer noch Eigentümer gibt, die eben die entsprechenden Meldepflichten unterlassen. Das haben wir auch schon das letzte Mal im Gemeinderat diskutiert, da wurde ja schon in der Fragestunde diese Frage gestellt und ich habe auch dieses Prospekt hergezeigt, das man sich downloaden kann, worin man alle notwendigen Informationen sieht und wo natürlich darauf hingewiesen wird, du musst erstens Umsatzsteuer abliefern, wenn du das machst, du musst zweitens Einkommenssteuererklärungen abgeben aus Vermietung und Verpachtung und du musst eben auch die Tourismus- und die Nächtigungsabgabe abgeben.

Wenn Sie jetzt sagen, Herr Lenartitsch, Sie würden sich wünschen eine Bauordnungsänderung, die besagt, nur jede zweite Wohnung in einem Neubau-Projekt darf also überhaupt zur Kurzzeitvermietung herangezogen werden. Wie haben Sie sich das genau vorgestellt? Wie soll das genau gehen? Wird das ausgelost oder ein Jahr darf der Eigentümer A und das andere Jahr darf dann der Eigentümer B? Wer soll das alles administrieren? Wer soll das alles bürokratisch abwickeln? Man weiß es nicht.

Unser Zugang ist ein anderer. Wir sind von der ÖVP-Fraktion der Meinung, dass wir erstens einmal ohne dies ein sehr gutes Mietengesetz haben, ein Mieterschutzgesetz. Wir haben Richtwertmieten, wir haben Mietendeckelungen. Das heißt, wenn es jetzt darum geht, ein Problem dadurch zu lösen, indem man jetzt die Bauordnung ändert und das Kurzzeitvermieten verhindern möchte oder einschränken möchte, dann ist das nicht unser Weg. Wir sind eigentlich der Meinung, dass die Leute eben durchaus mit ihrem Eigentum dann auch etwas machen dürfen, und sei es auch eine Kurzzeitvermietung. In dem Sinne werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zustimmen.

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Danke. Herr Stadtrat Riegler, ich finde es spannend, wenn Sie sagen, es läuft ja eigentlich eh gut bei uns, wenn im Bericht drinnen steht, dass ungefähr 900 Wohnungen angeboten werden und nur 550 so quasi sich gemeldet haben, dass sie das ordnungsgemäß abführen. Das ist, ja, 40 % hätte ich jetzt einmal, oder sagen wir halt 35 %, die sich nicht daran halten und da zu sagen: „Da tun wir halt nichts, es passt schon“, ist nicht mein Zugang, wenn wir dadurch so quasi Einnahmen für diese Stadt auch lukrieren können.

Das andere ist, in dem Wiener Hotel ist es so, dass ich jetzt 90 Tage vermieten kann und jetzt muss mir einmal einer erklären, wer länger als 90 Tage nicht seine Wohnung nutzen wird. Dann hat er wahrscheinlich eine Zweite, dort, wo er wohnen wird, und dann geht es, glaube ich, an dem Gedanken vorbei, ob ich jetzt vielleicht Wohnungssuchenden eine Mietwohnung zur Verfügung stelle oder ob ich jetzt kurzfristig immer jemand anderen als Ferienwohnung vermieten möchte.

Da gibt es auch einen Passus drinnen, jeder kann es machen, ja auch in dem Wiener Modell. 90 Tage und das ist wie bei vielen anderen Dingen, dort wird geschaut, wenn es keine Mietförderung gibt, kann ich das machen. Das ist ein Grund, damit ich über

die 90 Tage weiter vermieten kann und dass nicht mehr als 50 % der Wohnungen in diesem Haus vermietet werden. Wo kommen wir da hin? Wir hätten sonst irgendwo Gebäude stehen, die vielleicht einen kleinen Hotelcharakter, oder weiß ich nicht, wie man das sonst nennt, hat, wo einfach die Wohnungen quasi jeden Tag Leute ein- und ausgehen. Ich weiß nicht, ob jemand in einem Mehrparteienhaus wohnt, wo das da voll ist, dass man seine Nachbarn nicht mehr kennt, weil dort vielleicht jeden dritten Tag aus der Nachbarschaftstür herauskommt.

Also das ist keine angenehme Geschichte. Wenn ich weiß, die machen das, ist das auch völlig in Ordnung, für mich ist als Nachbar. Aber danke, dass ich Ihren Weg bereits weiß oder den Weg der ÖVP, dass es für Sie weder dringlich noch inhaltlich interessant ist.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr) angenommen.

Gemeinderätin **Katzensteiner**:

Geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen, lieber Antragsteller, ich möchte mich für diesen Antrag bedanken.

Ich habe das Thema selbst schon sozusagen auf dem Schirm gehabt, deswegen ist es mir jetzt auch ein Anliegen, noch etwas dazu zu sagen. Da Airbnb in den letzten Jahren gewissermaßen schon für einige Städte ein Problem ist, vor allem für größere Städte wie Barcelona, wo man hört, dass Mieter:innen dort aus dem Ortszentrum verdrängt werden, zugunsten von Airbnb.

In Graz ist das Problem wohl noch nicht so groß, aber deswegen ist es eben gut, da gewisse Vorkehrungen zu treffen. Ich war das letzte Mal erst bei einer Altersehrung bei einer Dame in St. Peter, die vor ein paar Jahren vor ihr Einfamilienhaus eine Wohnhausanlage gebaut bekommen hat, wo jetzt ein Großteil der Wohnungen eben nicht von regulären Mieter:innen bezogen ist, sondern Airbnb vermietet wird, mit

diversen unangenehmen Begleitumständen, wie dann unter der Woche auch nächtliches, lautes Sprechen bis 02:00 Uhr, 03:00 Uhr in der Früh usw. Am Anfang mag eine gute Idee hinter diesen Dingen stehen, zum Beispiel vor Airbnb gab es ja auch schon Couchsurfing, wo man quasi kostenlos eine Couch oder ein Gästezimmer zur Verfügung stellt für Reisende und man selbst dann im Gegenzug auch dieses Angebot nutzen konnte. Dann gibt es eben Plattformen wie Airbnb, vorübergehende Vermietung der eigenen Wohnung, auch eine Idee, eine gute Idee. Wie wir aber wissen, im Kapitalismus wird versucht, jeder Bereich des Lebens irgendwann in eine profitorientierte Verwertung zu bringen. Dementsprechend hat auch das Geschäftsmodell mit ganzjährigen Vermietungen auf Airbnb immer mehr an Fahrt aufgenommen. Das ist jetzt mittlerweile schon ein großer Geschäftszweig, dass eben Leute gezielt mehrere Wohnungen nur für diesen Zweck dort anbieten und eben nicht die eigene Wohnung kurzzeitig vermietet wird. Aus Investorensicht mag das natürlich durchaus attraktiv sein, kann man damit natürlich bei entsprechender Auslastung höhere Mieten generieren, als würde man die jetzt herkömmlich vermieten. Wir sehen uns aber nicht in erster Linie den Investoren verpflichtet, sondern der Grazer Bevölkerung. Airbnb gibt eben vielfältige Problemfelder her, eben, wir haben es vorhin schon gehört, Entzug von Wohnraum, dadurch wird der Wohnraum knapper. Die Vermieter können dann auch mehr Miete verlangen für die reguläre Miete, die Anrainer:innen haben eben mit gewissen Dingen wie Lärm oder Müll zu kämpfen. Natürlich im Urlaub, Tourist:innen werden dort einen etwas anderen Tagesrhythmus und Lebensführung haben, wie im eigenen Alter, eben was Lärm und so weiter betrifft. Natürlich ist es aber auch in gewisser Weise eine Konkurrenz zu unseren touristischen Betrieben, die wir in Graz haben, vor allem, wenn, wie wir auch schon gehört haben, obwohl eigentlich auch für Airbnb eine Nächtigungsabgabe fällig wäre, diese dann aber offenbar nicht von allen bezahlt wird. Und natürlich ist es auch schlecht für die städtischen Finanzmittel, dass das nicht passiert.

Deswegen noch einmal unsere Unterstützung für die Dringlichkeit und natürlich auch für den Inhalt des Antrags. Es soll eben weiterhin natürlich die kurzzeitige Vermietung möglich sein, aber dies soll mit möglichst wenig Schaden für die Bevölkerung, die städtischen Wirtschaftstreibenden und für die Finanzen der Stadt Graz passieren. Danke.

Gemeinderat Dr. **Hackenberger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuschauer und Zuhörer, ich danke für den, glaube ich, sehr wichtigen und sinnvollen Antrag. Ich habe hier keine Bedenken, was Geschäftemacherei oder dergleichen betrifft, aber es ist sehr gut skizziert, welche ganz angreifbaren Nachteile mit dem derzeitigen Umgang mit Airbnb verbunden sind. Es ist der Entzug vom Wohnraum in der Stadt, es ist der offensichtliche Entgang von Steuern und Abgaben und es ist nicht zuletzt eine äußerst unfaire Konkurrenz gegenüber Unternehmungen, die ähnliche Vermietungen oder Ferienwohnungsvermietungen vornehmen. Ich muss auch, was die Zahlen anbelangt, ein bisschen nachbessern. Wenn Sie in die Plattform Home2Go.at gehen, dann finden Sie allein für Graz 1427 Wohnungen, die über Airbnb angeboten werden. Das ist Stand heute. Wenn 550 davon gemeldet sind, haben wir noch ein ganz anderes, viel ungünstigeres Verhältnis zwischen denen, die ganz augenscheinlich Steuern zahlen und Abgaben entrichten, und jenen, die das nicht tun.

Die Stellungnahme des Herrn Stadtrates Riegler hat mich völlig sprachlos gemacht. Es sind nicht Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Herr Stadtrat. Der Verwaltungsgerichtshof hat seit Jahren ganz klar judiziert, dass das Einnahmen aus Gewerbebetrieb sind, also mit Vermietung und Verpachtung nichts zu tun haben. Es ist auch nicht der Umsatzsteuer unterworfen, solange es unter € 35.000,00 ist, was für

fast alle zutreffen wird, weil sie wahrscheinlich kaum über Airbnb mit einer Wohnung oder mit zwei Wohnungen diese Grenze erreichen können.

Und davon, dass die Mietobergrenzen und die strenge Mietrechtsgesetzgebung in Österreich irgendetwas mit Airbnb zu tun haben könnte, ist mir vollkommen unklar. Sie sollten schon wissen, dass Airbnb-Kurzzeitvermietungen mit dem Mietrechtsgesetz nichts zu tun haben und überhaupt in keiner Art und Weise dem Mietrechtsgesetz unterliegen. Also, da sind Sie vollkommen auf dem falschen Pferd. Ich habe Ihnen nur zugehört und zitiere das, was Sie gesagt haben.

Ich finde jedenfalls vor allem auch den Punkt, dass eine sehr, sehr unfaire Konkurrenz zu Gewerbebetrieben vorliegt, insofern bemerkenswert, als Sie ja eigentlich in Ihrer Funktion vielleicht auch dazu da sein könnten, dass Sie die aufrechten Gewerbebetriebe, die die Steuern zahlen und sich deklarieren, als ihre Schutzobjekte ansehen könnten. Was mir gut gefällt an der Idee aus Italien ist die Identifikation. Das wäre ein sehr einfaches Mittel, das entsprechendes Datenmaterial generiert und wo die Überprüfung nicht mehr kostet als das, was man letztendlich durch eine Steuerehrlichkeit hereinbringen könnte. Wir werden daher diesen Antrag jedenfalls unterstützen.

Gemeinderätin Leban-Ibrakovic, MBA:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller! Ich finde es irgendwie so schade, dass da immer ganz viele Themen vermischt werden und dann so eine emotionale Grundstimmung herrscht, die dann eigentlich eine Differenzierung gar nicht mehr so wirklich zulässt. Und zwar, also ich kann viele Argumente nachvollziehen und ich glaube auch, dass es in Zukunft notwendig sein wird, sich dieses Thema genauer anzusehen.

Was ich nur bei diesem Antrag nicht so toll gefunden habe, ist, dass da in meiner Meinung nach sehr unterschiedliche Themen zusammengemischt wurden, dann

bereits sozusagen ein Conclusio gezogen wurde, dass man jetzt quasi fordert, ohne dass man einen breiten Diskurs mit all denen, die es betrifft und allen Stakeholdern sozusagen durchgeht und sich überlegt, was wollen wir in Graz? Denn ich habe jetzt auch ein bisschen nachgelesen, was versteht man unter Kurzzeitvermietung. Unter Kurzzeitvermietung versteht man alles bis sechs Monate.

Jetzt ist das etwas, was jetzt nicht nur sozusagen Couchsurfing oder so betrifft, sondern es sind zum Beispiel auch Studierende und wir sind eine Studierendenstadt und Erasmus-Studenten, die das sehr wohl betrifft, wenn die zum Beispiel nur ein Semester da sind oder für ein Praktikum kommen. Es sind sehr wohl auch möblierte Wohnungen, die zum Beispiel über Airbnb angeboten sind.

Man muss auch, was ich da vielleicht gleich zur Differenzierungsmaßnahme: Man nimmt immer Airbnb oder Booking.com in den Mund und stellt es so hin, als wäre das sozusagen eine selbst organisierende, nicht nur Plattform, sondern es wären das die Leute, die das umsetzen. Schlussendlich sind beides Werbepattformen, wo man Dinge anbieten kann und da werden sehr unterschiedliche Dinge angeboten, eben, sozusagen quasi Ferienwohnungen für kürzere Zeiträume. Es werden aber auch Wohnungen, möblierte Wohnungen angeboten für quasi Kurzzeiträume, aber die länger sind als ein touristischer Aufenthalt von zwei bis sieben Nächten oder so und da wollte ich eben darauf eingehen, das ist jetzt eben mein Punkt, dass es eben noch nicht differenziert und noch nicht diskutiert ist, was wir a.) darunter verstehen und was wir für unsere Stadt wollen, weil, um das jetzt weiter auszuführen, es betrifft auch zum Beispiel Wissenschaft und Forschung. Viele Dozenten, die kommen für ein zum Beispiel Semester oder ein Forschungsprojekt, eine möblierte Wohnung haben wollen, weil sie auch quasi wohnen wollen und bzw. Kochen wollen und kein Hotel, das ihnen in Graz anbietet. Es betrifft aber auch Wirtschaft. Wir haben sehr viele internationale Konzerne, wo eben auch Gäste aus dem Ausland kommen, die über einen quasi mittleren Zeitraum oder kurzfristigen Zeitraum hier wohnen. Man kann das natürlich dann alles mit Ausnahmeregelungen machen und ich bin jetzt auch als Unternehmerin

immer für faire Bedingungen, weil die Abgabepflicht ist ja wieder ganz was anderes. Die Abgabepflicht, ich meine, ich habe mich gefragt, könnte man nicht jetzt schon eigentlich die Plattformen durchsuchen und bei den Betreibern, wo man glaubt, die sind jetzt nicht steuerlich gemeldet nachfragen? Ich mein das ist im Prinzip ja jetzt schon möglich. Da brauche ich jetzt ja -also nach meinem Verständnis, oder da kenne ich mich jetzt nicht so gut aus- ja nicht unbedingt eine Gesetzesänderung, das könnte ich ja jetzt schon eigentlich nachvollziehen.

Es gibt aber auch, und das möchte ich jetzt auch noch anmerken, und jetzt bin ich schon über der Zeit, ich werde es noch kurz machen, medizinischen Bedarf. Wir haben in Graz zum Beispiel ein Essstörungsprogramm, das ist weltweit einzigartig, wo Familien kommen und auch solche Wohnungen brauchen, weil die in einem Hotel gar nicht unterkommen können, weil die auch gewisse Bedingungen haben. Das kann man alles lösen mit Ausnahmeregelungen etc. Ich glaube, deswegen bräuchte es einen breiteren Diskurs. Deswegen sind wir jetzt auch gegen quasi den Antrag, nicht weil wir gewisse Punkte nicht verstehen. Ich finde es auch zum Beispiel jetzt mit der Registrierung könnte man vorstellen, warum nicht? Das ist eigentlich eine sehr einfache Maßnahme, weil nichts dagegen sprechen könnte. Aber es ist wirklich wichtig, dass wir das in Graz uns noch einmal anschauen, weil die Hotelstruktur in Graz auch noch ausbaufähig ist. Wenn man jetzt Familien anbelangt oder wenn man gewisse, zum Beispiel LKH-Nähe, gewisse Orte anschaut, also das heißt, man müsste sich Graz im Sinne von Hotelübernachtung, Airbnb oder kurzzeitvermietenden Wohnungen mit anderen Themen wirklich breit diskutieren. Das wäre mein Wunsch und dann glaube ich, kann ich auch vielen Argumenten folgen. Dankeschön.

Gemeinderat Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Antragsteller!

Natürlich ist es so, dass genau bei solchen Debatten die ideologischen Unterschiede zwischen den Parteien hervorgehoben werden. Das ist ja durchaus auch sinnvoll, in so einem Gremium zu diskutieren. Was natürlich aber zu einem Problem wird, ist, wenn man in einem Antrag, und das ist ja durchaus legitim, dass man unterschiedliche Ansichten hat, völlig unterschiedliche Städte mit völlig unterschiedlichen Strukturen und völlig unterschiedlichen Problemen zusammenmixt. Barcelona ist heute schon gefallen, Italien ist schon gefallen, Wien ist da jetzt erwähnt und dann sagt, das müssen wir in Graz so machen wie in Wien. Wenn es an den Fakten vorbeigeht, wird es leider Gottes bis zu einem gewissen Grad surreal.

Wir haben hier nach dem Antrag 890 Wohnungen, die über Airbnb vermietet werden. Wir haben in Graz aber gleichzeitig einen Leerstand von Wohnungen zwischen 8.000 und 10.000. Auskunftsource: Ein Aufsichtsratsorgan von C&P, der das in der letzten Publikation so veröffentlicht hat. Also, völliger Unterschied, riesiger Leerstand. Und damit geht dieses Argument: Der Wohnraum geht verloren, wenn gewisse Wohnungen für Airbnb vermietet werden, völlig an der Realität vorbei. Sie erkennen in vielen Bereichen auch nicht die Sinnhaftigkeit von solchen Kurzzeitvermietungen von Airbnb. Und ich gebe Ihnen ein Beispiel: Ein Bekannter von mir, der hat, das ist auch schon erwähnt worden, in der Nähe vom LKH eine Wohnung, die über Airbnb vermietet wird. Es gibt genug Eltern, die aufgrund der Nähe zur Kinderklinik genau diese Wohnung in Anspruch nehmen, weil sie eben in kritischen Phasen, wenn Kinder schwere Operationen erleben, länger im Krankenhaus sein müssen, diese Wohnung relativ kostengünstig in Anspruch nehmen können. Das ist etwas Positives, weil genau zum Beispiel in diesem Bereich jetzt wenig an Hotels, wenig an dementsprechend leistbaren Unterkünften gegeben ist. Hier alles zu vermischen, ohne dass man konkret darauf eingeht, wie hoch ist überhaupt der Leerstand in Graz, wie hoch ist überhaupt die Anzahl im Verhältnis der Wohnungen, die über Airbnb angemietet werden, ist einfach relativ unsachlich und löst in dem Sinn, Blödsinn, produziert oder fabuliert ein Problem heran, was so in Graz nicht gegeben ist. Wir sollten eigentlich froh sein, dass dieses

Angebot in gewissen Bereichen auch hier in Graz gegeben ist. Wir sollten schauen, dass man nicht jedem Privaten, der sich vielleicht eine Wohnung leisten kann und die auch über Airbnb anbieten möchte, sofort verschreckt, sofort vertreibt. Deswegen brauchen wir jetzt nicht unbedingt die Bauordnung verändern, dass hier eine Registrierungspflicht sinnvoll ist, ist auch ein völlig anderes Thema. Werden wir natürlich auch begrüßen, aber diese pauschale Verteufelung ist mit Sicherheit nicht im Sinne des Erfinders.

Stadtrat Dr. **Riegler:**

Danke noch einmal. Ich möchte nur zwei Missverständnisse kurz aufklären und dem Herrn Dr. Hackenberger das erklären. Erstens, der Grund, warum ich eine Verbindung zwischen Airbnb und MRG hergestellt habe, war, weil ja der Missstand, über den wir eigentlich hier diskutieren, und das eigentlich das grundlegende politische Problem ja jenes ist, dass man eben die Sorge hat, dass durch zu viele Kurzzeitvermietungen via Airbnb, sozusagen Wohnungen dem regulären Mietmarkt entzogen würden und es dadurch tendenziell zu einer Verteuerung des regulären Wohnungsmarktes käme. Und das war der Grund, warum ich gemeint habe, da wir in Österreich ohnedies einen sehr ausgeprägten Mieterschutz haben und wir einen ausgeprägten Schutz haben vor Teuerung im Mietbereich, deswegen sehen wir jetzt auch nicht die Notwendigkeit einer derartig zusätzlichen drakonischen Eingriffnahme in die Eigentumsrechte von Leuten, die sich Wohnungen kaufen. Zweiter Punkt, zweite Aufklärung, selbstverständlich ist Airbnb zunächst einmal Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. Übrigens ist es genau das gleiche, auch wenn sie einen Tennisplatz mieten, haben sie Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. Ich gebe zu, das ist jetzt ein bisschen eine Fachdiskussion. Sollte da draußen irgendein Steuerberater, Steuerberaterin zuhören, ist jetzt ein bisschen eine Spezialdiskussion, aber ich möchte es nur so nicht stehen lassen. Ich habe Ihnen jetzt gerade Unterlagen geschickt über

den Herrn Dreisiebener und die Frau Wutte. Selbstverständlich werden grundsätzlich solche Miteinkünfte und Vermietungen auch als Vermietung und Verpachtung behandelt. Es ist aber eh egal, weil egal, ob sie gewerbebetriebliche Einkünfte oder Vermietungs- und Verpachtungseinkünfte haben, die Steuerpflicht ist auf jeden Fall immer gegeben und selbstverständlich müssen Sie das anmelden. Wir haben nur in Österreich steuerliche Freigrenzen, wie auch die von Ihnen genannte im Bereich der Umsatzsteuer, weswegen es nicht sofort, wenn du nur eine Wohnung vermietest, auch tatsächlich zu einer Steuerzahlung kommt. Nichtsdestotrotz ist aber Tourismus- und Nächtigungsabgabe jedenfalls zu melden und auch zu bezahlen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zur Erinnerung, der steirische Richtwert liegt bei € 9,40 netto kalt, ohne Zuschläge, also sozusagen ein Schnäppchen, ist das auch gerade nicht mehr die Netto-Miete. So viel zum Mietrechtsgesetz. Herr Gemeinderat Hackenberger, Entschuldigung.

Gemeinderat Dr. **Hackenberger**:

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie aufhören würden, mich zu belehren. Also, Sie sind kein Lehrer, ich bin kein Lehrer, tun wir uns doch nicht wechselseitig belehren. Das klingt so nach Obrigkeitsstaat und das mag ich nicht, weil das ist seit 1918 abgeschafft. Nein, ich habe sie nicht belehrt. Ich habe ihnen Argumente rübergeschoben und sie wollen mir gerne etwas erklären und mich belehren und ich bitte Sie, hören Sie einfach auf damit, das wäre sehr fein. Und die Frage, ob das V&V-Einkünfte oder Gewerbliche sind, ist natürlich für diese Diskussion unmaßgeblich, weil Sie das behauptet haben und ich weiß nicht, woher Sie Ihre Informationen nehmen. Ich kann Ihnen mehrere Verwaltungshofgerichtsentscheidungen zur Verfügung stellen, in denen Sie nachlesen können, dass das gewerbliche Einkünfte sind, aber sei es

darum, ist nicht wichtig. Ich will es nur richtigstellen, weil es einfach nicht so stehen bleiben kann. Und was der Entzug aus dem Mietmarkt anbetrifft, ist das eigentlich eine Halbwahrheit, weil wir haben ja einen sehr, sehr hohen Bestand an Neubauwohnungen, die überhaupt nicht den Mietzinsregeln unterliegen und in dem Bereich wirkt sich natürlich eine Verknappung des Marktes ganz erheblich aus. Dazu kommt, dass das Argument vom Herrn Kollegen Winter ja auch ein bisschen hinkt, weil die Frage, ob ein Leerstand ist, sollte man unterscheiden von der, warum der Leerstand ist. Es gibt ja sehr gute Anzeichen dafür, dass Leerstände bewusst produziert werden und es gar nicht darum geht, dass man die Wohnungen nicht vermieten kann, sondern, dass sie absichtlich leer stehen. Daher ist dieser Schluss, den Sie ziehen, schlicht und einfach unrichtig. Danke.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte!

Ein paar Worte zu dieser Debatte. Also mich schreckt es ein bisschen, wenn ich den Herrn Hackenberger sehe, wie er ganz unrund wird, wenn jemand Kleinunternehmer ist und nicht über die 35.000 € kommt und dann keine Umsatzsteuer zahlt. Ich denke mir, ist ja nichts Schlimmes, wenn jemand auch einmal ein bisschen was erwirtschaftet. Muss jetzt nicht jeder gleich von der Abgabenkeule des Staates getroffen werden, ist ja nichts Schlimmes daran. Jetzt stellt sich mir die Frage, warum dieses Airbnb auch so verteufelt wird. Schlussendlich bedeutet das für Graz auch, dass Touristen kommen. Die geben ein Geld aus, die schauen sich die Stadt an, die fahren wieder nach Hause, die sagen: „Hey, ist schön in Graz, kommt auch vorbei“ und ich finde es schön, wenn es jemand aussuchen kann, der nach Graz kommt, ob er in ein Hotel will oder ins Airbnb. Das ist dieser Wettbewerb, von dem dann manche reden. Manche Kollegen im Gemeinderat reden dann gleich von den bösen Kapitalisten, die sich erlauben, vielleicht eine Wohnung zu kaufen, eine zweite Wohnung zu kaufen, ich

glaube, da wird es den einen oder anderen Gemeinderat geben, wahrscheinlich auch im linken Plenum, die eine Wohnung haben, eine Wohnung vermieten. Das ist ja bitte jetzt nicht schlecht. Wenn man da zuhört, glaubt man, man muss sich geißeln wenn man eine Wohnung kaufen oder eine Wohnung weitervermieten möchte. Das ist ja wirklich nichts Schlechtes. Wenn ich dann weiterdenke und immer höre, der Wohnraum wird knapper. Wenn Sie Ihr Geld anlegen wollen in einer Wohnung, wird Ihnen jeder, jede, der den Immobilienmarkt in Österreich und in Deutschland kennt, sagen, kauft es nicht in Graz. Graz ist dermaßen übersättigt mit Wohnungen. Salzburg, dort steigen die Mieten massiv. In Wien steigen sie, dort kann man gut anlegen. In anderen Städten in Deutschland. In Graz hat man den Leerstand schon quasi gekauft, wenn man hier eine Wohnung kauft. Das ist die Tatsache, also diesen verknappten Wohnraum, den Sie sehen, der ist einfach nicht Realität. Wir haben einen massiven Leerstand, das würde Ihnen jeder sagen, der sich damit wirklich befasst und nicht irgendwelche wahnsinnigen Theorien verbreitet. Es ist überhaupt diese Frage, 2021 sehe ich, da schreibt die neue Zeit ein SPÖ-Medium von 38.000 Leerständen in Graz. Jetzt haben wir die absolut verknappte Wohnsituation binnen zwei Jahren. Ich glaube das nicht, das passt einfach nicht. Und ich denke mir, man müsste bei diesem ganzen Thema einen wirtschaftsfreundlichen Zugang haben, dass man sich überlegt, ok, Graz ist attraktiv, es kommen Menschen nach Graz. Selbstverständlich Steuergerechtigkeit sicherstellen, aber das geht ja, wie die Kollegin vorhin schon ausgeführt hat, ja jetzt schon. Man könnte ja jetzt schon für Steuergerechtigkeit sorgen. Warum braucht man jetzt eine Änderung der Bauordnung? Wieder ein engeres Korsett und ist das doch nicht im Endeffekt wurscht, ob jemand 90 Tage im Jahr vermieten würde, 120 oder vielleicht seine Wohnung das ganze Jahr Kurzzeit vermietet, solange er die Steuern zahlt, egal ob die jetzt aus dem V&V oder sonst woher kommen. Also ich würde mir da ein bisschen weniger bürokratischen und ein bisschen wirtschaftsfreundlicheren Zugang wünschen, weil im Endeffekt wollen wir ja, dass Menschen nach Graz kommen, sich die Stadt anschauen, als Touristen die Stadt

erleben und etwas dalassen. Ich möchte keine Geisterstadt, wo dafür dann jeder überbesteuert ist, ich möchte ein lebendiges Graz haben.

In diesem Sinne vielleicht in Zukunft einen wirtschaftsfreundlicheren Zugang wählen, weil schlussendlich wollen Sie das Geld, das die Unternehmer produzieren, ja auch mit beiden Händen hier ausgeben, das darf man nicht vergessen.

Bürgermeisterin Kahr:

Danke für die spritzige Wortmeldung von dir. Da ist zumindest nichts einzuwenden, wenn man von Touristen und Gästen spricht, wie sie sozusagen das Geldbörstel. Wir wollen ja aber auch hoffentlich die Leute, die Grazer auch halten bei uns in Graz und dass sie eben nicht wegziehen. Das hängt auch viel damit zusammen, wie bezahlbar der Wohnraum bleibt. Das sind eigentlich zwar verschiedene Paar Schuhe, wie es eigentlich der Herr Gemeinderat Hackenberger schon angesprochen hat, das Thema. Kommen wir zurück zum Airbnb und zum Schlusswort von Herrn Gemeinderat Lenartitsch.

Gemeinderat Lenartitsch:

Danke schön, Frau Bürgermeisterin. Ganz kurz jetzt, Herr Stadtrat Riegel, es ehrt mich, dass Sie mir jetzt das Ansehen, dass ich auch über den Tellerrand schaue und nicht nur also quasi hier die Probleme in der Stadt schon erkenne, aber auch schaue, wie es in der Welt ausschaut. Und wenn es einen Missstand gibt, sollte man schon hinschauen und ihn vielleicht auch versuchen zu bereinigen. Die Grundidee von Airbnb, wie es der Herr Winter ausgeführt hat, ist nicht im Sinne des Erfinders. Doch, genau diese Kurzzeitvermietung einer eigenen Wohnung ist im Sinne des Erfinders von Airbnb. Vielleicht gibt es doch den einen oder die andere, die sich denken, ich stimme dem Inhalt zu, weil es einfach eine Geschichte ist, wo wir vielleicht, wie es ja da schon

ausgeführt ist, auf unsere Mitmenschen ein bisschen achten, dass es vielleicht in geordneten Bahnen, in Mehrparteienhäusern zugeht, dass nicht irgendwelche Geisterhäuser sozusagen entstehen, wo vielleicht eine Zeit lang niemand ein- und ausgeht, weil sie nicht vermietet sind und dann wieder so quasi dort das volle Remmidemmi ist. In diesem Sinne bitte ich trotzdem um breite Zustimmung und sage danke dafür.

Der Antrag wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr) angenommen.

Gemeinderat Mag. **Pointner**:

Zur Geschäftsordnung kurz, ich möchte Sie jetzt im gegebenen Zeitpunkt auflockern und auch ein bisschen zum Nachdenken anregen. Es gibt von Kurt Tucholsky Ratschläge für einen schlechten Redner und was ein schlechter Redner auf jeden Fall beachten sollte, um besser zu werden, ist: Sprich nie unter anderthalb Stunden, sonst lohnt es sich gar nicht anzufangen. Wenn einer spricht, müssen die anderen zuhören, das ist deine Gelegenheit, nutze sie. Ich bitte höflichst um Einhaltung der Redezeit im Gemeinderat.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Ist ein Hinweis auf die Einhaltung der Geschäftsordnung und ist somit eine korrekte Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Als nächstes ist der Herr Klubobmann Pascuttini mit dem Dringlichen Antrag zum Feuer- und Grillverbot auf den Grazer Auwiesen.

8.8 Feuer-und Grillverbot auf den Grazer Auwiesen

(KO GR Mag. Pascuttini, KFG)

KO GR Mag. Pascuttini:

Hoher Gemeinderat, kommen wir zurück zu den wirklichen Problemen in Graz, es geht mal wieder um die Grazer Auwiesen. Ich kann gar nicht mehr sagen, wie oft wir dieses Thema schon behandelt haben. Einmal im Jahr pilgert der Politikertross nach Liebenau zur Bezirksversammlung. Der wirklich engagierte Bezirksvorsteher kritisiert Jahr für Jahr das Gleiche. Es sitzen Jahr für Jahr die gleichen Personen dort, Jahr für Jahr sagen die gleichen Personen das Gleiche und Jahr für Jahr ändert sich gar nichts.

Ich kann mich an das letzte Jahr erinnern, da war die Stimmung schon ziemlich aufgeheizt. Manfred, du wirst mir da recht geben, da war schon eine Bombenstimmung bei der Liebenauer Bezirksversammlung anlässlich der Grazer Auwiesen und man hat schon gemerkt, dass der Frust der Menschen immer größer wird. Es war auch jetzt vor wenigen Tagen, eigentlich haben wir ja die kalte Jahreszeit, aber zu Weihnachten war es wieder ziemlich mild wie jedes Jahr, leider. Da waren die Grazer Auwiesen auch wieder das Ziel von Grill- und Feierwütigen, die dort eben zum Leid der Anrainer, sich wieder einmal nicht an die Regeln gehalten haben. Wer konnte das auch glauben, dass, wenn man dort sagt, bitte grillt, aber nicht mit dem Feuer, aber wir bauen die Grillplätze auch noch aus, dass sich dann jemand nicht daran halten wird. Das konnte ja keiner glauben. So, jetzt haben wir die Situation, und das ist etwas, was ich nicht gerne habe. Ich habe das Gefühl, dass wir da unsere Zeit verplempern, immer mit der gleichen Thematik, immer mit den gleichen Problemen, Dabei könnte man dieses Problem ja lösen. Jetzt gibt es diese Grillplätze, sage ich, seit einem gewissen Zeitraum. Die Probleme sind immer die gleichen. Ich war mehrmals vor Ort und habe es auch gesehen, wie man sich dort nicht an die Regeln hält. Was macht man, wenn man immer wieder sich nicht an die Regeln hält?

Es sind bei dieser Problematik nicht nur die Anrainer die Leidtragenden. Mittlerweile ist auch die Polizei betroffen. Wie wir seit wenigen Tagen wissen, ist die Polizei in Graz dramatisch unterbesetzt. Sie muss sich damit herumschlagen und es entsteht Ärger auf Seiten der Polizei und der Anrainer. Wenn sie anrufen und die Polizei nicht kommt, verstehe ich den Frust auf allen Seiten. Was ich immer wieder höre, sei es von den Anrainern, sei es von der Polizei, ist, dass sie sagen: „Das Problem haben wir nicht verursacht. Wir als Anrainer leiden darunter, wir als Polizei müssen uns damit beschäftigen und ihr als Politik kommt einmal im Jahr zur Bezirksversammlung nach Liebenau. Dort sagt ihr: Ja, ist ja Wahnsinn, also jetzt werden wir irgendwas machen, aber jetzt wird es bald besser und jetzt wird es dann eh kalt im Herbst und dann ist hoffentlich eine Ruhe. Im Sommer geht es dann hoffentlich anders weiter, es ändert sich nur nichts.“ Jetzt gäbe es aber eine Lösung für dieses Problem, nämlich ein umfassendes Grill- und Feuerverbot, dass man sagt, ok, aus, es geht nicht, es wird dort nicht mehr gegrillt, weder elektrisch noch mit Gas, noch mit Feuer, noch sonst was, weil es gibt ja noch eine andere Komponente neben dieser Geruchs- und Staubbelastung. Man darf sich eines ja nicht ganz vom Tisch wischen.

Wir haben in Graz ja eine Feinstaubsituation, wie Sie immer sagen, wenn es um traditionelle Feuer geht, zur Winter- Sommersonnwende, oder zu Ostern, nein, das geht nicht. Nicht einmal an einer Stelle in drei Bezirken, das ist nicht möglich, die hohe Belastung. Ja, was passiert denn dort unten, wenn dort das ganze Jahr über Holz, Plastik, die hinnigen Zeitungen abgefackelt werden? Das passiert dort, man sieht ja die Bilder, es gibt ja die Videos.

Es gibt ja noch einen anderen Respekt, es gibt nämlich auch die Verschmutzung der Gewässer und da würde mich einmal interessieren, ob das auch überprüft wird, weil jedes Mal, wenn ich dort unten bin, sehe ich, wie dieses fettige Grillgeschirr dort in diesen umliegenden Tümpel und Seitenarmen abgewaschen wird. Also ich glaube nicht, dass das gut ist für die Umwelt dort, in diesem Naherholungsgebiet. Das ist ja ein Naherholungsgebiet, wo man hinfährt, um die Natur zu genießen. Man ist Städter,

man möchte ein bisschen ins Grüne. Es kommen ja auch Menschen aus anderen Bezirken und dann ist man dort, dann hat man den Gestank in der Nase und ich sage Ihnen, ich bin ein großer Grillfreund, ein richtiger Fleischfreund. Aber wenn ich da runterfahre, habe ich am Abend keine Lust auf ein Würstl oder irgendwas aus der Grillpfanne. Das graust mir, da stinkt man, wirklich, als würde man am Kiosk arbeiten. So riecht man danach, weil es dort in der Luft einfach schon so gesättigte Dämpfe gibt. Jetzt ist für mich die Frage, ist das der Zustand, den die Stadt Graz bei einem Naherholungsgebiet will? Dass es dort stinkt, dass es dort raucht und dass die umliegenden Gewässer verfettet werden? Ist das der Ansatz, den man verfolgt, oder möchte man vielleicht ein Naherholungsgebiet, das wirklich den Namen Naherholungsgebiet verdient? Das wäre meine Frage. Ich kann nur eines sagen, wir versuchen es erneut, ich hoffe, wir müssen es nicht wiederversuchen. Ich bitte ja schon inständig, um auch die Polizei zu entlasten, um die Ordnungswoche zu entlasten, um die Anrainer endlich von ihrem Leid zu befreien. Es braucht dieses Grillverbot und dieses Feuerverbot ab heute und dann kann man sich ja was überlegen. Dann kann man sich einmal sagen, ok, gut, jetzt wird einmal drei Monate gestraft, jetzt gibt es einmal drei Monate Sanktionen, dann können wir Strafen einheben. Das wird den Kollegen Hackenberger freuen, der ja alles Mögliche besteuern und einheben will. Danach können wir uns überlegen, ob man vielleicht einen Grillplatz öffnet. An gewissen Tagen, ob man wirklich einmal sagt, ok, wir versuchen es wieder. Zuerst einmal die Bestrafung, drei Monate Sanktion und dann eben vielleicht ein Versuch, das irgendwie anders zu regeln, aber jetzt braucht es jedenfalls einmal ein Grill- und Feuerverbot. Darum stelle ich nachstehenden

ANTRAG:

der Gemeinderat wolle beschließen, es wird ein generelles Feuer- und Grillverbot auf den Grazer Auwiesen beschlossen. Alle bisherigen Grillplätze werden ohne Ausnahme

rückgebaut und die zuständigen Stellen mit der Erarbeitung eines Konzeptes zur Überwachung und Durchsetzung des Verbotes beauftragt.

Vielen Dank, ich werde auch kein Schlusswort machen, damit der Kollege Pointner wegen der Redezeitüberschreitungen nicht verärgert ist.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Alle Jahre wieder besucht nicht nur das Christkind die rund um die Auwiesen wohnenden Anrainer, sondern gibt es leider auch gerade rund um die Weihnachtsfeiertage immer massive Belästigungen durch Grill- und Feuerwütige, die an diesen Tagen die Grazer Auwiesen vermehrt aufsuchen. Der „Weihnachtsfriede“ der Anrainer der Auwiesen war auch an den Weihnachtsfeiertagen im Jahr 2023 leider durch massive Geruchs- und Rauchentwicklung gestört.

Obwohl die aktuellen Temperaturen noch winterlich anmuten, nähern wir uns den warmen Jahreszeiten mit großen Schritten. Damit geht – wie jedes Jahr – eine massiv zunehmende Nutzung der Auwiesen durch Besucher, die sich partout nicht an die vorgeschriebenen Regelungen halten wollen, einher. Da das aktuell geltende Feuerverbot in Verbindung mit der Erweiterung der Grillplätze (!) sich als absolut nicht zielführend erwiesen hat, besteht auch für das heurige Jahr die große Gefahr, dass die Auwiesen wieder, wie schon in den letzten Jahren, zu einem massiven „Problemhotspot“ werden. Diese berechtigten Sorgen der Anrainer müssen ernst genommen werden!

Die Tatsache, dass in den letzten Jahren ohne Rücksicht auf geltende Regeln oder die Umgebung und die Anrainer von einigen Besuchern schonungslos alles verbrannt wurde, was im Umkreis der Grillplätze gefunden wurde, stellt ein Problem dar. Auch die

sonstigen Probleme, die diese Grillplätze mit sich bringen, wie zB das Waschen von Geschirr in der Mur und den umliegenden Tümpeln und die dadurch erfolgte Verunreinigung dieser Gewässer durch die enormen Fettrückstände (!) und das Hinterlassen von Müll in jeglicher Form (Verpackungen, kaputte Griller, Zelte sowie Teppiche) sind als massive Belastung für die Anrainer und die Umwelt zu werten. Die immer wieder erforderlichen Reinigungskosten belasten zudem das sowieso schon massiv angespannte Budget der Stadt Graz.

Damit dieses NahERHOLUNGsgebiet seinem Namen e n d l i c h gerecht wird und von JEDEM gleichermaßen genutzt werden kann, ist zum Schutz der Bewohner, der Umwelt, der Tiere, des Klimas und dem gerechten Miteinander ein absolutes Feuer- und Grillverbot unabdingbar.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Es wird ein privatrechtliches generelles Feuer- und Grillverbot auf den Grazer Auwiesen beschlossen. Alle bisherigen Grillplätze werden ohne Ausnahme rückgebaut und die zuständigen Stellen mit der Erarbeitung eines Konzeptes zur Überwachung und Durchsetzung des Verbotes beauftragt.

Gemeinderat **Stücklschweiger:**

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, und Zuseherinnen und Zuseher zu Hause an den Screens! Als Grilloffensivianer tut mir das ja auch weh, dass wir uns mit diesem Thema auseinandersetzen müssen, muss ich ganz ehrlich sagen, und der Kollege Pascuttini hat schon sehr, sehr vieles gesagt, dem ich in dieser Sache auch sehr, sehr viel abgewinnen kann, dem wir sehr, sehr viel abgewinnen können. Was ich nur dazufügen möchte, ist, dass am 12. Mai 2023 der Herr Stadtrat Eber auch in einem Medienbericht und im Rahmen eines Rudentisches und einer Pressekonferenz neue Maßnahmen vorgestellt hat, die die Situation rund um die Auwiesen hätte verbessern sollen. Ich sage auch ganz bewusst, hätte verbessern sollen. Sie haben damals auch, ich zitiere Sie, gesagt: „Bezüglich der starken Rauchentwicklung haben Sie Emissionsmessungen durchführen lassen, die zwar“, wie gesagt, Zitat: „Erhöhte Werte gezeigt haben, aber die Grenzwerte sind noch nicht überschritten worden“. Kann mir jetzt bitte jemand erklären, warum seit diese Stadtregierung Verantwortung hat, immer erst Extreme passieren müssen, damit irgendwann einmal gehandelt wird, ich verstehe das nicht.

Beim Stadion muss man erst Angst haben, dass man die Zulassung verlieren, bevor Sie tätig werden. Im Volksgarten muss die Polizei Strafen stapelweise sammeln, damit der Volksgarten sicher wird. Beim Thema E-Jobber, die Frau Vizeprimeisterin hat gesagt, müssen wir erst warten, dass es irgendwie Schwerverletzte gibt, dass sie tätig wird. Wollen wir jetzt bei den Auwiesen darauf warten, dass die Menschen dort krank werden durch die Rauchentwicklung, damit dann erst gehandelt wird, dass ich das verstehe, nicht? Und ich habe heute auch noch einmal mit dem Herrn Bezirksversteher Christian Kvas, bei dem ich mir noch einmal bedanken möchte für seinen Einsatz dort, telefoniert. Der hat am 10. Juli 2023 eine Stadtteilversammlung organisiert und dort haben über 130 Personen teilgenommen. Er hat mir erzählt, dass die Stimmung dort extrem verzweifelt und extrem hitzig gewesen ist. Was für ein trauriger Wortwitz, und dass die Sorge vor der kommenden Grill-Saison einfach extrem groß ist. Niemand versteht, warum die Stadtpolitik da einfach nicht tätig wird. Wir setzen uns seit einiger

Zeit also wirklich intensiv dafür ein, unter anderem durch den Christian Kvas, dass sich die Situation dort verbessert. Leider tut sich nichts, und wenn die Regierung das nicht schafft, dort die Situation zu verändern, dann werden wir uns diesem Antrag anschließen, so leid uns das tut, weil grundsätzlich wollen wir vieles, aber keine Verbote, sondern Lösungen. Und trotzdem habt ihr unsere Zustimmung.

Gemeinderat **Wagner:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller, ja, täglich grüßt das Murmeltier oder steter Tropfen höhlt vielleicht den Stein.

Ich sage einmal danke für diesen Antrag, weil eines müssen wir ja feststellen: Dieses neue Erholungsgebiet, um das es da geht, mag für alle ein neues Erholungsgebiet sein, nur nicht für die, die in der Nähe wohnen. Das sind die Anrainer, die sind zu Recht enttäuscht, denn eines haben wir festgestellt und ich kann dir das vorwegnehmen: Vor zwei Jahren habe ich den ersten Antrag in diese Richtung gestellt und das Problem gibt es auch schon viel länger. Es hat auch schon ein paar Maßnahmen und Bemühungen gegeben, aber feststellen müssen wir, dass das Problem damit nicht gelöst wurde.

Diese zahnlosen Maßnahmen ändern die Situation nicht. Ich war am 10. Juli bei dieser Stadtteilversammlung auch mit dabei. Da hat man dann zwischen den Zeilen gehört: Ja, da muss man sich halt in Zukunft dran gewöhnen. Nein, das müssen die Anrainer nicht und ich bringe ja das Beispiel Thalersee, das haben wir zuvor gehabt. Das Problem wurde auch so lange nicht gelöst, bis es wirklich endgültig und somit mit einem Verbot gelöst wurde. Du hast ja gesagt, es gäbe aber eine Lösung und das ist eben das generelle Feuer- und Grillverbot. Nein, es gibt nur eine Lösung und das ist genau dieses Verbot. Das müssen wir in dem Fall so durchsetzen, weil sonst werden wir das Problem nicht lösen. Haben wir bisher mit allen anderen Maßnahmen leider auch nicht geschafft. Und ich glaube, das sind wir den Anrainern dort genauso schuldig, dass sie einfach dort in gewohnter Manier ihre Lebensqualität weiterhin

vorfinden. Ich bitte wirklich inständig darum, das jetzt wirklich einmal anzugreifen, auch wenn das nicht schön ist und wenn es nicht populär ist. Das ist natürlich ganz klar, aber es wird nichts helfen und mit allen anderen Dingen glaube ich nicht, dass wir dem Problem irgendwie eine Lösung zuführen.

Stadtrat **Eber**:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Alexis, die Auwiesen sind tatsächlich 2013 sozusagen der Bevölkerung übergeben worden als Naherholungsgebiet. Mittlerweile ist es, Kollege Wagner hat es jetzt auch indirekt angesprochen, die einzige Fläche auf Grazer Stadtgebiet, wo man tatsächlich auch grillen kann. Das führt natürlich auch dazu, einerseits Bevölkerungswachstum, das wir in den letzten Jahren gehabt haben, andererseits auch bedingt ein bisschen durch die Coronakrise und das Bedürfnis dann im Anschluss wieder verstärkt nach draußen zu gehen sozusagen. Das führt dazu, dass dieses Naherholungsgebiet sehr stark genutzt wird, was ja grundsätzlich positiv ist natürlich. Es hat einige Probleme gegeben, gibt sie wahrscheinlich weiterhin auch. Du hast das angeführt. Wir haben im Juli, wird das gewesen sein, glaube ich, haben wir einige Maßnahmen dann auch sozusagen auf Schiene gebracht. Das fängt an mit einer besseren Beschilderung, Beschriftung dort. Es geht um eine verbesserte, verstärkte Müllabfuhr in dem Bereich. Es geht aber auch darum, dass wir zu diesem Zeitpunkt, um es positiv zu formulieren, muss man dir ja gratulieren, du hast 50 % des Antrags ja damit schon durchgesetzt. Wir haben dort auch ein Feuerverbot sozusagen beschlossen und das hat dazu geführt, dass wir die Feuerstellen abgebaut haben und zu Grillplätzen auch umgewandelt haben. Es hat seit dem Sommer oder im Sommer bis in den Herbst hinein auch eine verstärkte Kontrolle auch in den Nachtstunden durch das GPS gegeben. Ich glaube, wir sind da auf dem richtigen Weg. Ich meine, eine Grillwiese und ein Grillverbot schließen sich eigentlich aus. Ich bin dafür, dass wir das

weiterhin als Naherholungsgebiet und auch als, wie gesagt, einzige Grillwiese in der Stadt Graz erhalten sollen.

Selbstverständlich werden wir sehr genau auch wieder hinschauen. Ich hoffe auch, dass wir wieder das GPS da hinschicken können. Und auch, habe ich vergessen zu sagen, auch der Verein Sicher Leben ist ja verstärkt dort tätig und ist auch positiv angenommen worden, dass das so passiert. Schwarze Schafe gibt es natürlich, die sich an wenig bis nichts halten. Der Auftrag ist natürlich, dass wir versuchen, diese schwarzen Schafe in den Griff zu bekommen und dass wir dort zu einem gedeihlichen Miteinander kommen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, Herr Stadtrat, auch für die Erwähnung von Sicher Leben, weil Sie, das haben wir schon eigentlich im letzten Jahr, im Dezember auch vereinbart, weil Sie ja vom Bürgermeisteramt auch gefördert werden, dass für dieses Jahr, also 2024, sie ja den Auftrag haben, unter anderem einen Schwerpunkt, was die Auwiesen betrifft, zu haben und das auch tatsächlich zu dokumentieren. Das ist nämlich nicht unwichtig, damit man wirklich auch immer von Fakten redet und nicht nur von Vermutungen, die ich jetzt nicht unterstellen wollte, dass man auch hier Feststellungen falsch waren. Aber wichtig ist zu wissen, dass Sicher Leben einen Schwerpunkt seines Auftrages hat, auf der Auwiese zu schauen, dass, wenn es dort zu Überschreitungen kommt oder irgendwelchen Nichteinhaltungen, auch entsprechend mit den dort Verweilenden zu kommunizieren, dass es um die Einhaltung geht. Eben als Unterstützung, damit die GPS eben nicht nur dort im Dauereinsatz ist.

Weitere Wortmeldungen bitte. Wenn das nicht der Fall ist, dann Herr Klubobmann bitte zum Schlusswort.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Jetzt muss ich da noch kurz etwas sagen, 32 Sekunden habe ich vorhin schon verbraucht, das merken wir uns. Ja, also der Verein Sicher Leben, also der macht mich überhaupt nicht glücklich, ja, ich habe das schon in anderen Situationen erlebt, da waren die dann wirklich, also sage ich, schwer fehl am Platz. Vielleicht wird es vielleicht in diesem Fall zu einer Besserung führen, man muss ja nicht unbedingt etwas dokumentieren, Frau Bürgermeisterin, die Menschen dort dokumentieren.

Ja, also ich bin wirklich, weil es am anderen Ende der Stadt liegt, wirklich nur auf den Auwiesen, wenn es Probleme gibt. Jedes Mal, wenn ich dort bin, gibt es die Probleme, die beschrieben werden. Die Anrainer sind aber Tag für Tag dort, die wohnen Tag für Tag dort, machen Tag für Tag die Bilder, also ich glaube, wenn man jetzt den Anrainer sagt, jetzt werden wir einmal dokumentieren, was da wirklich passiert, dann wird die nächste Bezirksversammlung aber wirklich unruhig fürchte ich, weil dieses ignorieren der Probleme, die ja tatsächlich da sind, das kann man ja nicht auf ewig so fortsetzen. In diesem Sinne würde ich wirklich appellieren, dass Sie alle unserem Antrag zustimmen, dass man es einmal eine Zeit lang versucht, dass man einmal sieht, ok, jetzt gibt es ein totales Verbot und dann kann man ja, wenn es drei Monate nichts gibt, schauen, ob das irgendwie funktioniert, aber ich glaube es nicht. Denn was der Kollege auch sehr richtig gesagt hat, diese Belastung, diese gesundheitliche Belastung, die sich daraus auch ergibt, die man da den Anrainer aufzwingt, das kann ja wohl nicht wirklich der Weg dieser Regierung sein, aber das sieht man bei anderen Themen ja leider auch. In diesem Sinne bitte ich wirklich, da zuzustimmen. Da geht es nicht um eine Belästigung, die mich betrifft oder uns hier im Gemeinderat, da geht es wirklich um Menschen, die darunter leiden und diese Menschen verdienen, dass dieser Gemeinderat diesem Leid heute hier ein Ende setzt. Vielen Dank für Ihre Zustimmung.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ, Lohr) abgelehnt.

8.9 Änderung Strafgesetzbuch (Klimakleber)

(GR Mag. Winter, KFG)

Gemeinderat Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung! Letzten Montag war es wieder so weit. Die Klimachaoten haben unsere Grazer Bürger und die Bürger unseres Landes insgesamt mit ihrer illegalen Protestaktion erneut drangsaliert. Sie blockieren öffentliche Verkehrsrouten, sie produzieren Staus und traktieren damit Pendler wie auch die Nutzer der öffentlichen Verkehrsmittel gleichermaßen. Diese kontraproduktive Form des Protests schadet nicht nur langfristig unserem Wirtschaftsstandort, nein, sie produziert auch zusätzliche Abgase und zusätzliche Schadstoffe, die durch die unzähligen PKWs entstehen, die dadurch lange Zeit im Stau stehen müssen. Das Allerschlimmste an diesen illegalen Straßenblockaden ist aber, dass die Gefährdung von Menschenleben, aber auch die Behinderung der Blaulichtorganisationen, der Einsatzkräfte insgesamt, zumindest billigend in Kauf genommen wird. Und es gibt von Seiten der Klimachaoten immer wieder das Argument, ja, wenn man dann ein Blaulichtfahrzeug in diesem Stau hätte, dann würde man die Blockade auflösen und dann wäre das überhaupt keine Behinderung. Faktisch ist dieses Argument einfach falsch. Wer in einem urbanen Zentrum, wer in einem urbanen Raum einen Verkehrschaos produziert, nimmt es billigend in Kauf, dass auch die Einsatzkräfte im Endeffekt verspätet, verzögert an ihren Einsatzort kommen und damit auch Menschenleben im Endeffekt gefährdet werden.

Im April 2023 ist von unserer Seite gefordert worden, dass geprüft wird, ob auch der Wasserwerfereinsatz gegen diese Demonstranten vorgenommen werden kann. Im Herbst 2023 ist in den Niederlanden genau das durchgeführt worden und die Straßenblockade, die Blockade der Autobahn, ist recht rasch aufgelöst worden. Und ich

glaube, dieser Antrag ist durchaus auch eine gute Gelegenheit, diese Forderung zu bekräftigen. Wir sollten die rechtlichen und einsatztaktischen Möglichkeiten diesbezüglich prüfen und es wäre mit Sicherheit auch ein geeignetes Mittel, um die derzeit etwas aufgeheizte Stimmung mit Sicherheit etwas abzukühlen und etwas zu beruhigen. Hoher Gemeinderat wird der Stadtregierung völlig zurecht, ist die große Mehrheit der Bürger durchaus verärgert und hat die Nase eigentlich gestrichen voll von dieser Form des Protests. Die mehr als dreiviertel Mehrheit von doch 76 % aller befragten Bürger, das Profil hat das letztes Jahr groß in einem Artikel auch veröffentlicht, ist dezidiert dafür, dass in solchen Fällen von Straßenblockaden, der Klimakleber, wenn Einsatzorganisationen blockiert werden, auch mit Haftstrafen, auch mit dem Strafrecht dagegen vorgegangen werden sollte. Und wenn eine derartige Mehrheit der Bürger genau das einfordert, genau das verlangt, dann sollten wir auch bei aller ideologischen Prägung, die in diesem Haus existiert mit Sicherheit, da nicht die Augen verschließen, sondern diesem Wunsch in Wirklichkeit nachkommen. Keine Frage des Versammlungsrechts, des Demonstrationsrechts ist ein hohes Gut, das natürlich auch in unserer Verfassung verankert ist und da sollten wir alle auch froh darüber sein. Es gibt viele Möglichkeiten, auf legalem Wege für den Klimaschutz einzutreten. Die illegale Blockade von Hauptverkehrsrouten, das vorsätzliche Herbeiführen eines Verkehrschaos in urbanen Zentren, ist mit Sicherheit nicht der richtige Weg. Und eines möchte ich schon beim Thema Demonstrations- und Versammlungsrecht auch betonen, es gilt nicht uneingeschränkt. Es muss, kann und soll sogar eingeschränkt werden, wenn die öffentliche Ruhe, Ordnung, Sicherheit gefährdet ist und im Speziellen, wenn das Leben von unschuldigen Menschen gefährdet werden kann. Und genau deswegen brauchen wir diese Verschärfung des Strafgesetzes, weil im Endeffekt wird jeder von uns Justitia, also die römische Göttin der Gerechtigkeit, irgendwie vor dem eigenen Auge haben. Sie hat drei Insignien. Sie hat eine Augenbinde, sie hat im Regelfall, wird sie dargestellt, in der linken Hand eine Waage und in der rechten Hand führt sie ein Schwert. Bis jetzt war Justitia nur dazu in

der Lage, mit stumpfer Klinge gegen diese Klimachaoten vorzugehen. Was sie nie besitzt, sind Samthandschuhe und genau diese Samthandschuhe darf Justitia auch nicht haben, wenn es darum geht, unschuldige Menschen zu schützen.

Und genau deswegen ist es notwendig, dass aus dieser stumpfen Klinge, mit dieser Gesetzesverschärfung, auch ein wirksames Mittel wird, um gegen diese Klimachaoten vorzugehen. Daher der von uns vorliegende

ANTRAG,

die schwarz-grüne Bundesregierung wird auf den Petitionsweg aufgefordert als Reaktion auf die gefährlichen Protestformen der sogenannten Klimakleber, die Änderung des österreichischen Strafgesetzbuches in Anlehnung an den § 315b des Deutschen Strafgesetzbuches, der es ermöglicht, Klimakleber für ihre bewusst gesetzten Handlungen auch strafrechtlich zu belangen, wenn diese gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr vornehmen oder für Straßenblockaden verantwortlich sind, vorzunehmen. Ich bitte um breite Zustimmung.

Gemeinderat Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, ich habe in dem Antrag erwähnt, dass eine Umfrage existiert, die ergeben hat, dass über drei Viertel der Bürger in Österreich sich eigentlich genauso eine Verschärfung wünschen. Hochinteressant dabei ist, ich habe die Umfrage mit, dass es eigentlich über de facto, mit Ausnahme der Grünen, über alle Parteigrenzen hinweg eine Mehrheit gibt, die genau das fordert und durchaus den Standpunkt einnimmt. Bei den Neos wären es angeblich über 60 %, selbst bei den SPÖ-Wählern über 40 %, ÖVP auch über 60 %, usw. usf.

Es ist doch erstaunlich, und ich bin immer davon ausgegangen, dass es ein sehr demokratisches Gremium ist und dass man eigentlich den Grundgedanken einer

Demokratie, nämlich dass der Wille der Mehrheit der Bürger irgendwann einmal zum Durchbruch auch gelangt, dass man diesen Grundgedanken respektiert und auch irgendwie wertschätzt. Ihre Diskussionsverweigerung über diesen Punkt ist doch einerseits bezeichnend und Sie sollten sich selbst fragen, inwiefern Sie noch am demokratischen Boden stehen, wenn Sie einfach über die wichtigen Themen der Bürger drüber fahren und die Diskussion verweigern.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr) abgelehnt.

8.10 Verbesserung der "GrazMobil"-App

(GR Mag. Pointner, NEOS)

Gemeinderat Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um eine App, die „GrazMobil“ App, die ein durchaus ein Erfolgsmodell ist, weil man kann alle gängigen Graz-Tickets bargeldlos kaufen und das wird auch gut angenommen. Bei der Bewertung der Qualität der App in anderen Bereichen schaut es ein bisschen schlechter aus, da haben wir 2,1 von 5 Sternen bei Google Play und bei IOS nur 1,5 Sterne. Das sind so Bewertungen, die man sonst nur fürs Finanzamt hat oder für irgendeinen grantigen Dermatologen, also da ist durchaus Verbesserung vonnöten. Ein besonderes Manko der App ist, ist, dass man andere Tickets, die man woanders gekauft hat, nicht importieren kann. Zum Beispiel das Klimaticket Österreich und das Klimaticket Steiermark. Jetzt sagt die Holding, dass man gerade am Prüfen ist beim Klimaticket Österreich, ob man das nicht doch importieren kann, aber beim Klimaticket Steiermark macht man das nicht. Das heißt, wenn ich in der Straßenbahn fahre und ich habe mein Klimaticket vergessen, habe aber mein Handy mit und es

kommt die Kontrolle, habe ich ein Problem, obwohl ich es eigentlich gut gemacht habe. Das ist ein Missstand, den man sehr, sehr, sehr, sehr leicht beheben kann und dahingehend geht auch mein

Dringlicher Antrag

nach 1 Minute 30.

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, sich bei der Holding Graz dafür einzusetzen, dass es ehestmöglich zu einer Verbesserung der „GrazMobil“ App kommt und unter anderem jene Klimatickets hinzugefügt werden können, die über einen anderen Vertriebskanal als über jenen der Holding Graz erworben wurden.

Ich bitte um breite Zustimmung.

Gemeinderat Zirngast:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Herr Antragsteller! Wir werden dem Antrag zustimmen. Ich mache es ganz kurz. Es ist natürlich immer selbstverständlich für die Verbesserung und es ist vollkommen richtig, dass Verbesserungspotenzial besteht.

Es gibt zusätzlich zu den Bewertungen auf Google Play, das glaube ich auch noch, sozusagen ein Umfang von den Holding Linien, wo sozusagen eine bessere Bewertung da ist, aber es ist klar, ein Verbesserungspotenzial ist immer gut. Diese App ist in Zusammenarbeit mit der Mobilitätsplattform Österreich, beziehungsweise mit den Partnerstädten Wien, Linz, Salzburg und Klagenfurt, die diese oder eine sehr ähnliche App am Laufen haben, wird sie sozusagen von der Stadt Graz auch benutzt, wird auch laufend weiterentwickelt, wird auch gut angenommen. Also, 25 % aller verkauften Tickets von den Grazer Linien werden über die App gekauft und das gilt auch für das Klimaticket Steiermark. Die zusätzliche Integration von extern gekauften Klimatickets ist sozusagen meines Wissens nach in Prüfung, da ist die Holding auch schon dabei.

Sollte es, wobei das wahrscheinlich nicht in den nächsten paar Monaten passieren wird, sondern eher in den nächsten paar Jahren, von One Mobility, also vom Bund her eine App geben, die dann auch für die Gemeinden ausgerollt wird, dann ist die Stadt Graz, bzw. sind die Holding Graz Linien auch daran interessiert, diese App zu nutzen. Zum jetzigen Zeitpunkt wird an dieser App weitergearbeitet. Verbesserungen sind immer möglich und gut, deswegen unterstützen wir diesen Antrag. Danke sehr.

Gemeinderat Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Lieber Philipp Pointner, danke für diesen Antrag.

Wir werden auch in Dringlichkeit und Inhalt zustimmen. Ein reibungsloses Ticketing ist einfach ein wesentlicher Teil für den Komfort des öffentlichen Verkehrs. Gerade in Zeiten wie diesen sollte alles einfach und rasch übers Handy erledigbar sein. Insofern sollten auch alle Klimatickets in der App inkludiert werden können. Auch die weiteren Kritikpunkte, die hier dabei sind, sollten verbessert werden. Laut meinen Informationen wird sehr konsequent daran gearbeitet. Ich hoffe auf die baldige Umsetzung von Seiten der Holding. Insofern, wie gesagt, zur Zustimmung. Danke

Gemeinderat Mag. **Pointner**:

Ein kurzes Wort zur Dringlichkeit: Es ist wichtig, es wird daran gearbeitet, das Klimaticket Österreich zu importieren. Lieber Kollege Zirngast, aber eben nicht daran gearbeitet, das Klimaticket Steiermark zu importieren, laut meinem Kenntnisstand. Dann hat sich hoffentlich etwas geändert, und ich freue mich sehr, wenn da etwas weitergeht. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.11 Coaches für Finanzbildung an Grazer Schulen einsetzen

(GR Reininghaus, NEOS)

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Hoher Stadtsenat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe alle!

Je früher Kinder mit dem Thema Geld konfrontiert werden, desto eher lernen sie einen verantwortungsvollen Umgang mit Geld. Ganz unter dem Motto: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr. Daher ist es wichtig, Kindern so früh wie möglich ein fundiertes Basiswissen über das Wesen des Geldes zu vermitteln, damit es ihnen später leichter fällt, sich im Wirtschaftsleben gut zu orientieren und auch gut am Wirtschaftsleben teilhaben zu können. Bargeldloser Zahlungsverkehr, Bankkarte und Konto, SEPA, BIC, IBAN, Kosten einer Kontoüberziehung, fixe und variable Zinsen, was Kredite wirklich kosten, Kryptowährung, Kosten von Handyverträgen, Gefahren bei Onlineverkäufen und die Folgen der Überschuldung – das sind Themen, über die unsere Schüler:innen eigentlich gut Bescheid wissen sollten. An Österreichs Schulen wird Finanzbildung eher projektbezogen unterrichtet, da es ein Unterrichtsfach für Finanzbildung oder wie auch immer das heißen mag, noch nicht gibt. Wie wichtig Finanzbildung an den Schulen aber ist, bestätigen ja auch die Schuldnerberatungseinrichtungen in Österreich. Diese alarmieren nämlich schon seit Jahren, dass jeder vierte Klient unter 30 ist und dass Schuldnerberatungsstellen am häufigsten von der Altersgruppe 15 bis 30 Jahre in Anspruch genommen werden müssen, weil sie total überschuldet sind.

Fällt es beim Schulabschluss eben an dieser Finanzbildung verringert sich nicht nur der wirtschaftliche Handlungsspielraum, sondern auch die Möglichkeit, ein eigenständiges und finanziell sorgenfreies Leben zu führen. Wer allerdings gelernt hat, gut hauszuhalten, der startet schon mit einem Vorteil ins Leben. Die Notwendigkeit hat auch der gesamte Grazer Gemeinderat erkannt und dazu auch meinem dringlichen Antrag in der Gemeinderatssitzung vom 20. Mai 2021, mit dem Titel Finanzbildung, kein Kind zurücklassen, einstimmig zugestimmt und hat sich für eine flächendeckende Finanzbildung an Grazer Schulen ausgesprochen. Im Bund bastelt man im Moment an einem Fach für Finanzbildung. Bis dahin versucht man aber, andere alternative Angebote anzubieten. Ganz interessant, am 12. September letzten Jahres wurde am Institut für Wirtschaftspädagogik an der Wirtschaftsuniversität Wien das Zentrum für Finanzbildung eröffnet und bietet verschiedene Module an, um Finanzbildung in den Unterricht einfach besser integrieren zu können. Überdies können Lehrer:innen, und das ist jetzt neu, auch Finanzcoaches buchen. Dazu hat das Institut für Wirtschaftspädagogik an der Wirtschaftsuniversität Wien eine Reihe von kostenfreien Finanzbildungsangeboten entwickelt und bildet Studierende aus, die von Lehrpersonen an allen Wiener Schulen gebucht werden können, um eben Finanzbildung in die Schulen zu bringen. Besonders von Vorteil kann meiner Meinung nach dabei sein, dass sich unsere Schüler:innen mit jungen Studierenden wahrscheinlich besser identifizieren können als mit einem vortragenden Banker, bin ich mir ganz sicher. Um auch Schulabgänger:innen, also in Graz einen gelungenen Start ins erwachsenen Leben zu ermöglichen, stelle ich daher gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den folgenden

DRINGLICHEN ANTRAG:

Die zuständigen Stellen mögen über den Petitionsweg an das Bundesministerium herantreten und prüfen, inwieweit eine Kooperation laut Motiventext auch mit der

Graz Fachhochschule Campus 02 im Fach Wirtschaftspädagogik denkbar wäre, damit Lehrer:innen Finanzcoaches, nach Wiener Vorbild, auch in Graz, zur Unterstützung des Unterrichts für Finanzbildungsthemen anfordern können.

Ich bitte um breite Zustimmung. Danke.

Originaltext des Antrages:

In meinem Dringlichen Antrag vom 20. Mai 2021, zur Finanzbildung – Kein Kind zurück lassen sowie mittels Frage an Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner in der GR-Sitzung vom 23. Juni 2022, zum Status Quo zur Finanzbildung an Grazer Schulen habe ich thematisiert, dass eine unzureichende Finanzbildung eine der Ursachen für Verschuldung und Armut darstellen kann. Fehlt es beim Schulabschluss an einer adäquaten Finanzbildung verringert sich nicht nur der wirtschaftliche Handlungsspielraum, sondern auch die Möglichkeit, ein eigenständiges und finanziell sorgenfreies Leben zu führen. Wer allerdings gelernt hat, gut hauszuhalten, hat einen entscheidenden Vorteil.

Schuldnerberatungseinrichtungen in Österreich alarmieren schon seit Jahren, dass jede:r 4. Klient:in unter 30 Jahre alt ist (vgl.: <https://topos.orf.at/schulden-generationz100>) und zahlreiche Studien belegen, dass Schuldnerberatungsstellen am häufigsten von 15- bis 30-Jährigen in Anspruch genommen werden (vgl.: <https://www.schuldenberatung.at/finanzbildung/bundeslaender.php#Steiermark>). Der Grazer Gemeinderat sprach sich durch einstimmigen Beschluss (GR-Sitzung 20. Mai 2021) dafür aus, eine flächendeckende Finanzbildung an Grazer Schulen zu etablieren.

Am 12. September 2023 wurde am Institut für Wirtschaftspädagogik an der WU Wien das „Zentrum für Finanzbildung“ eröffnet (<https://www.wu.ac.at/zentrum-fuer-finanzbildung/>), und so können Lehrer:innen in Wien auf mehr als 30 Initiativen, darunter „Money Matters“, „Moneywise“, „WU 4 Juniors“, „Euro-Aktiv“, sowie auf den

Finanzführerschein der Schuldnerberatung Wien, zugreifen, um Finanzbildung in den Unterricht zu integrieren. Überdies können Lehrer:innen auch „Finanz-Coaches“ buchen, um den Schüler:innen bestimmte Finanzthemen näherzubringen.

Dazu hat das Institut für Wirtschaftspädagogik an der Wirtschaftsuniversität Wien eine Reihe von kostenfreien Finanzbildungsangeboten entwickelt und bildet Studierende der Wirtschaftspädagogik zu Finanzbildungs-Coaches aus, die von Lehrpersonen an allen Wiener Schulen zur Unterstützung ihres Unterrichts zu vielen verschiedenen Finanzbildungsthemen angefordert werden können.

Um auch Grazer Schulabgänger:innen einen gelungenen Start ins Erwachsenenleben zu ermöglichen, stelle ich gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgenden

Dinglichen Antrag:

Die zuständigen Stellen mögen prüfen, inwieweit eine Kooperation laut Motiventext auch mit der Grazer FH Campus 02 im Fach Wirtschaftspädagogik denkbar wäre, damit Lehrer:innen „Finanz-Coaches“ nach Wiener Vorbild auch in Graz zur Unterstützung des Unterrichts für Finanzbildungsthemen anfordern können.

Gemeinderat **Huber:**

Hohe Stadtregierung, liebe Sabine, ich habe es dir eh schon unter vier Augen gesagt und ich sage es jetzt noch einmal, das, was du da forderst, macht ja eh schon die Wirtschaftskammer, die Sparte für Finanzen und ich kann dich da gerne mit dem zuständigen Markus Kohlmeier und Philipp Hochstrasser verbinden, dass du da mit denen in Kontakt trittst, weil genau das passiert, dass da wirklich dann Menschen mit einer Finanzausbildung in den Schulen einen Unterricht geben und da wirklich ganz

unterschwellig die Finanzbildung für Kinder voran treiben. Das ist ein ganz wichtiges Thema, deswegen werden wir da auch zustimmen, aber wie gesagt, ich vernetz dich da gerne mit den zuständigen Personen.

Gemeinderätin DIⁱⁿ **Aygan-Romaner**:

Liebe Kolleg:innen, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Sabine!

Ich werde jetzt mit deiner Erlaubnis, Philipp, auch zum Inhalt kurz reden, damit wir das etwas abkürzen können. Nämlich, ich finde das auch ein sehr, sehr wichtiges Thema, wie Kollege Huber gesagt hat. Ich habe selber drei Kinder, die jetzt gerade dabei sind, ein eigenes Konto zu kriegen, mit Finanzen umzugehen und sie sind völlig überfordert damit. Sie haben keine Ahnung, was Zinsen sind, sie wissen nicht, wie man, meine mittlere Tochter hat sich nicht getraut, ein Jahr lang die Bankomatkarte zu nutzen, weil sie so Angst hat, dass sie dann irgendwelche Schulden aufbaut oder so.

Also, das ist etwas, das in der Schule eigentlich außer in Mathematik fast gar nicht vorkommt, in vielen Schulen, und eigentlich dann in so ganz abstrakten Rechnungen abgehandelt wird. Oder wie ich das in meiner Schulzeit gehabt habe, wir haben dann auf einmal mit Millionenbeträgen gerechnet, die genauso abstrakt sind im Schulbetrieb. Also, ob du mit 3 plus 2 rechnest oder 3 Millionen und 6 Millionen ist, also im Schulbetrieb ist es echt wichtig, auf die Realität zu schauen, auf wirkliche Herausforderungen dann im eigenen Alltag und dann später, wenn man dann studiert, wenn man das erste Mal oder eben im Arbeitsleben steht, das erste Mal seine eigenen Finanzen verwalten muss. Viele sind sehr überfordert damit und wenn man sich so anschaut, du hast ja da eine Auflistung der Gründe für Überschuldungen angehängt, danke dafür, da sieht man auch, dass zum Beispiel auch Scheidungen und Trennungen zu Schulden führen können. Wir sehen das teilweise an Altersarmut, dass viele einfach mit ihren Finanzen sich lange Zeit nicht beschäftigt haben und das es auch ganz spezifisch ein Frauenproblem ist oder ein Frauenthema ist, also ich glaube, diese

Sachen kann man mit diesem Coaching bzw. mit diesem Workshop sehr gut auch in Schulen unterstützen. Was ich da vielleicht sagen könnte, es gibt ja auch in Schulen einfach ein großes Bündel an Workshops, die angeboten werden, wo sich die Lehrerschaft oder die einzelnen Schulen einfach die passenden Workshops heraussuchen können. Ich könnte mir gut vorstellen, dass einfach in diesem Workshopbündel auch Finanzcoachingmaßnahmen oder einfach Finanzbildung auch aufgenommen werden könnte, aus diesem Grunde, weil wir das auch für sinnvoll finden, werden wir den Antrag unterstützen. Danke sehr.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Ja, mein Schlusswort lautet ganz einfach: Ich sehe eine große Zustimmung, freue mich. Die Schüler werden es uns irgendwann mal danken und in dem Sinne vielen Dank.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.12 Abschaffung der ORF Landesabgabe

(GR Wagner, FPÖ)

Gemeinderat **Wagner**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in diesem Dringlichen Antrag geht es ums Geld und zwar um die Abschaffung der ORF-Landesabgabe. Ja, die KPÖ hat heute eh schon gepostet, 7,8 % Inflation, weit über dem EU-Schnitt. Eigentlich eine katastrophale Bilanz der schwarz-grünen Bundesregierung.

Ja, das ist leider richtig. Und auch die wieder erhöhte CO2-Steuer wird das weiterhin befeuern. Wir sehen, in fast jeder Gemeinderatssitzung sind wir dazu gezwungen, dass wir Unterstützungsleistungen anheben. Das ist grundsätzlich gut so, aber eben leider der Fall, weil einfach viele Grazer nicht mehr wissen, aus was für einem Säckl sie das herausnehmen sollen, um ihre Fixkosten zu decken.

Und seit 1. Jänner belastet nun auch die neue ORF-Haushaltsabgabe anstatt der GIS-Gebühr, alle Bürger, auch jene, die bisher von der GIS befreit waren. Gemeint sind jene, die nicht einmal ein Empfangsgerät besitzen, also grundsätzlich ein Wahnsinn. Und leider war auch die Stadt Graz im letzten Jahr nicht ganz untätig. Öffi-Gebühren, Parkgebühren, Müll- und Kanalgebühren sind gestiegen und neben der Abschaffung dieser ORF-Zwangsgebühr wäre ein erster Schritt eben die Abschaffung dieser Landesabgabe. Dass das machbar ist, haben einige Bundesländer bereits bewiesen. Jene mit FPÖ-Regierungsbeteiligung wie Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich, aber auch Vorarlberg und Wien, so wie der Herr Kollege Lenartitsch heute gesagt hat, machen wir es wie Wien. Was dort geht, sollte in der Steiermark auch möglich sein und deshalb schlichtweg der

ANTRAG

der Gemeinderat, möge per Petitionsweg an den Landesgesetzgeber herantreten und im Namen der Stadt Graz, eine Abschaffung der ORF-Landesgebühr fordern.

Ich bitte um Zustimmung.

Gemeinderätin DIⁱⁿ Aygan-Romaner:

Ich hatte ein Déjà-vu-Erlebnis. Wir hatten einen ähnlichen, Dringlichen Antrag im März 2023 von Kollegen Alexis Pascuttini, wo es eigentlich um das Gleiche gegangen ist, und damals habe ich mir schon differenziert auch Gedanken darüber gemacht, warum das

so ist, was da die Geschichte ist und unter anderem eben auf den Begriff des Kulturschillings gestoßen, das heißt, diese Landesabgabe zur GIS gibt es ja eigentlich schon ganz, ganz lange. Was sich vielleicht verändert hat, also wir wissen ja, das wird jetzt in der Steiermark 20,00 € sein. Die Landesabgabe war früher höher, das ist jetzt 4,70 €, ist geringer geworden und was sich zum Positiven geändert hat, dass es eine Zweckwidmung gibt. Das habe ich zum Beispiel auch kritisiert, dass es 46% der ehemaligen Landesabgabe ohne Zweckwidmung einfach als Körberlgeld irgendwie verwendet werden konnte. Das ist jetzt nicht mehr möglich, das ist verbessert worden. Das heißt, die Kulturförderung, also diese Landesabgabe geht zu 100 % in Kulturförderung, 75 % Kulturförderung, 10 % Sportförderung und die restlichen 15 % in Sanierungen, Instandhaltungen, Mietkosten etc. im Kultur- und Sportbetrieb. Also das einmal so in den Raum gestellt. So, das Zweite, Herr Kollege, du hättest gerne, dass man diese Landesabgabe abschafft, was würde denn das heißen eigentlich? Das würde heißen, dass wir auf einmal ein Minus von 30 bis 40 Millionen €, den genauen Betrag weiß ich jetzt nicht, aber ungefähr in dem Bereich ist es so, das fehlt im Kulturbetrieb. Was würde das bedeuten für den Kulturbetrieb? Wo soll dieses Geld herkommen? Das wäre eine unglaubliche Einschränkung vor allem für die freie Szene, für die Meinungsbildung, für die demokratische Meinungsbildung, nicht nur in der Kultur, sondern in unserer Gesellschaft, in der Öffentlichkeit. Die Haushaltsabgabe ist hier dafür da, dass ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, das in der Medienlandschaft einfach eine unabhängige Institution ist und zur Meinungsbildung in eine Demokratie ganz, ganz wesentlich ist, einfach unabhängig agieren können muss und nicht von Parteien abhängig sein darf, deswegen gibt es diese Haushaltsabgabe. Auch die Kultur ist genau in diese Richtung zu sehen, wir sehen, Kultur ist kritisch, Kultur muss kritisch sein, darf kritisch sein und soll aber auch dafür finanziert werden. Und wenn man dieser Kultur und auch dem Sport übrigens diese 30 Millionen Euro wegnimmt, reißt das ein Riesenloch hinein, dass man sicher nicht so bald stopfen wird

können und wir verlieren dabei alle. Deswegen werden wir dem nicht zustimmen.
Danke.

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Werte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Gemeinderätinnen, liebe Gemeinderäte, lieber Antragsteller! In deinem Antrag schreibst du, dass so quasi jetzt auch Betriebe eine Abgabe leisten müssten. Wenn ich daran denke, früher, das war im vorigen Jahrtausend, da hat sogar jeder Kfz-Besitzer eigentlich sein Autoradio anmelden müssen, damit er überhaupt Radio hören darf. Hat sich dann auch quasi dann einmal aufgelöst, indem es einfach darin oder miteingeschlossen war mit einer normalen GIS, mit einer Rundfunkanmeldung. Es wird wahrscheinlich nur mehr ganz, ganz wenige Betriebe bei uns in Österreich geben, die vielleicht das Internet oder die Medien, einen Computer oder so, nicht mehr nutzen und sich wahrscheinlich auch über ORF oder Teletext von älteren Personen, so wie ich sie kenne, dort informieren. Und ich glaube, dass sich Betriebe das schon leisten können, eine Abgabe zu geben bzw. auch einen kleinen Betrag in die Kulturabgabe, in die Landesabgabe so quasi entbehren können. Es steht dort drinnen, dass so quasi Menschen plötzlich eine Abgabe zahlen müssen, die vorher befreit waren. Wenn man das, und ich gehe einmal davon aus, dass der ORF da keinen Mist hineinschreibt oder die GIS, nur das, was bei denen auf der Homepage steht, Befreiungen sind weiterhin möglich, bestehende Befreiungen bleiben aufrecht. Wie schon bisher, so können auch weiterhin bestimmte Personen einen Antrag stellen, damit sie vom ORF-Beitrag sowie der Landesabgabe befreit werden. Einen Überblick, ob die Voraussetzungen für eine Befreiung oder Zuschussleistung erfüllt sind, gibt der Online-Befreiungsrechner. Somit, und all jenen, die jetzt schon eine Befreiung haben, werden weiterhin ihre Gebührenbefreiung haben. Das betrifft auch die Landesabgabe. Was vielleicht neu ist oder vielleicht war es davor schon, ich bin jetzt nicht ganz firm, aber spätestens nach fünf Jahren muss

man halt wieder sagen, ich brauche es weiterhin. Ich glaube, das werden die Leute, die das brauchen weiterhin machen und somit sehe ich keinen Grund der Dringlichkeit oder dem Inhalt hier auch zuzustimmen. Danke.

Gemeinderat **Wagner:**

Dem Vernehmen nach wird die breite Zustimmung da nicht stattfinden. Den Vergleich mit dem Autoradio finde ich insofern lustig, weil ja, das waren ja Leute, die haben ein Autoradio gehabt und haben das dann angemeldet. Dass jetzt, dass man ohne ein Empfangsgerät eine Gebühr zahlen muss, kommt dem gleich, dass du eine Versicherung für das Auto zahlen musst, obwohl du gar keines besitzt. Also das passt für mich nicht ganz zusammen. Ja, es wäre erst möglich gewesen, nach Vorbild anderer Bundesländer, dem gleich zu tun und die Bürger da zu entlasten. Der Wille ist nicht da. Man wird es einem danken bei der nächsten Wahl.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich (gegen KFG, NEOS, FPÖ, Lohr) abgelehnt.

Wir sind jetzt mit den Dringlichen am Ende und damit auch am Ende der öffentlichen Tagesordnung. Sollte uns noch jemand via Livestream zuschauen, dann darf ich mich im Namen des Grazer Gemeinderates und unserer Kollegen in der Stadtregierung verabschieden. Und Ihnen noch einen schönen Abend wünschen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bürgermeisterin Kahr schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 20:45 Uhr.